

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT

PERIPHERIE

Forum theoretisch orientierter Analyse und
Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

Nr.10/11: Befreiungsbewegungen an der
Macht ?

Grenzen eigenständiger Entwicklung / Sozialwissen-
schaftler und Befreiungsbewegungen / Akkumulations-
dynamik im klassischen Sozialismus / "Sozialisti-
sche Entwicklungsländer: Entwicklung des Sozialis-
mus?" / Nordkorea: Dschutsche-Ideologie / Wissen-
schaftliche Arbeitsorganisation in der vietnamesi-
schen Landwirtschaft / Guiné Bissau: Über die Mög-
lichkeit des Scheiterns / Indianer, Revolutionäre
und Unsereiner (Nicaragua) / Palästina: Die ver-
leugnete Nation / Diskussionsartikel zu früheren
Beiträgen

Buchbesprechungen, Neuerscheinungen, Zeitschriften-
schau, Zusammenfassungen in Englisch

REDAKTION: c/o Institut für Soziologie, Bisping -
hof 5 - 6, D 4400 Münster

VERLAG und VERTRIEB: PERIPHERIE c/o FDCL, Im
Mehringhof, Gneisenastr. 2,
D 1000 Berlin 61

geklaunt bei:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 113

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

März 1983

Solidaritätspreis DM 3,50



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

BRD: Pokerspiel um die Wende — **MITTELAMERIKA:** Die Papst-
reise — **EL SALVADOR:** Grund zum Optimismus? — **MEXICO/**
GUATEMALA: Korruption und Terror in den Flüchtlingslagern —
KOLUMBIEN: Stellungnahme der M-19

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft:	3
✓ — GLOSSE: Das Pokerspiel um die Wende	4
✓ — MITTELAMERIKA: Die Papstreise	6
✓ — EL SALVADOR: Grund zum Optimismus?	9
✓ — HONDURAS: Bauernunion beklagt stagnierende Agrarreform und Verfolgung der Campesinos	14
✓ — NICARAGUA: Demokratie in den Massenorganisationen	20
✓ — MEXICO/GUATEMALA: Korruption und Terror in den Flüchtlingslagern	23
✓ — JAMAICA: Rückblick: Jamaika auf der Suche nach dem 'Dritten Weg' zur Entwicklung	32
✓ — KOLUMBIEN: Interview mit der Vertreterin der M-19 in Europa	37
✓ — PERU: Sendero Luminoso — Pol Pot auf Quechua?	45
Die erkämpften demokratischen Bereiche	58
— REZENSIONEN: Manley's Bilanz	62
Basalgemeinden im Befreiungskampf von El Salvador	64
Christen und Revolution	65
— SOLIDARITÄT: Kulturbüro in der Werkstatt 3	66
Thema: Volkszählung	67
— ZEITSCHRIFTENSCHAU	69

Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

Jahrgang 10 der
CHILE-NACHRICHTEN

erscheint monatlich
(mindestens 11 mal im Jahr)

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Redaktionsschluß dieser Nummer 17.3.1983

Abo-Preis: DM 40,—/Übersee DM 65,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«
PSA Berlin West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 100 100 10

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN

c/o FDCL

Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2

1000 Berlin 61

Tel.: 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-
legexemplare erbeten.

Zu diesem Heft

Auch für uns war es erst einmal ein Schock zu sehen, wie schwarz die Bundesrepublik mittlerweile geworden ist. Die Seifenblase einer "rot-grünen Mehrheit" ist nun vorläufig geplatzt. Die Frage, die in einem Leserbrief einer Berliner Tageszeitung nach der Wahl gestellt wurde: "Wie dumm kann ein Volk eigentlich sein?" — kam auch uns in den Sinn. Aber sie ist natürlich falsch, denn es geht ja darum, die Bedingungen, die zu einer politischen Entwicklung führen, zu analysieren — in Lateinamerika genauso wie hier. Es ist wichtig, diese Prozesse zu verstehen, um nicht in Resignation zu verharren. Die Einschätzung dieser "Wende" blieb in der Redaktion kontrovers — grundlegender Wechsel in der Außen- und Innenpolitik oder verschärfte Fortführung der schon unter der SPD/FDP-Regierung praktizierten Politik.

Enttäuschte Erwartungen oder erwartete Enttäuschungen: der Papst stärkte faktisch durch seine Aussagen auf der Mittelamerika-Reise die konservativen Kräfte innerhalb der katholischen Kirche. Welchen Wirklichkeitsbezug hat die päpstliche Forderung, die Priester sollten sich in erster Linie um pastorale Aufgaben, das Seelenheil aller ihrer Schäfchen — der Armen und der "armen" Reichen — kümmern, angesichts des Elends der guatemalteckischen Flüchtlinge in Mexiko, einer noch immer ausbleibenden Landreform in Honduras und der Verstärkung des Terrors durch die paramilitärische Organisation MAS ("Tod den Entführern"), um nur einige Beispiele zu nennen?

Im Prozeß der "demokratischen Öffnung" in Kolumbien treten jetzt Widersprüche zwischen Militärs und Zivilisten bei den Ermittlungen um MAS auf, betreffs der Beziehungen der Streitkräfte zu dieser Organisation und betreffs der weiteren gewichtigen Funktion der Militärs bei der Bekämpfung des Volksprotestes. Dazu ein Interview mit einer Vertreterin der Guerillaorganisation M19, in dem Stellung genommen wird zum Prozeß der "demokratischen Öffnung", dem Verbleib der freigelassenen politischen Gefangenen und dem Verhältnis zur Basisdemokratie in ihrer Organisation.

Zu der Auseinandersetzung um den Sendero Luminoso in Peru erscheint diesmal der erste Teil eines Artikels, der den Sendero in den Rahmen der historischen Entwicklung Perus stellen will, sowie ein Interview mit einem Abgeordneten der Izquierda Unida (Vereinigte Linke) Perus.

GLOSSE

Das Pokerspiel um die Wende

Noch ist das Spiel nicht gelaufen. Soviel aber weiß man schon heute, Helmut Kohl hat ein "Full House". Nicht optimal, aber auch nicht zu schlecht. Er kann mitgehen und sich auf das, was er in der Hand hält, verlassen. Sein Kontrahent aus dem Süden, der Mann mit den Hintermännern, die seit 13 Jahren in den Startlöchern sitzen und sich zu Tode siegen, ohne der Macht näherzukommen, spielt mit halboffenen Karten. Es steht viel auf dem Spiel und Freundschaften sind nur langweilige Staffagen. Die Atmosphäre ist kalt und Verbitterung ist allseits spürbar. Jeder weiß, auch wenn der andere blufft, ist es sein verdammter Ernst oder wie immer man das bei Politikern auch nennen will. In Bayern ist das Siegen zur Gewohnheit geworden. Das gilt es nun zu steigern - also Sieg total. Für Bayern bleibt es allemal ein solcher, aber wie Bonn um seine Niederlage herumkommt, weiß man dort auch nicht. Von einer Null-Option hält Strauß sowieso nichts und Wechsel heißt für ihn historische Wende. Vielleicht läßt er sich noch auf eine Zwischenlösung herab?

Doch nun ist die Stunde der Abrechnung gekommen, mit dem "Männerfreund" Kohl, dessen Kompetenz er bezweifelt, mit dem nichtssagenden Genscher und seiner ganzen FDP die ihn 1962 zum Rücktritt gezwungen hatte. Welcher Metzger will schon, daß ihn das das Hühnchen, das er rupfen will, überlebt!

Nach dem Machtwechsel folgt nun der Machtkampf. Der Mann aus Bayern, der in den letzten 35 Jahren gezeigt hat, worum es ihm geht, wird den Fahrplan für die kommenden Jahre mitgestalten. Nur in der Kutsche zu sitzen ist ihm zu wenig, er will mit der Peitsche vorne auf den Bock.

Im Nachkriegsdeutschland Adenauers und Erhards hat er die Praxis der Politik erlernt und in den Jahren der sozialliberalen Koalition das erleben müssen, was ihm zutiefst zuwider war. Endlich kann das Land wieder auf klaren Kurs West-West gehen. Im 80 seitigen Koalitionspapier der CSU steht darüber alles drin. Der Katalog reicht von der Afrikapolitik bis zum Scheidungsrecht. Von einer neuen Lateinamerikapolitik hört man momentan noch nichts. Wahrscheinlich will man da keine neuen Akzente setzen, schließlich sind da noch die alten gültig. Onkel Filbi (Filbinger) ist gerade dabei, Herrn Stroessner einen angemessenen Deutschlandbesuch zu organisieren. Und "Unsere Ahnen" in Chile können wieder aufatmen. Pinochet und seine Gang haben jetzt wieder eine Alternative gegenüber Hollywood. Bei einem Partner "Made in Germany" weiß man was man hat. Deutschland braucht die Welt, bei der Umkehrung gilt vorerst Zurückhaltung, man will schließlich nicht den Amerikanern ins Gehege kommen, wer sonst soll unsere Produkte kaufen.

Unsere Interessen sind klar, Fußballweltmeister waren wir schon zweimal, aber Weltmeister im Geschäftemachen wollen wir noch werden und bleiben.

Ein Gericht, das die kommenden Jahre überdauern soll, muß gut gewürzt werden. Für eine regelmäßige Ketchupbeigabe werden die Massaker der USA sorgen. Das bißchen Aufstoßen durch den französischen Essig, Frankreich traut dem Nachbarn nicht und das mit Recht, werden die Regierenden hier aushalten. Margaret Thatcher wird ihre Soße beigeben, die den Geschmack weder verändert noch zusätzlich bereichert. Die sowjetische Begleitmusik dient als Appetitanreger und sorgt für die nötige Stimmung.

Der Braten soll diesmal schwarz sein und aus Afrika kommen. Die CSU-nahe Hans-Seidel-Stiftung hat dort als Deutsches Außenministerium in Spe die Jagdgründe schon abgesteckt. Und wiesehr man in Bayern zu seiner Farbe steht, zeigt auch der Einsatz von Roberto Blanco, der seit Jahren bei jedem Wahlkampf kräftig für die CSU mitmischte. Noch sind die Landesfarben, der Himmel über Bayern, weiß und blau.

Black is beautiful vom Süden bis zum Norden.

Die Opposition wird nicht mehr viel zum Lachen haben. Wahrscheinlich wird man eines Tages froh sein können, wenn man sagen kann, Gott sei Dank, haben wir nur einen Vogel.

Aber für die Verlierer wirds hin und wieder kleine Brötchen zum verbeißen geben, statt Nulloption eine Zwischenlösung, statt Arbeitslosigkeit wieder mehr Ideologie, d.h. ein klares Deutschlandbild - die guten ins Töpfchen die Schlechten ins Kröpfchen. Und für die DDR wird auch gleich laut mitgedacht, denn die haben ja nicht die Freiheit, das selbst zu tun.

Den Salat werden die Grünen liefern. Weder Fisch noch Fleisch. Der gehört heute schließlich zu jedem besseren Gericht. Ein guter Farbtupfer, der nicht viel schaden kann. Zwischendurch und je nachdem wie's der Magen erlaubt ein paar Tropfen aus den Kellern der befreundeten Regime, Chile, Türkei, Paraguay, Südafrika, Südkorea etc. Die Kirche schließlich soll sich wieder stärker auf das Tischgebet besinnen und sich nicht so sehr um die Tafel kümmern. Sie soll die Finger von Südafrika, da sind ja schon die C-Parteien und die Industrie und im übrigen waren wir schon immer für Arbeitsteilung. Oder will da jemand tatsächlich Ressourcen verschwenden?

Und wer den Wein seiner Herkunft wegen als geschmacklos empfindet, dem kann geholfen werden. Die CSU kämpft seit langem um den Fortbestand des Reinheitsgebotes für das Bier. Die Besorgten können sich dann bio-dynamisch den Geist benebeln. Die Hälfte der Ausländer wird dann womöglich gegangen werden, schließlich reicht die andere Hälfte auch noch, um den Tisch zu räumen.

Aber noch sind alle Karten im Spiel, und wer hoch pokert, kann auch viel verlieren, d.h. ein politisch-ökonomischer Notstand könnte eine große Koalition erzwingen. An der Politik selbst würde das aber nicht viel ändern, denn seit der Flick-Affaire wissen wir, daß die Wirtschaft die Kutsche lenkt. Die Politiker sitzen nur drin und machen es sich bequem. Was uns also ganz bestimmt ins Haus steht, sind die Kosten für eine größere Kutsche, schließlich wollen andere auch noch mitfahren.

Unsere Vergangenheit zeigt leider, wiesehr wir immer bereit waren, für eine bessere Staatskutsche Freiheiten zu opfern. Von Schleswig-Holstein bis Bayern ist es nun schwarz. Hoffentlich haben wir genügend Öl in unseren Lampen oder soll es uns auch so ergehen wie jenen törichten Jungfrauen?

Es wären nicht die ersten Vorboten der Fünfziger, die uns nun ins Haus stehen. Der Rock'n Roll feiert sein Come back und Hollywood-Washington sorgt für die Endzeitstimmung. Fehlt nur noch der ehemalige Atomminister und "Der Aufschwung kommt" (Wahlkampfslogan der CSU) und Freunde wir stehen wieder mittendrin in "The roaring fifties". Da fällt einem nur mehr James Dean ein: "Denn sie wissen nicht was sie tun". Im Verharmlosen von Gefahren waren wir schon immer mindestens so gut wie im Gefährlichmachen von Harmlosigkeiten. Ob Flick-Affaire, Bauskandale ob Genscherismus Opportunismus oder CSU-Weltbild, man findet das alles nicht so schlimm. Dagegen Ausländer und Waldorfschulen, Volkszählungen und andere Gesinnungen.

Der große Bruder steckt im Detail.

Jetzt sind sie dran, die vor denen wir unsere Eltern immer gewarnt haben.



MITTELAMERIKA

Die Papstreise

Enttäuschte Erwartungen oder erwartete Enttäuschungen?

Während im Vatikan bereits die Planungen für die anstehende Polen-Reise im Sommer dieses Jahres auf Hochtouren liefen, hat der soeben beendete Besuch in Mittelamerika noch viele Fragen unbeantwortet gelassen. Die Journalisten haben sich auf das Tagesgeschehen gestürzt und sind bei dem Programm, acht Länder in acht Tagen, auf ihre Kosten gekommen. Auf seinen bisherigen sechzehn Reisen hat der Papst in den letzten vier Jahren 240 000 km zurückgelegt.

Von vielen Beobachtern wurde dieser Besuch in Mittelamerika sowohl als der gefährlichste als auch der bisher wichtigste angesehen. Der 62jährige Pontifex, der vor weniger als zwei Jahren beinahe einem Anschlag zum Opfer gefallen wäre, hat es sich zum Ziel gesetzt, allen Gliedern seiner Kirche näher zu kommen. So gesehen werden seine Reise-Diplomaten auch in den kommenden Jahren noch reichlich ausgelastet sein.

Als Hirte kümmert er sich um das seelische Wohl seiner 796 Millionen Katholiken. Er will allen die Botschaft der Hoffnung, des Friedens und der Einigkeit bringen. Er will nur die Frohbotschaft verkünden, ähnlich den protestantischen Predigern wie z.Bsp. Billy Graham. Doch er ist der Papst und Pole dazu. Das verpflichtet doppelt. In einer Welt, die allen möglichen Katastrophen ins Auge blickt, möchte er den sprichwörtlichen Felsen bilden, der den Stürmen der Zeit Paroli bietet. Und getreu seinem Auftrag zieht er hinaus, um ein Beispiel zu geben. Seit mehreren hundert Jahren verkündet die katholische Kirche, nicht selten in Konkurrenz zu anderen christlichen Glaubensgemeinschaften, eine Frohbotschaft, die viele nie froh werden ließ und läßt.

Obwohl es innerhalb der Kirche immer Außenseiter gab, die vom zentralistischen und dogmatischen Kurs Roms abwichen, kam es erst in den letzten zwanzig Jahren zu einer breiteren "Rom-kritischen" Bewegung. Die drastische Verschärfung der politischen, sozialen und ökonomischen Konflikte in Lateinamerika ließ viele Gläubige aus ihrer traditionellen, mehr fatalistischen Gläubigkeit ausbrechen. Das Machtdreieck Kirche, Großgrundbesitz und Militär begann an manchen Stellen aufzubrechen und Priester wie Camillo Torres (Kolumbien 1966 +) erhoben nach langem Bemühen und reifer Überlegung die politische Revolution zum christlichen Gebot.

Die zweite Bischofskonferenz der lateinamerikanischen Bischöfe (CELAM) in Medellín versuchte eine Antwort auf die drängenden sozialen Fragen zu geben. Aus einer nüchternen Analyse der Ursachen für Armut, Ausbeutung und Unterdrückung sprach sich die Konferenz 1968 klar für eine "Option für die Armen" aus, die schließlich ihren Ausdruck in der Theologie der Befreiung und den Hunderttausenden von Basisgemeinden fand. Eine Theologie in der Hand der Unterdrückten wird für die Herrschenden zu einem unliebsamen Instrument, da sie befreiend wirkt. Auf dem ganzen Kontinent entstanden Basisgemeinden, die mangels Priestern gemeinsam ihre Probleme besprechen, die Bibel lesen und sich den vielen Formen der Repression widersetzen. Trotz der Option für die Armen blieb diese Bewegung eine Minderheit. Das Jahrhundert alte Machtdreieck besteht in vielen Ländern weiterhin. Der traditionelle rechte Flügel arbeitet ungehindert mit den Diktatoren zusammen. Dazwischen befindet sich eine reformorientierte Mitte, durch die sich die Herrschenden nicht allzusehr bedroht sehen.

Die Nachfolgekonzferenz für Medellín fand 1979 in Puebla statt. Obwohl dort die Option für die Armen wieder bestätigt wurde, zeichnete sich doch ganz deutlich eine Entwicklung nach rechts ab. Priester sollten sich wieder mehr um Religion kümmern und die Politik den Laien überlassen. Die Angst vor den drastischen Veränderungen und ihrem revolutionären Potential hatte die restaurativen Kräfte innerkirchlich

auf den Plan gerufen. Mit ihrem Apell an die Einheit der Kirche: "Es gibt Fälle, in denen man die Einheit nur rettet, wenn jeder fähig ist, auf eigene Ideen, Pläne und Engagement, einschließlich gute (!), zu verzichten - zumal wenn ihnen der nötige kirchliche Bezug fehlt", so der Papst in Nicaragua und er berief sich auf das "höhere Gut der Gemeinschaft mit dem Bischof, dem Papst und der ganzen Kirche", versuchten sie ihren progressiven Kräften das Wasser abzugraben.

Obwohl man in Puebla Bischöfe, Priester und die ganze Kirche aufrief, im Namen Gottes die Würde und die Menschenrechte des Einzelnen zu verkündigen und sich für die wirtschaftlichen Interessen der Armen einzusetzen, spürten viele, daß mit diesem polnischen Papst "das Bewahrende" wieder stärker in den Mittelpunkt gestellt würde.

Diesem Papst geht es weniger um Länder und Einzelinteressen, sondern vielmehr um die Einheit der Kirche. Sie ist für ihn die einzige transnationale Einrichtung, die mit ihrer Forderung nach Frieden und Gerechtigkeit über den politischen Auseinandersetzungen steht. Noch kurz vor seinem Abflug hatte er auf die Frage nach dem Ziel seiner Reise geantwortet: "Man sollte mit denen sein, die leiden".

Für den, der die Lage in Mittelamerika kennt, klingt das wie purer Zynismus. Hundert-zwanzig Priester hat allein der Bürgerkrieg in El Salvador gekostet, darunter auch den Bischof von San Salvador Oscar Romero (1980+). In Guatemala wurden in den letzten Jahren durch rechte Todeskommandos sechzehn Priester getötet. Die Basisgemeinden, die hier stärker als in El Salvador sind, und die Kirche haben sich durch die Unterstützung der Landreform den Zorn der Todeskommandos zugezogen.

Jedes dieser Länder hat seine Märtyrer, seine Leiden und seine eigene Tragik. Und wenn in Nicaragua fünf Priester Regierungsämter innehaben, muß dies auf dem besonderen Hintergrund einer Entwicklung gesehen werden, die niemanden aus der Verantwortung entlassen kann, der sich auf Christus beruft. Der Papst, der sich auf hehre Werte beruft, mag im Vatikan das praktizieren, was viele Priester in ihrer täglichen Arbeit nicht können, die sich für die Option entschieden haben. Da sich die päpstliche Unfehlbarkeit auf Glaubensfragen beschränkt, bleibt der Papst bei allen anderen Aussagen Mensch und ist vor Fehlern nicht gefeit.

In Nicaragua waren 500 000 im christlichen Geist und dem Erlebnis der Revolution, die ihr Leben geprägt hat, mit Fahnen gekommen und empfingen den Papst mit überschwelliger Freude und Wärme. Für sie waren die kalten und autoritären Eröffnungsworte des Papstes dagegen wie ein Schlag ins Gesicht. Der Papst sagte, was er sich zu sagen vorgenommen hatte. Er war gekommen, um eine Botschaft zu verkünden. Für Eindrücke hinter den Kulissen blieb bei diesem Programm nicht viel Zeit. Daß die Regierung von Nicaragua für das Heranfahren der Besucher in vier Tagen die Treibstoffmenge eines ganzen Monats aufwendete, war für dieses an Devisen knappe Land keine Kleinigkeit, wurde von der Kirche und den Medien geflissentlich übergangen.

Einem Land und seinem Volk gegenüber, das erst vor wenigen Jahren eine furchtbare Diktatur überwunden hatte, hatte der Papst sich einfach unkorrekt verhalten. Es war deshalb kein Wunder, daß traurig und wütend nach der ersten Hälfte der Kundgebung die Menschen die Plaza verließen.

Die Medien ließen in ihrer "Papamanie" keinen Fingerzeig des Papstes aus und interpretierten kräftig im Sinne einer katholischen Nachrichtenagentur. Der Papst, der gekommen war, um den Leidenden Trost, Hoffnung und Mut zuzusprechen, betrieb kräftig Kirchenpolitik. Er nahm der Volkskirche den Wind aus den Segeln und stärkte die traditionelle Linie der Bischöfe, die z.Bsp. in Nicaragua ein Netz von Clubs ("City of God") im ganzen Land unterhalten. In Cuapa wird sogar eine Anti-sandinista-Jungfrau verehrt.

In Guatemala, wo Rios Montt 1982 in einem unblutigen Putsch die Macht übernommen hatte, steht die Kirche in der Defensive. Zwar bezeichnen sich noch immer 80% der 7,5 Millionen Einwohner als Katholiken. Doch im unruhigen Gewässer wollen alle fischen. Da wo die katholische Kirche aus den gefährlichen Gegenden ihre Priester abgezogen hat, folgten die protestantischen Prediger. Die Fundamentalisten weisen darauf, daß sie in den letzten zwei Jahren 30% der Bevölkerung zu ihrem Glauben bekehrt haben, 6500 protestantische Kirchen, 90 kirchliche Schulen gebaut haben und mittlerweile 1 800 protestantische Priester in der Missionierung in Einsatz haben. Rios Montt, ebenfalls ein "wiedergeborener Christ", und seine Armee geben den Fundamentalisten starke Rückendeckung. Diese anti-katholische Welle stellt

eine Bedrohung dar, für eine Kirche, die ihre Legitimation zu einem bedeutenden Teil in der Zahl ihrer Anhänger auszudrücken versucht. Der Papst kommt den nordamerikanischen Fundamentalisten sehr nahe, wenn er sich auf die gleichen bürgerlichen Werte beruft und sie betont - wie z.Bsp. Gewaltlosigkeit, Antikommunismus, individuelle Freiheit und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

Der Aufbruch der Lateinamerikanischen Kirche soll langfristig gebremst werden. Mit Strenge und Autotätigkeit soll die Einheit wieder erzwungen werden. Mit der "totalen Pastoral" wird die Theologie der Befreiung untergraben. Daß diese Akzente in Mittelamerika, das wie kaum eine Region auf dieser Erde leidet, gesetzt und betont wurden, gibt dieser Reise ihren zukunftsweisenden Stellenwert. Die pluralistischen Tendenzen seit dem zweiten vatikanischen Konzil werden unterdrückt und wieder zu integrieren versucht. Die restaurativen Kräfte und ihre mehr dogmatische und autoritäre Ausrichtung betonen den Gehorsam und das zentrale Lehramt. Eschatologische Dimensionen ("Mein Reich ist nicht von dieser Welt") gewinnen an Bedeutung. Der Papst als Vater, väterlich, patriarchalisch, liebenswürdig, aber auch bestimmend, hart und richtungsweisend. Die Kirche in Lateinamerika hat ihre eigene Geschichte und sie ist viel zu stark und selbstbewußt, als daß sie sich dem eurozentrischen (päpstlichen) Weltbild unterordnen ließe. In ihr spiegeln sich die gesellschaftlichen Konflikte und Widersprüche, die auch ein Papst nicht aufheben kann. Die Kirche steht nicht im neutralen Raum und heute, genau hundert Jahre nach dem Tod von Karl Marx, gilt noch immer was Helmut Gollwitzer zu diesem Jubiläum schreibt, daß es gilt "in jeder Religion selbstkritisch zu prüfen, inwiefern und inwieweit hier die religiöse Sinngebung von Leben und Handeln inhumane Verhältnisse unberührt läßt, sie nur erträglich macht, statt sie unerträglich zu machen, inwiefern hier geheiligt wird, was wert ist beseitigt zu werden, inwiefern hier die Flucht in den Himmel angeleitet wird, statt vom Himmel her Kräfte und Visionen zur Veränderung der Erde zu bekommen."



Einen offiziellen Empfang bereitet die Regierung Nicaraguas Papst Johannes Paul II. auf dem Flughafen von Managua. Der Koordinator der Militärjunta, Ortega, der in einer sieben Minuten dauernden Begrüßung die Verdienste der Revolution gerühmt hatte, inspizierte mit dem Papst die Reihe der angetretenen sandinistischen Soldaten. Foto dpa

EL SALVADOR

Grund zum Optimismus?

Wer momentan den Versuch unternimmt, sich über die aktuelle Lage in El Salvador zu informieren, sieht sich mit einer Reihe von Ungereimtheiten und Widersprüchen konfrontiert. Seit der erfolgreichen Offensive vom Oktober 1982 meldet die FMLN fast ausschließlich Optimistisches, scheinen die erfolgreichen militärischen Unternehmungen an der Tagesordnung zu sein. Wir hören, dass ein gewaltiger Schritt nach vorne getan worden ist und eine "Lösung" in nicht allzu ferner Zukunft Wirklichkeit werden könnte.

Auf der anderen Seite häufen sich die Meldungen aus den USA, denen zufolge Reagan wild entschlossen zu sein scheint, alles zu tun, um der Regierung von El Salvador einen Sieg über die Guerilla zu ermöglichen. Man hat den Eindruck, dass die USA mit aller Macht eine Entscheidung herbeiführen wollen und diese Informationen sind schwerwiegend genug, um ernste Befürchtungen um die Zukunft der Guerilla El Salvadors bei uns entstehen zu lassen.

Bei näherer Betrachtung der Dinge zeigt sich, dass zumindest die FMLN derartige Widersprüche zusammenreimen kann und eine Erklärung parat hat, die zu kennen uns sehr wichtig erscheint. Sie wird im folgenden als Zusammenfassung mehrerer Gespräche und Diskussionen mit Genossen der FMLN wiedergegeben.

Es ist der FMLN im Laufe des Jahres 1982 gelungen, die bis dahin oft isoliert und in kleinen selbständigen Einheiten operierenden Guerillaverbände zu einem grossen, einheitlich geführten Volksheer zusammenzuschliessen, welches in der Offensive vom letzten Oktober sozusagen seine Feuerprobe bestanden hat. Seit diesem Zeitpunkt ist die militärische Überlegenheit der Guerilla immer offensichtlicher geworden und hat mit dazu beigetragen, dass die Streitkräfte der Regierung heute quasi handlungsunfähig und mattgesetzt erscheinen. Bekanntlich kommt es in der Armeeführung und der Regierung El Salvadors immer deutlicher und häufiger zu offenen Cliquenkämpfen und Rivalitäten, die die ohnehin rapide schlechter werdende Moral der Regierungssoldaten auf ein Minimum reduzieren. Hinzu kommt, dass die Geschichte Taktik der FMLN, Gefangene sehr gut zu behandeln und nachher dem Roten Kreuz zu übergeben, bereits sehr deutliche Früchte zeitigt. Anstatt das Leben auf's Spiel zu setzen, laufen immer mehr Soldaten über oder lassen sich gefangen nehmen. Die Zahl derer, die hinterher freiwillig bei der Guerilla bleiben, um in ihren Reihen weiterzukämpfen steigt stetig.

Ganz im Gegensatz zur Situation von 1981 ist die FMLN heute so stark, dass ein militärischer Sieg möglich wäre.

Was Intervention im Moment bedeutet

Am Tatbestand der militärischen Überlegenheit der Guerilla kann, nach Meinung der Genossen von der FMLN, weder die US-amerikanische "Wirtschaftshilfe" etwas ändern noch ein weiterer Trupp von Beratern, der nach El Salvador geschickt werden soll, um den Regierungssoldaten zu zeigen, mit welchen Methoden die Guerilla besser bekämpft werden kann. Die Desorganisation und der Zerfall der Armee können mit technischen Hilfen, wie Reagan sie bietet, nicht mehr aufgehalten oder kuriert werden. Einzig und allein eine direkte Invasion US-amerikanischer Streitkräfte in El Salvador könnte das Kräfteverhältnis zugunsten der dortigen Regierung verändern.

Niemand von der FMLN behauptet, dass diese Möglichkeit auszuschliessen sei. Aber sie haben eine Fülle von Argumenten mit denen sie erklären, weshalb dieser Fall nicht unabwendbar eintreten wird.

Zunächst einmal betonen die Genossen, dass bei der derzeitigen Stärke des ant imperialistischen Widerstands in Mittelamerika, eine Invasion in El Salvador einer Besetzung der gesamten Region gleichkommen würde. Der Zeitpunkt sei längst überschritten, an dem die USA nach einem kurzen "Spaziergang" gleich in Mittelamerika hätten einmarschieren, "Ruhe und Ordnung" wiederherstellen und sich dann schleunigst zurückziehen können. Jetzt müssten sich die USA darauf einstellen, dass jede militärische Intervention eine jahrelange Okkupation der Länder bedeuten würde. Eine derartige Besetzung mit eigenen Soldaten sei weder innen- noch aussenpolitisch ohne die allergrössten Schwierigkeiten vorstellbar.

Der Widerstand gegen die Unterstützung diktatorischer Regime in Mittelamerika sei derzeit in den USA spürbar im Wachsen. Das zeigen die Schwierigkeiten, die Reagan im Kongress habe, die Erhöhung der Gelder für El Salvador durchzusetzen. Ausserdem wachse der Widerstand in der Bevölkerung. Eine Mehrheit im Kongress für eine Intervention sei auszuschliessen, ohne dessen Zustimmung werde sie aber für Reagan ein erhebliches politisches Risiko. Neben der Innenpolitik spiele das Verhältnis zu den übrigen lateinamerikanischen Ländern eine bedeutende Rolle. Durch die Unterstützung Englands im Falklandkrieg haben sich die USA die süd-amerikanischen Freunde ja erheblich verprellt. Seither ist es noch sehr viel unwahrscheinlicher als zuvor, dass wenigstens einige dieser Länder eine Invasion zumindest stillschweigend dulden würden. Heute kann man viel eher damit rechnen, dass sie einen ungeheuren Solidarisierungseffekt gegen die USA bewirken würde, der schlimme Folgen für die Wirtschaft haben könnte. Nach Ansicht der FMLN ist das Konzept der Regionalisierung des Krieges gescheitert. Der Plan also, mithilfe bestens ausgebildeter und höchst modern ausgestatteter einheimischer Kräfte, vor allem der hondurensischen Armee und den somozistischen Kämpfern, die FMLN, die Sandinisten und die Guerilla in Guatemala zu besiegen, wobei die Beteiligung der USA wenigstens nach aussen kosmetisch verhüllt worden wäre.

So zeige sich immer deutlicher, dass die Rechnung mit Honduras nicht aufgegangen sei. Auch mit den neuesten Waffen und der modernsten Technologie ausgerüstet könne die hondurensische Armee nicht zu der Schlagkraft und Stärke aufgebläht werden, die nötig wäre, um einen Mehrfrontenkrieg gegen die Nachbarländer zu gewinnen. Da helfe, wie gesagt, nur noch der Grosse Bruder höchst persönlich.

Die heutigen Aufgaben

Die Lage einmal so gesehen und analysiert, ergibt für die FMLN eine sehr konkrete Perspektive.

Während die USA noch dabei sind, durch einen komplizierten Lernprozess zu begreifen, dass ihre Statthalter in El Salvador versagt haben und zu keiner selbständigen Handlung in der Lage sind, wird es bald nicht mehr möglich sein, die Augen vor diesem Faktum zu verschliessen. Die Regierung ist gespalten, die Armee ebenfalls, die einen wollen nur noch auf die USA setzen, die anderen, nach Art der Faschisten ohne diese die Probleme mit rackerter Gewalt und Repression lösen. Reagan hat jetzt schon kaum noch ein Argument mit dem er die Hilfe für die salvadorensische Regierung dahingehend rechtfertigen kann, dass die dortige Armee mit neuen Waffen und etlichen Experten durchaus wieder in die Lage versetzt werden könnte, erfolgreich gegen die Guerilla vorzugehen.

Die FMLN kann die Zeit, in der sich die Geister in den USA noch um derlei Einschätzungen streiten dazu nützen, sich weiterhin militärisch zu konsolidieren, Kräfte zu sammeln und die Organisation des Volksheers zu vervollkommen.

Über die Schwerpunkte dieser Arbeit gibt es innerhalb der FMLN unterschiedliche Akzentuierungen. Der Teil der Guerilla, der sich um die FPL und deren Massenorganisation DPR gruppiert, ist der Ansicht, dass die neue Situation sehr gute Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der Massenarbeit schafft. Diese müsste in den letzten zwei Jahren aufgrund der zunehmenden Repression fast gänzlich unterbrochen werden. So sind die Frauen- Studenten- Stadtteil und ähnliche Organisationen de facto aufgelöst worden, auch die Gewerkschaften konnten immer weniger wirksam sein. Der Druck der Repression hat nur noch clandestine Arbeit möglich gemacht, somit alle Sympathisanten und Unterstützer der Opposition von aktivem politischem Tun ausgeschlossen.

Die FPL geht davon aus, dass ein Sieg der FMLN rein militärisch nicht möglich sei, ein solcher vielmehr von der Bevölkerung aktiv unterstützt, durch Generalstreiks und zivilen Widerstand getragen werden müsse. Die Organisation glaubt, dass die Massenarbeit in den letzten Monaten bereits deutlich sichtbar vorangegangen ist. Es habe zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder öffentliche Äusserungen von Gewerkschaftern, Menschenrechtsorganisationen und universitären Zirkeln gegeben. Der Widerstand ziehe wieder in die Städte ein.

Dagegen argumentieren die übrigen Organisationen der FMLN, dass es weiterhin unmöglich sei, die Massen am Widerstand zu beteiligen, denn die Zerstörung ihrer Organisationen und die Angst, in die Hände der Repression zu fallen hätten eine solche Perspektive zerstört. Es sei illusorisch, damit zu rechnen, dass Streiks und Volkshebungen die Erfolge des Volksheeres begleiten könnten. Die Tatsache, dass sehr viele Bauern in die Guerilla eingegliedert und die ländliche Bevölkerung zu grossen Teilen für sie gewonnen werden konnte, lasse keine Schlüsse auf die Gesinnung der

der Stadtbevölkerung zu. Realistischerweise könne ein Sieg der FMLN zunächst einmal nur ein militärischer sein. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass das Problem der Massenarbeit in der FMLN kontrovers diskutiert wird. Zum einen herrscht über diese Frage noch nie vollständige Einigkeit, weil die verschiedenen Organisationen sehr unterschiedliche Erfahrungen auf diesem Gebiet gemacht haben und daraus logischerweise ihre Positionen ableiten. Zum anderen erzwingt der neue Stand der Dinge tatsächlich eine erneute Diskussion und ist diese sicher noch lange nicht abgeschlossen. Die alten Differenzen müssen unter neuem Licht betrachtet werden. Ohne Zweifel steht es wieder einmal fest, dass es von aussen unmöglich ist zu beurteilen, welche der beiden Positionen wohl die richtigere ist. Die bessere Lösung ist, beide nebeneinanderzustellen. Es wäre nicht richtig, darüber gar nichts zu sagen, nur weil wir es nicht beurteilen können. Vielleicht dringen im Laufe der Zeit wieder mehr und konkretere Informationen zu uns, wird es uns möglich, uns intensiver mit diesem Problem zu beschäftigen, das ja eines der Grund- und Kernprobleme jeder revolutionären Bewegung ist.

Verhandlungen - Dialog

Das Jahr 1981 war das Jahr der Verhandlungen, d.h. der diplomatischen Offensive, um solche in die Wege zu leiten, weil die FDR/FMLN der Ansicht war, ein militärischer Sieg sei absolut nicht mehr zu erwarten. Die Entwicklung der letzten Monate hat die Akzente gründlich verlagert. Man geht nicht mehr davon aus, dass militärische Aktionen dazu dienen, den Gegner an den Verhandlungstisch zu zwingen, sondern umgekehrt, dass nicht die Verhandlungen, sondern die militärische Aktion die Lösung bringt. Deshalb spricht die FMLN jetzt auch nur noch von einem Dialog. Dieser stellt eine erste und sehr vorläufige Stufe dessen dar, was mit Verhandlungen gemeint ist. Der Dialog wird ohne inhaltliche Festlegungen, sehr allgemein und unverbindlich

aus einer Position der Stärke heraus angeboten, in der man es nicht nötig hat, durch irgendwelche Zugeständnisse und Kompromisse den Gegner dazu zu bewegen, wenigstens sein Ohr zu leihen.

Nach Ansicht der FMLN mehrten sich die Zeichen, dass die Antwort auf das Dialogangebot bald positiver Art sein wird. In den USA mehrten sich die Stimmen, darauf einzugehen. Reagan werde wahrscheinlich seinen Schützlingen raten, irgendetwas in dieser Richtung zu unternehmen. Allerdings wagt niemand zu vermuten, welche Ergebnisse ein solcher Dialog wohl zeitigen wird. Die FDR/FMLN ist sich lediglich sicher, dass er ihr auf keinen Fall Schaden bringen kann.

Fazit aus der Analyse der FMLN:

Die Zeit arbeitet gegen den US-Imperialismus. Sie festigt die Position der Guerilla, macht eine Intervention zu einer immer aufwendigeren, gefährlicheren und folgenreicheren Angelegenheit für die USA.

Aus diesem Grund müssen im Moment Provokationen vermieden werden wie etwa eine Grossoffensive, die die USA zwangsläufig auf den Plan rufen würden.

Natürlich bleibt es weiterhin das wichtigste Ziel der FDR/FMLN, die schleichende Intervention der USA, die schon seit langem läuft zu beenden und zwar so schnell wie möglich. Damit das Blutvergiessen beendet wird. Dabei werden vor allem die politisch-diplomatischen Anstrengungen und die Unterstützung durch die Solidaritätsarbeit von großer Bedeutung sein.

Solidarität

Angesichts einer CDU Regierung und unter Umständen eines Außenministers namens Strauss, stehen wir in der BRD mit der Perspektive da, dass wieder ein bundesrepublikanischer Botschafter nach San Salvador geschickt und die eingefrorene Entwicklungshilfe aufgetaut wird.

Beides zu verhindern wird eine dringende und sehr nötige Aufgabe sein, denn das Gebaren unserer Politiker könnte für die übrigen Länder der EWG eine Signalwirkung haben, bei ihnen den Entschluss reifen lassen, es Bonn nachzutun. Ein militärischer Sieg der FMLN kann nur dann durchgehalten werden, wenn das politische Klima weltweit zu ihren Gunsten gewendet werden kann. Das wissen wir, trotzdem soll es an jeder Stelle und immer wieder gesagt werden.

HONDURAS

Bauernunion beklagt stagnierende Agrarreform und Verfolgung von Campesinos

Im Dezember vergangenen Jahres gab Marcial Caballero, Generalsekretär der zweitgrößten honduranischen Bauernorganisation "Unión Nacional de Campesinos" (UNC) einem Mitglied der Solidaritätsbewegung ein Interview, das wir im folgenden leicht gekürzt abdrucken.

FRAGE: Wie sehen Sie die politische Situation von Honduras im Allgemeinen?

ANTWORT:

Die allgemeine politische Situation in unserem Land ist ziemlich schwierig, sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer und politischer Hinsicht. Die Ereignisse in den Nachbarländern haben starke Auswirkungen auf Honduras. Die Tatsache, daß unser Bruderland Nicaragua sich von der erdrückenden Last der Diktatur befreit hat und der Kampf des salvadoranischen Volkes gegen die Repression des Imperiums aus dem Norden haben die Lage in unserem Land sehr schnell verändert....Zwar hat man nach dem Sturz von Somoza und noch stärker angesichts der Probleme von El Salvador versucht, die Strategie zu ändern und eine gewisse politische Öffnung erlaubt, die dann "Demokratie" oder "Partizipation des Volkes" genannt wird. Außerdem hat man etwas Wirtschafts- oder Entwicklungshilfe gegeben. Aber dadurch wird die hiesige Form des Kapitalismus nicht grundsätzlich geändert sondern erhält nur einen neuen Anstrich... Einige einheimische Unternehmer ziehen ihr Geld aus dem Land ab, weil sie beunruhigt sehen, was in den Nachbarländern geschieht und Angst haben, daß ihnen dasselbe passiert. Die große Kluft zwischen denen, die viel haben und denen, die nichts haben, wird von Tag zu Tag größer, und in unserem Land wird auf lange Sicht genau dasselbe eintreffen, was in den Bruderländern geschieht.

F: Wie sehen Sie die Lage im Bezug auf die Agrarreform? (2)

A: ... Hier in Honduras ist die Agrarreform ein sehr umstrittener Punkt gewesen. Die jeweiligen Regierungen haben immer die Interessen der großen ausländischen Monopole und der einheimischen Großgrundbesitzer vertreten. Die politischen Parteien, die von altersher unser Land regiert haben, waren und sind die Parteien der Großgrundbesitzer, und das sind dieselben, die die ganze Wirtschaft, Gesellschaft und Politik beherrschen. Deshalb ist es so schwierig, gegen diese Regierungen eine Agrarreform durchzusetzen. Von diesen Regierungen sind allenfalls kleine Reformen zu erwarten, einige kleine Zugeständnisse, die nichts weiter sind als Beruhigungspillen angesichts des großen Elends im Volk. Die Agrarreform in unserem Land ist immer noch eine Utopie.

F: Aber in den Zeitungen erscheinen öfter Artikel, in denen steht, daß die Regierung Land an Campesinogruppen verteilt...

A: Für das wenige Land, was wir bisher bekommen haben, haben wir unser Leben riskieren müssen. Fast jedes Jahr sind zur Geschichte unserer Organisation neue Kapitel von Repression und Massakern hinzugekommen. Die wenigen Ländereien, die heute die Campesinogruppen der UNC und einiger anderer Organisationen ... besitzen, wurden von uns erobert und nicht etwa von der Regierung von selbst enteignet. Das Land, wofür sich jetzt die Regierung brüstet, daß sie es verteilt hätte, das sind in Wirklichkeit Flächen, von denen sie es nicht geschafft haben, uns zu vertreiben ...

F: Letzte Woche gab es eine Zunahme der Landbesetzungen in einigen Departamentos des Landes. Könnten Sie uns etwas darüber sagen?

A: Ja, das stimmt. Wie ich schon sagte, ist für uns honduranische Bauern nur durch Kampf der Zugang zum Boden möglich. Im Oktober und November dieses Jahres haben einige Gruppen der UNC, der ANACH und der UNCAH (3) in einigen Regionen des Landes Landbesetzungen durchgeführt, vor allem in Copán, Santa Bárbara und Cortés (im Nordwesten des Landes, Anm. d. Übers.). Vor kurze, außerdem noch in Comayagua (Zentralregion). Diese Landbesetzungen sind das Ergebnis der Verschleppungstaktik der Regierung, bzw. des INA (Nationales Agrarinstitut), das in diesen Fällen zuständig ist. Einige dieser Gruppen, von denen die Rede ist, hatten auf dem Rechtsweg zwei oder drei Jahre lang die Übergabe des betreffenden Landes beantragt und haben bis heute keine Antwort erhalten.

Von der Not getrieben, haben diese Compañeros das Land besetzt, ohne sich um Dekrete wie das Antiterrorgesetz (4) zu kümmern, in dem Landbesetzungen als Terrorismus oder Subversion eingestuft und mit hohen Gefängnisstrafen bestraft werden. Wegen der Landbesetzungen in letzter Zeit wurden eine Reihe Compañeros eingesperrt, geschlagen und verfolgt. 39 Führer von Basisgruppen aus dem Norden wurden inhaftiert, weil sie Land von den Monopolen wie der Schlachthausgesellschaft ALUS haben wollten, die Latifundien in fast allen Tälern des Landes besitzt. Diese Gesellschaften haben so viel Land, daß sie nicht einmal alles davon bewirtschaften. Große Teile davon haben sie den Indianerstämmen oder Campesinos weggenommen, oft um nicht mehr als einen Liter Schnaps abgeschwatz. Diese Monopole haben großen Einfluß in der Politik, und wenn man sich mit denen anlegt, schafft man sich mächtige Feinde. Der Konflikt an der Nordküste ist sehr ernst, das ist eine sehr reiche Gegend, wo das meiste Land in Händen großer Landbesitzer und der Transnationalen ist wie der United Brands und der Standard Fruit Company.

...

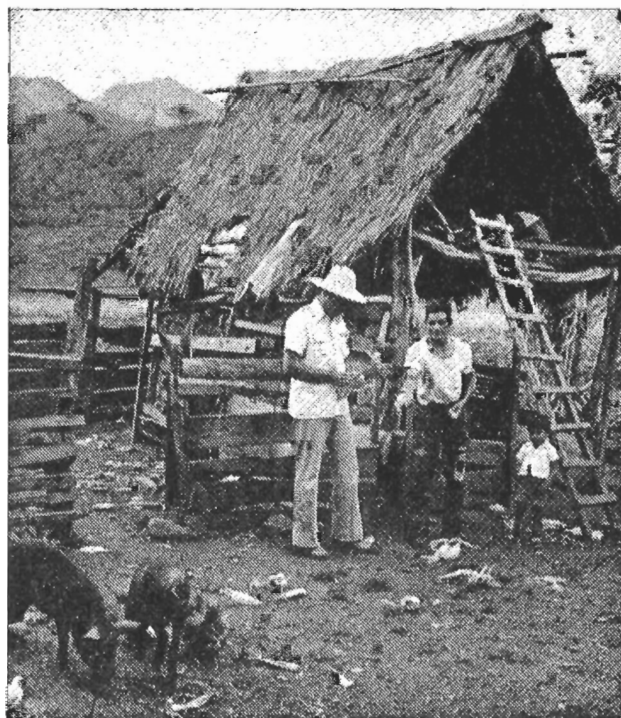
F: Stimmt es, daß die Gruppen der UNC durch die Repression gezwungen wurden, das besetzte Land zu verlassen und sich auf Verhandlungen einzulassen?

A: Ja, das stimmt. Nach dieser Repression, als einige von uns im Gefängnis saßen, andere verletzt waren und das Militär una in der Hand hatte, wurden wir von der Regierung aufgefordert, mit dem INA zu verhandeln ... Wir mußten den "Vorschlag" annehmen, denn ihn nicht anzunehmen, hätte bedeutet, daß die Repression weiter andauert und unsere Compañeros weiter im Gefängnis bleiben... Wir mußten uns verpflichten, ... 45 Tage zu warten, damit das INA Zeit hat, die notwendigen Formalitäten durchzuführen. Wir wissen aber, daß wir nach Ablauf dieser Frist keine Antwort erhalten werden. Sie werden uns wie immer erzählen, sie hätten keine Rechtsgrundlage gefunden, um das Land zu enteignen. ...

F: Wenn die UNC die Erfüllung ihrer Forderungen nicht mehr durch Landbesetzungen erreichen kann, was wird sie dann tun, welche anderen Kampfformen bleiben ihr da noch?

A: Das ist eine wichtige Frage, die wir uns tagtäglich stellen, denn wir sehen ja, daß wir vorher unter den Militärregierungen (5) einige Fortschritte erreicht haben ... Die Militärs herrschten aufgrund ihrer Waffengewalt, aber zeitweise benutzten sie diese Macht auch, um die Großgrundbesitzer zu zwingen, mit uns zu verhandeln. Die heutige, angeblich demokratische Regierung beruft sich auf die Gesetze und stützt sich gleichzeitig auf die Waffen, um weiter die Interessen der Großgrundbesitzer zu verteidigen. Deshalb wird es für uns immer schwieriger, Land zu erkämpfen.

Unserer Organisation werden schließlich nur zwei Wege offenbleiben ...: Entweder wir bleiben mit verschränkten Armen dasitzen und verhungern, oder wir kämpfen für unsere Rechte, selbst wenn es uns das Leben kostet... Wenn wir nicht mehr auf dem Weg über friedliche Landbesetzungen auf die Regierung Druck ausüben können, bliebe uns also nur eins: auf die Weise zu antworten, wie sie es tun, nämlich mit Gewalt, das heißt das Land besetzen und es unter Einsatz unseres Lebens verteidigen, "mit Blut und Feuer". Das wäre die einzige Alternative, denn die Regierung bemüht sich nicht darum, das Problem zu lösen.



Campeños in Honduras

F: Sieht die UNC unter der neuen Regierung, die sich zivil und konstitutionell nennt, irgendwelche Veränderungen zugunsten der Campeños?

A: Ich sagte schon, diese Regierung ist für uns Bauern schlimmer als die Militärregierungen... Diese waren zeitweise darauf aus, die Unterstützung der Bauern zu gewinnen und haben uns einige Zugeständnisse gemacht. Zum Beispiel die Regierung von Oswaldo López, eine Militärregierung, die erließ ein Dekret, nach dem die unbauten Ländereien in die Hände der Campeños übergehen sollten, und das war ein Schritt vorwärts für uns.

Die jetzige Regierung, das erste was sie tat, war die Steuern zu erhöhen ... Diese Steuer ist vor allem für die ärmsten Klassen sehr schlimm. Ein anderes Gesetz, das sie erlassen hat, ist das Antiterrorgesetz. In diesem Fall sind die Campeños und Arbeiter am meisten betroffen, die im Kampf für ihre Rechte streiken oder Land besetzen ... Sie werden jetzt als Terroristen, Subversive, als Feinde der Regierung angesehen... Die Regierung versperrt uns mit dem Gesetz den Weg, den wir bisher hatten... um Druck auszuüben. Die Campeños, die heute Land besetzen, werden als "Subversive" eingestuft und bekommen Strafen aufgebürdet, gegen die jede Berufung unmöglich ist, und man kann auch nicht mehr gegen Kautions aus dem Knast freikommen wie bisher. Bauern werden mit 12 oder 13 Jahren Gefängnis bestraft dafür, daß sie Land besetzt haben.

Was wird passieren? Ich frage mich, werden die Gefängnisse und Kerker in Honduras ausreichen, um so viele Campeños einzusperren, wenn alle landlosen Bauern Land besetzen würden? ... Das muß sich die Regierung gut überlegen, denn sie können zwar heute den Deckel mit Gewalt auf dem Topf halten, können die Campeños unterdrücken, einschüchtern, aber mit jedem Tag wird der Druck stärker, und einmal kocht das ganze über... zwangsläufig. Irgendwie muß es einen Ausweg geben. - So sieht es hier aus in unserem Land. Während sie die sozialen Probleme mit Repression zudecken, lassen sie eine große Propaganda vom Stapel und sagen, daß sie Land verteilen, daß hier Freiheit herrscht, daß dieses Land sozusagen "den Frieden exportiert". Das Volk stirbt vor Hunger und Elend. Und sie sprechen vom Frieden, während die Bauern unterdrückt werden. Gegen alle, die sich wehren, die protestieren, die Land und Arbeit wollen, wird das Antiterrorgesetz angewendet. Von Frieden kann man nicht sprechen, solange einige gut essen und die übrigen vor Hunger sterben.

Verurteilung der Aggression gegen Nicaragua

F: Es besteht die Möglichkeit, daß ein Krieg ausbricht. Also ist nicht nur der innere Friede in Gefahr, sondern auch der Friede mit Nicaragua und El Salvador. Gibt es Diskussionen in der UNC darüber, was man im Fall eines Krieges tun könnte, bzw. was man tun könnte, um einen solchen zu verhindern oder diese Entwicklung zu stoppen?

A: Wir haben uns schon unzählige Male zur Kriegsgefahr bezüglich Nicaragua und El Salvador geäußert. Unser Land bzw. unsere Streitkräfte erhalten Militärhilfe von den USA, und die Vorzeichen eines Krieges werden immer alarmierender. Wir haben die Situation analysiert und kommen zu dem Schluß, daß die Vereinigten Staaten an einem Krieg zwischen Honduras und Nicaragua interessiert sind, als indirekte Form der Intervention, denn sie sehen Nicaragua als "Schmutzfleck" in der Region und versuchen, ihn "auszuradieren". Sie sind an dem Krieg interessiert.

... Wir haben intern, innerhalb unserer eigenen Organisation versucht, unter den Compafieros das Bewußtsein für diese Gefahr und die Hintergründe dieser Probleme zu verbreitern und der Kampagne entgegenzuwirken, die momentan von allen Medien einheitlich verbreitet wird, die das Volk glauben machen wollen, daß Nicaragua, daß die sandinistische Regierung der Feind von Honduras sei.

Zur Zeit läuft z.B. in fast allen Radiostationen eine Hetzkampagne. Da werden Sie hören, daß mit großem Skandalgeschrei verbreitet wird, die Sandinisten wären in Honduras eingefallen, hätten Sachen oder Vieh geraubt, Honduraner mißhandelt, daß die Sandinisten die Revolution nach hier exportieren wollten, usw.

Unsere Organisation hat bei verschiedenen Zusammenkünften, und zuletzt auf unserer Jahresversammlung die Lage analysiert, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß das Volk derjenige wäre, der die Rechnung bezahlen müßte. Deshalb sind wir gegen den Krieg, denn wir - die Campesinos - wären die Leidtragenden. Wir haben öffentlich erklärt, daß wir die kriegstreiberischen Aktivitäten der Streitkräfte verurteilen. Wir haben auch darüber gesprochen, daß wenn wir den Streitkräften im Fall eines Krieges unsere Unterstützung verweigern, dann würden sie uns als Verräter des Vaterlandes ansehen, denn wir würden uns weigern, unsere Souveränität, die angeblich in Gefahr ist, zu verteidigen. Aber uns ist klar, daß diese Sache nichts mit den Interessen unseres Vaterlandes zu tun hat, sondern daß da internationale Interessen im Spiel sind.

Das Volk von Nicaragua hat für seine Souveränität gekämpft. Jetzt heißt es, sie wären Kommunisten. Wenn sie aber in dem System leben wollen, das sie jetzt haben und meinen, daß dies besser ist als das frühere, dann soll man sie in Ruhe lassen. Das Volk hat ein Recht, seine eigene Zukunft selbst zu bestimmen und den Weg zu wählen, der ihm am besten erscheint. Wir wissen, daß die USA hinter all dem stecken. Die Oligarchie unseres Landes, die Streitkräfte, die Regierung, das sind Marionetten der Vereinigten Staaten. Sie haben vor, das Volk in ein Massaker zu stürzen, ohne jede Skrupel. Das würde ein sehr harter Krieg für unser Land. Wir wissen, daß das honduranische Militär durch die USA sehr gut ausgerüstet ist, und auch Nicaragua hat sich nach der Revolution stark bewaffnet. Das würde ein schreckliches Gemetzel. Also ist klar, daß wir keinen Krieg unterstützen würden.

Wir haben unseren Compafieros erklärt, daß all diese Kampagnen von fremden Interessen in Gang gesetzt werden, und daß wir uns nicht darauf einlassen dürfen. Diese Aufklärungsarbeit ist sehr schwierig, zum einen weil wir als Organisation sehr wenig Mittel haben, zum anderen, weil die Bauern es gewöhnt sind, Radio zu hören und zu glauben, was ihnen dort erzählt wird. Noch ungünstiger sieht es aus bei den Bauern, die nicht organisiert sind. Die hören diese Berichte und prägen sie sich ein und erklären dann, daß die Sandinisten Kommunisten sind und unsere Feinde. So wird das Bewußtsein der Campesinos beeinflusst, und das ist gefährlich für den Frieden in unserem Land und die Verteidigung unserer Interessen als Campesinos.

F: Auf welche Weise könnte die Mittelamerika-Solidaritätsbewegung den Kampf der honduranischen Campesinos unterstützen und konkret die UNC?

A: Da könnte man auf verschiedene Weise helfen. Ich glaube, daß die Solidarität immer nötig ist, vor allem mit den ausgebeuteten Klassen, dem leidenden Volk. Zunächst, was die Vermittlung von Informationen angeht: Es muß im Ausland bekanntgemacht werden, wie die Realität hier aussieht, was tatsächlich in unserem Land geschieht.

Man muß der Propaganda unserer Regierung entgegenwirken, die verbreitet, Honduras sei eine "Oase des Friedens", ein Vorbild an Demokratie. Das stimmt nicht. Die Solidaritätsbewegung muß das den Völkern erklären, und daß es bei uns großes Elend gibt und große Probleme, die große Lösungen erfordern. Die bestehende Regierung hat sich zum Feind der Organisationen erklärt, die für Veränderungen in unserem Land kämpfen. Zum Beispiel hat sie sich bisher geweigert, der UNC die Rechtspersönlichkeit zu geben, obwohl wir ihr als Verhandlungspartner gut genug sind, wenn es irgendwo Probleme gibt. Unsere Organisation besteht und kämpft praktisch seit 15 Jahren und fordert genauso lange die Verleihung der Rechtspersönlichkeit (6). Und eine Regierung, die sich demokratisch nennt und behauptet, sie gäbe dem Volk Partizipationsmöglichkeiten, ist nicht dazu imstande ... Also, wo ist die Demokratie, wo ist die Partizipation des Volkes, wenn man einer Organisation mit mehr als 60000 Mitgliederfamilien die rechtliche Anerkennung verweigert? Das bedeutet, tausende von Bauernfamilien zu ignorieren, die ihre Hoffnungen auf unsere Organisation setzen, das heißt, sie dem Hunger preiszugeben!

ANMERKUNGEN

- (1) Die UNC vertritt eine sozialchristliche Orientierung und ist der Gewerkschaftszentrale CGT angeschlossen. Ihre Mitglieder sind vor allem Landlose (Landarbeiter, Pächter), die um Landzuteilung im Rahmen der Agrarreform kämpfen bzw. auf erkämpftem Land arbeiten.
- (2) Honduranische Regierungen haben 1962, 1972 und 1975 Agrarreformgesetze erlassen. Diese bleiben jedoch vorwiegend auf dem Papier. Eine nennenswerte Landverteilung (z.gr. Teil aus Staatsbesitz) gab es, auf starken Druck der Campesinos, nur zwischen 1972 u. 1975. Seitdem ist mit dem andauernden Machtzuwachs der Rechten die AR praktisch blockiert. Insgesamt wurden bisher nicht mehr als 9 % der Betriebsflächen neu verteilt. Die Zahl der landlosen Familien wird auf über 150000 geschätzt (ca. 1/3 der ländl. Bevölkerung).
- (3) ANACH = Asociación Nacional de Campesinos de Honduras, mitgliederstärkste Bauernorganisation, ist der US-orientierten Gewerkschaftszentrale CTH angeschlossen; UNCAH = Unión Nacional de Campesinos Auténticos de Honduras, viertgrößte Bauernorganisation, sozialistisch.
- (4) Erlassen im April 1982 auf Vorschlag der Militärführung. Sieht Höchststrafen für "Terroristische und Subversive Aktivitäten" vor.
- (5) Gemeint ist vor allem die reformistische Etappe der Militärregierungen (1972 -75) unter General López Arellano; die vorangehenden und folgenden Militär- und zivil-mil. Regierungen verfolgten eine konservative bis reaktionäre, repressive Politik, auch und gerade in der Agrarreform.
- (6) Die Verleihung der Rechtspersönlichkeit ist u.a. Voraussetzung für die Vergabe von Krediten. Der Staat verweigert sie der UNC und der UNCAH bewußt, um diese mißliebigen Organisationen politisch und ökonomisch zu schwächen, während ANACH und die regierungstreue Genossenschaftsföderation FECORAH reichlich Kredite erhalten.

NICARAGUA

Demokratie in den Massenorganisationen

In LN Nr. 109/110 berichteten wir über die CDS (sandinistische Dorf- und Stadtteilkomitees) in Nicaragua. Die im folgenden Artikel angesprochene Problematik halten wir nicht nur für bedeutsam, weil die CDS zahlenmäßig die stärkste Massenorganisation sind, sondern auch weil sie ein Beispiel für die Probleme und Auseinandersetzungen auch innerhalb der anderen Massenorganisationen ist.

Ein Barrio in Managua

Der CDS der Straße liegt danieder. Waren es noch vor einem Jahr fast alle der 26 Familien, die in den wöchentlichen Sitzungen vertreten waren, so kann man jetzt froh sein, wenn 8 bis 10 Leute erscheinen. Viele Aktivitäten, wie z.B. der mit Elan begonnene Bau eines Kinderspielplatzes, liegen brach. Außer dem nächtlichen Wachdienst, der regelmäßig erfüllt wird, ist kaum jemand zu neuen Aktivitäten zu bewegen.

Woran liegt das?

Einer der Gründe ist sicherlich, daß die direkte persönliche Bedrohung nicht mehr vorhanden ist. Die relativ gute Organisation der Nachtwache zeigt, daß die Angst vor Angriffen und Sabotageakten der Konterrevolutionäre und vor einer Intervention immer noch vorhanden ist. Doch man lbt jetzt viel ruhiger. Die meisten ziehen sich in ihr Privatleben zurück und sehen nicht mehr die Notwendigkeit an einer Beteiligung am politischen Prozeß. Diejenigen, die noch politisch aktiv sind, versuchen sie immer wieder zu einer Beteiligung zu bewegen. Doch geschieht das häufig mit sehr zweifelhaften Methoden.

Es gab z.B. Probleme mit der Koordinatorin, die auf den Sitzungen jedes Gespräch an sich riß und die anderen unter moralischen Druck setzte, um sie zu bestimmten Aktivitäten zu bewegen. Diejenigen, die nicht mehr mitmachen, bezeichnete sie als Konterrevolutionäre; andere, die sich anderen Aufgaben widmeten, wie z. B. einer kirchlichen Basisgemeinde, wurden "Kirchenkakerlaken" beschimpft. Sie ging sogar soweit, denen, die nicht mehr auf den Sitzungen erschienen, die Zuteilungskarten für Zucker zu verweigern. (Zucker ist rationiert und wird über die CDS verteilt)

Ein solches Verhalten wirkte nicht nur abschreckend auf die "Unpolitischen", sondern auch viele der bisher Aktiven reagierten verärgert oder gekränkt.

Daß dies kein Einzelfall ist, zeigt der Brief, der im folgenden abgedruckt ist. Er zeigt aber auch, daß das Problem erkannt und angegangen wird. Der Brief wurde vom Revolutionskommandanten Bayardo Arce an alle Koordinatoren der CDS verschickt und veröffentlicht, um in den Komitees diskutiert zu werden.

Kritik von oben

"...Wir glauben fest daran, daß CDS-Führung und CDS-Basis eine Qualität darstellen müssen, die sich mißt an:

- Ihrer Beteiligung an der Verteidigung
- Ihrem Respekt der revolutionären Gesetze
- Ihrer Disziplin und Ihrem Respekt in der Erfüllung der Richtlinien, die von den unmittelbar übergeordneten Instanzen ausgehen
- Ihrer Bereitschaft, die besten Diener des Volkes zu sein, die Opportunismus, Bürokratismus, Cliqueswesen und Vetternwirtschaft vermeiden und bekämpfen.

Von daher versteht man eine Sorge, die unsere nationale Leitung der FSLN beunruhigt, und wir halten es für unsere unumstößliche Pflicht, sie Euch mitzuteilen. Es gibt Anzeichen dafür, daß viele Koordinatoren die revolutionären Leitsätze, die wegen ihrem auf Überzeugung beruhenden Charakter das Ziel haben, die Sympathien derjenigen Sektoren zu erwecken, die von ihren Voraussetzungen her bereit sein müßten, die Revolution zu verteidigen, nicht sorgfältig interpretiert haben. Wir beziehen uns auf willkürliche und eigenmächtige Haltungen und Handlungen, die im Gegensatz zu den sandinistischen Prinzipien stehen, wie z.B.:

- Die Autorisierung eigenmächtiger Land- und Grundstücksbesetzungen, obwohl alle legalen Anstrengungen unternommen werden, um Land und Grundstücke all denen zuzusprechen, die ihr Stück Land verdient haben und brauchen.
- Die Nichtaushändigung der Karte für die Zuteilung von Zucker an jemanden, der die Revolution noch nicht begriffen hat, anstatt über diese revolutionäre Errungenschaft bei ihm Bewußtsein zu schaffen. Wir wissen, daß diese Methode manchmal als Druckmittel verwendet wird, um Leute dazu zu bringen, Aufgaben des CDS zu erfüllen. Aufgaben, bei denen man davon ausgeht, daß sie eigentlich freiwilliger Natur sind.
- Drohungen mit Worten und Handlungen gegenüber Personen, die eine andere religiöse oder politische Überzeugung haben oder mit Leuten oder Einrichtungen zusammenarbeiten, die sich nicht mit der Revolution identifizieren.
- Selbstherrliche und überhebliche Haltungen, mit denen sich eine Autorität angemaßt wird, die nur die Organisation schädigt. Das bildet kleine Eliten, die Spaltung und Intrigenbildung zwischen den Bewohnern einer Gemeinde fördern.
- Amtsmißbrauch, um persönliche Probleme zu organisatorischen zu machen und verleumderische und zerstörerische Kampagnen gegen Personen zu beginnen, mit denen man nicht einer Meinung ist.
- Autorität, die die Ausübung eines Amtes in der Organisation verleiht, zu mißbrauchen, um damit persönliche und familiäre Privilegien zu erreichen. Das gilt z.B. für die Zuteilung von Grundstücken an enge Verwandte, was über die Bestimmungen des revolutionären Staates hinweggeht, weil durch solche Praktiken vererbte Vorstellungen des Somozismus gefördert und praktiziert werden.
- Die Beteiligung und Anleitung von repressiven Aktionen, hauptsächlich Personen gegenüber, die sich noch nicht an der revolutionären Wache beteiligen. (es gab Fälle, in denen sogar Türen eingeschlagen oder Personen mit einer Atmosphäre von Mißtrauen umgeben wurden, wobei offensichtlich vergessen wurde, daß alle

Aufgaben des CDS auf freiwilliger Basis geschehen.)

Es ist höchst notwendig, daß wir unsere Positionen überprüfen und berichtigen..." (Quelle: envío des Instituto Histórico Centroamericano, Nov. 1982)

Reaktionen im Barrio

Daß der Brief seine Wirkung hatte, zeigte sich an den anschließenden Diskussionen im anfangs beschriebenen Barrio, an denen sich wieder alle beteiligten. Denn daß dieses Problem auch von höchster Ebene als solches angesehen wird, stärkte den Rücken derjenigen, deren Kritik vorher als konterrevolutionäres Handeln abgeurteilt wurde. Das Schema revolutionär - konterrevolutionär wurde problematisiert und die Frage diskutiert, was einen Revolutionär ausmache. Revolutionäres Handeln erschöpfe sich nicht darin, bei jeder Veranstaltung und Demonstration dabei zu sein und am lautesten Parolen zu rufen. Revolutionär sein bedeute, solidarisch und menschlich sein. Diejenigen, die ein größeres politisches Bewußtsein haben, müßten die anderen bei ihren Lernprozessen unterstützen, statt sie unter Druck zu setzen.



MEXICO/GUATEMALA

Korruption und Terror in den Flüchtlingslagern

Der Mann mit der Hornbrille, den alle Welt Don Ricardo nannte, kam gemächlichen Schrittes auf mich zu, - den Revolvergurt mit dem US-Marken-Colt lässig um die schon etwas fülligere Hüfte geschlungen. Ich hatte das kleine Sportflugzeug kaum verlassen, als er schon überlegen grinsend meinte: "Bueno, si tu lo quieres así, cabrón. El pasaporte por favor." (Gut, wenn Du es nicht anders willst, Ziegenbock. Den Pass bitte!)

Don Ricardo Hernandez, seines Amtes Chef der lokalen Behörde der mexikanischen Flüchtlingshilfekommission (COMAR) in Comitán, einer Kleinstadt in der süd-mexikanischen Provinz Chiapas, hatte mich einen Monat vorher schon einmal verwahrt und gedroht, meinen Pass zu beschlagnahmen, falls ich nicht sofort meine Arbeit in den Flüchtlingslagern der Guatemalteken aufgeben würde und mich auch nicht mehr in den indianischen Bauerngemeinden des mexikanisch-guatemalteken Grenzgebietes sehen ließe.

Fast drei Monate war es her, daß ich nach Mexiko geflogen war, um freiwillig als Mediziner in den großen Lagern guatemaltekenischer Flüchtlinge in Chiapas zu arbeiten, - im allgemeinen gefrustet von Zukunftsperspektiven im kommerziellen westdeutschen Gesundheitswesen und im Speziellen motiviert durch schon längere Solidaritätsarbeit für Guatemala.

Das Krankenhaus Comitán - Idee und Probleme

So kam ich nach Comitán, Chiapas, dessen Krankenhaus vom Beginn der großen Flüchtlingsströme an seit Anfang 1982 freiwillig und fast allein die ärztliche Versorgung der Guatemalteken in den mit so klangvollen Namen wie Puerto Rico, Flor de Café und Las Delicias benannten Lagern übernommen hat. Die Hauptinitiative in diesem besonderen Engagement kommt von den beiden leitenden Ärzten Dr. Gomez Alfaro und Dr. Gonzalez de la Torre, welche in den letzten Jahren durch vornehmlich zwei ländliche Gesundheitsprogramme (Plan Tojolabal, Plan de la Selva) auch in Mexiko selbst wesentlich zu einem selbstbewußteren und politischerem Selbstverständnis indianischer Dorfgemeinden beigetragen haben, als dies in anderen Gegenden der Fall ist.

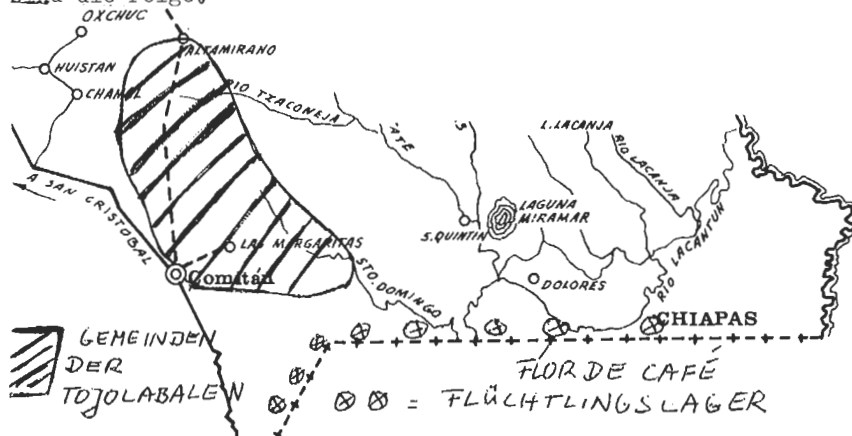
Auf einem der in gewissen Abständen zur inhaltlichen Weiterbildung der Mitarbeiter durchgeführten Seminare erfuhr ich von dem Konzept von Gesundheitsversorgung des Hospitals, welches - sich anlehnend an italienische Theoretiker wie Mario Timio -, die Krankheiten der indianischen Landbevölkerung als durch ihre Armut und auch kulturelle Repression entstandenen Leiden erklärt, also sozio-ökonomische Verhältnisse und nicht biologische Mechanismen für Krankheit verantwortlich macht.

Mit dieser Idee von Medizin wirft das Hospital Comitán natürlich nicht nur Fragen an der staatlichen in Mexiko genau wie in der BRD nur Symptome behandelnden traditionellen Medizin auf, denn selbstverständlich werden vor allem Besitzverhältnisse und politische Machtverhältnisse in Zweifel gezogen. Mexikanische Behörden, verängstigt durch die Vision, die bewaffneten Auseinandersetzungen der anderen mittelamerikanischen Länder könnten nun auch das eben an sozialen Spannungen nicht arme Mexiko erreichen - üben von daher deutliche Kritik an der Arbeit des Krankenhauses. Starke Sympathie von Seiten der indianischen Bevölkerung schützt bislang die leitenden Ärzte vor der Versetzung in eine andere mexikanische Region. Ihr zusätzliches Engagement in den guatemaltekischen Flüchtlingslagern beunruhigt jedoch den neuen Generalgouverneur Chiapas', den Counterinsurgency-Spezialisten Absalon Dominguez, zunehmend, da auch in den völlig besitzlosen und durch Flucht und Repression im eigenen Land zermürbten Guatemalteken eine Gefahr gesehen wird, soziale Gegensätze auch in Mexiko wieder aufflammen lassen. Deshalb trägt Don Ricardo wohl auch einen Revolver, obwohl er doch zur Flüchtlingshilfekommission gehört.

Die Tojolabalen - Erfahrungen in Indianergemeinden

Südmexikos

"El passaporte por favor!"..... Das erste Mal hatte ich Don Ricardo mit örtlichen Polizeibeamten gesehen, als diese in Justo Sierra, einer kleinen ca. 500 köpfigen Gemeinde der mexikanischen Tojolabal-Indianer, eine Versammlung Campesinos auflösten, welche dagegen protestierten, daß zwei große Holzunternehmen die angrenzenden Wälder systematisch abholzten, ohne die staatliche Auflage erfüllen zu müssen, pro gefälltten Baum einen neuen wieder zu säen. In dieser Region Mexikos ist das Roden von Wäldern der Hauptgrund für das Absinken des Grundwasserspiegels. Die Gemeinden sind gezwungen, immer tiefere Brunnen anzulegen - die Verunreinigungsgefahr des Wassers steigt dadurch enorm, hohe Erkrankungsraten durch schwer zu durchbrechende Infektionsketten sind die Folge.

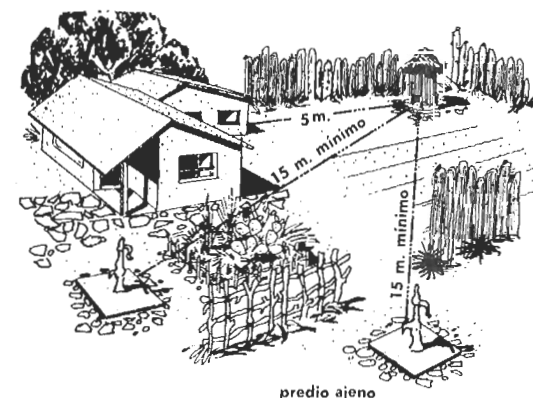


Wie oft habe ich, als ich im Rahmen des Programms des Krankenhauses in den "casas de salud" (Gesundheitszentren) dieser Tojolabalen gearbeitet habe, über diese Krankheitszyklen gesprochen. Nach diesen Informationen hatte das Komitee der Schulkinder Bilder zum Thema Hygiene gemalt, während die Jüngeren aus trockenen Tortillas und Holzstöckchen sich Zahnbürsten bastelten. Bei den Gesprächsrunden, zu denen sich nach der täglichen Arbeit auf dem Maisfeld die jährlich gewählten Mitglieder des Frauenkomitees und die Gesundheitspromotoren versammelten, ging es neben der Reinhaltung des Wassers und anderem auch um die sinnvolle Ernährung mit protein- oder vitaminreicheren Gemüse- und Getreidesorten, die Anwendung heilsamer Kräuter bei dem häufigen Leiden, der "aire" (- es handelt sich hier um Muskelverspannungen des Rückens, hervorgerufen durch die harte körperliche Feldarbeit. Die Tojolabalen meinen, daß der Wind (aire=Luft) Schuld daran sei. Außerdem unterwiesen wir sie im Latrinenaub und übten mit ihnen Injektionstechniken für eventuelle Impfkampagnen. Meisten kamen sie nach lebhaften Diskussionen, in denen die Frauen sich häufig gegenseitig beschuldigten der Unwissenheit, z.B. noch nie den nahrhaften Kürbis für ihre Familie gekocht zu haben, doch zu der Einsicht, daß hohe Preise des Saatguts und zu wenig Land der wahre Grund für Mangelernährung und damit Krankheiten seien, - oder eben auch die beiden Holzunternehmen die Ursache für Wassermangel und -verschmutzung.



Sprachlich gab es für mich bei diesen Veranstaltungen natürlich anfangs große Probleme. Ein von den Ärzten in den letzten 7 Jahren erteiltes Lexikon dieses indianischen Dialektes half mir, ein wenig Tojolabal zu lernen, außerdem wurde ich tatkräftig unterstützt von einigen guatemaltekischen Gesundheitspromotoren, welche mit dem zunehmenden

den Flüchtlingsstrom in viele kleine mexikanische Grenzidörfer gekommen sind und nach der im allgemeinen herzlichen Aufnahme von den mexikanischen Kleinbauern auch dort ihre Ämter ausfüllen. Aufgrund der ethnologischen Verwandtschaft waren die Dialekte für diese Promotoren kein Problem und zudem



ANWEISUNG ZUM LATRINENBAU

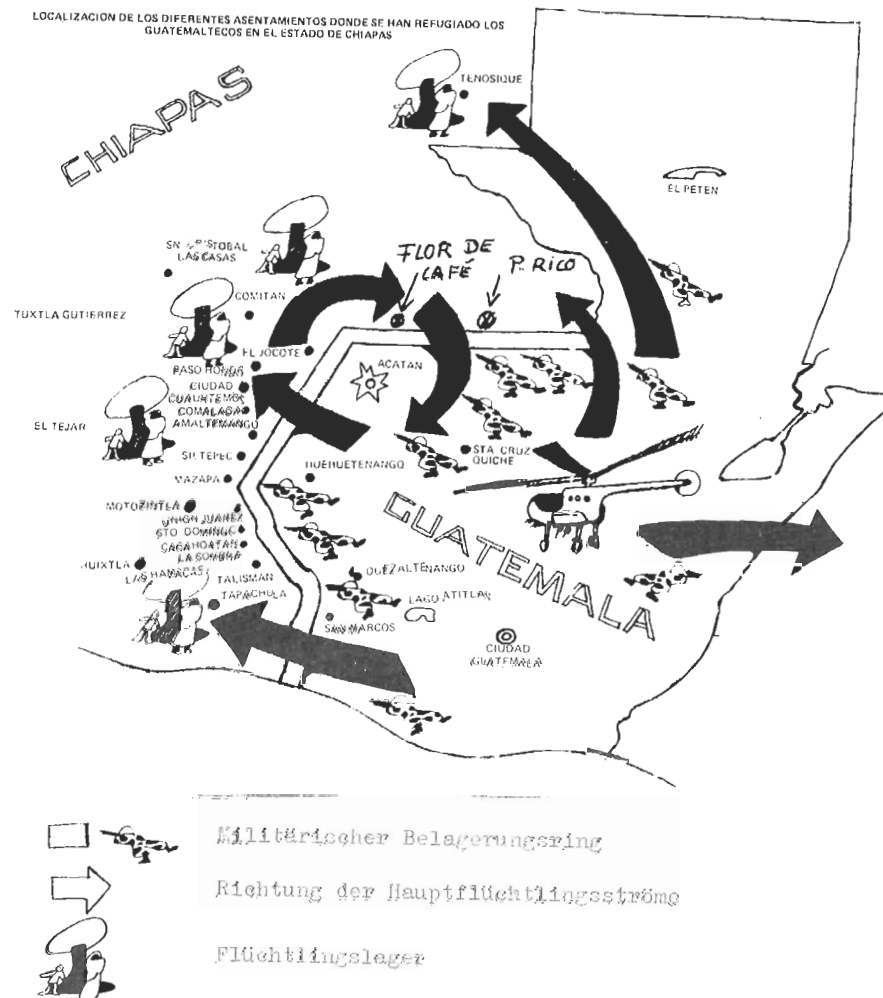
war ihre medizinische Ausbildung bereits hervorragend. Diese Gesundheitspromotoren sind im übrigen nur ein Beispiel für die in einigen Regionen vorhandene harmonische Integration der guatemalteckischen Flüchtlinge in mexikanische Gemeinden. Die mexikanischen Campesinos zeigen sich trotz eigener Armut meist sehr großzügig den Guatemalteken gegenüber, wo nur eben möglich, werden Lebensmittel und teilweise auch Land mit ihnen geteilt.

Die Auflösung der Protestversammlung durch die staatlichen Beamten, die Verhaftung zweier Bürgermeister war ein harter Schlag für die indianischen Bauern, trotzdem ermunterte man sich, das nächste Mal sich mit mehr Gemeinden der Region zusammenzuschließen und vielleicht auch die Macheten mitzubringen. Doch welche Waffen wird dann Don Ricardo mitbringen !?

Die Haltung mexikanischer Behörden gegenüber den guatemalteckischen Flüchtlingen

Das nächste Treffen mit Ricardo hatte ich, als ich am "Officina" der COMAR in Comitán darauf wartete, mit dem von UNICEF und ACNUR (Flüchtlingshochkommissariat der UNO) gemieteten Sportflugzeug nach Puerto Rico, eine der kleinen Urwaldlichtungen der "Selva Lacandona" gebracht zu werden, wo ich an einer Tuberkuloseimpfung der dort angekommenen 5000 guatemalteckischen Flüchtlinge teilnehmen sollte. COMAR hatte ein Büro und ein Lebensmittel- und Medikamentenlager in Comitán aufgemacht, nachdem es zu internationalen Protesten gegen das Vorgehen der mexikanischen Migración (Einwanderungsbehörde) in Rancho Tejas, ein Flüchtlingslager mit ca. 3000 Guatemalteken gekommen war. Mexikanische Beamte hatten im Morgengrauen des 27. Oktobers 82 alle Flüchtlinge gezwungen, dieses Lager zu verlassen und Arbeit auf den anliegenden "Fincas" zu suchen. Mit welcher Gewalt vorgegangen wurde, konnte ich mir in etwa vorstellen, als ich einen Tag später nach Rancho Tejas kam, um den Leichnam eines im Krankenhaus Comitán verstorbenen Guatemalteken seinen Angehörigen zu übergeben. Die sowieso nur notdürftig errichteten "Champas" (Holzstöcke mit darüber gespannten Plastikfolien) waren zerstört, teilweise verbrannt, getötete Hühner und Schweine lagen auf dem staubigen Sandboden zwischen zerrissenen Kleidungsstücken und ausgeschütteten Maissäcken, überall sah man die vorübergehenden Aufenthaltsgenehmigungen der Flüchtlinge (FM 8) festgetreten im Dreck.

Nach dem Bekanntwerden dieser Aktion der Migración und der Verhaftung mehrerer internationaler Helfer und Beobachter wies die Regierung Mexikos jedes Wissen darüber von sich und beschuldigte Cesar Morales, einen niederen Beamten in dem Grenzgebiet, seine Kompetenzen überschritten zu haben. Auf den Druck der Weltöffentlichkeit wurde nun in Comitán eine COMAR-Stelle eingerichtet, über die alle zukünftige materielle und personelle Hilfe, hauptsächlich von ACNUR und UNICEF in die Lager verteilt werden sollte. Chef der Delegation wurde ein enger Freund von Cesar Morales, ein Mann mit vielen Verbindungen auch zu anderen Stellen der mexikanischen Migración. Sein Name: Don Ricardo Hernandez.



Als um neun Uhr am Tag der geplanten Impfung der Pilot des Sportflugzeuges zum ersten Mal mit seiner kürzlich erworbenen Honda-Geländemaschine auftauchte, war Don Ricardo, - ohne den bei COMAR in Comitán nichts läuft, - noch nicht zugegen. Er frühstückte noch im First-Class-Hotel des Ortes, in welchem er seit sechs Monaten auf ACNUR-Kosten wohnt. Als er dann endlich gegen elf Uhr auftauchte, war der Pilot wieder weg, seine Geländemaschine in der bergigen Umgebung testend. Als dieser dann um drei Uhr nachmittags erneut erschien, meinten Hernandez und seine Kollegen übereinstimmend, man könnte an diesem Tag sowieso wegen der tiefhängenden Wolken nicht fliegen. In ähnlicher Weise verliefen viele Tage, ohne daß Lebensmittel und Medikamente in die Lager geflogen wurden.

Flor de Café - ein Flüchtlingslager im

südmexikanischen Urwald

Was das im einzelnen bedeutete, erlebte ich bei einem längeren Aufenthalt in Flor de Café, einem ebenfalls auf einer Urwaldlichtung, nur durch einen Grenzfluß, dem Rio Lacantúm, von Guatemala getrennt, gelegenen Flüchtlingslager mit etwa 3 500 Personen.

Anstatt der von ACNUR angekündigten 500 g Bohnen, 250 g Milchpulver, 300 g Maismehl (Mengenangaben pro Flüchtling und Tag) etc. kamen in 5 Tagen nur 200 g Maismehl pro Flüchtlingsfamilie an. Es starben in diesen Tagen 40 Kinder an Unterernährung oder der mangelnden Abwehrkraft gegen die Würmer, Bakterien und Tuberkulosebazillen, die meist gleichzeitig ihren Körper befallen hatten. Die Mütter waren nicht in der Lage, ihre Kinder zu stillen. Ihre Brüste gaben wegen Unterernährung und der häufig nach Geburten oder Aborten entstandenen Blutungen und Entzündungen der Gebärmutter keine Muttermilch mehr. Die Medikamente reichten nur aus, um zwei Stunden Sprechstunde am Tag zu geben. Sprechstunde, d.h. in Flor de Café das Aufstellen eines Tisches inmitten des Lagers und das Sicheinreihen der Flüchtlinge in nach Krankheiten geordneten Schlangen vor diesem Tisch. Die meisten der wenigen in den Lagern arbeitenden Ärzte sind zu dieser Praxis übergegangen, da sie wertvolle Zeit spart und die Leute meist die gleiche Krankheit haben.

Flor de Café ist eine fünf qkm große Lichtung, die man nur mit einem kleinen Boot erreichen kann von Puerto Rico aus, einem Lager, wo die Flüchtlinge selbst eine kleine Landepiste für das Sportflugzeug gebaut haben. In Flor de Café sind in den Novemberwochen fast 2 000 Flüchtlinge in einem Strom angekommen, in der Mehrzahl Frauen, Kinder, Alte und Kranke. Alle berichteten von der Ermordung irgendwelcher Angehöriger durch die "Kaibiles" (guatemalteckische Elite-Einheiten zur Bekämpfung der Guerilla) in ihren Heimatdörfern des Quiché, Huehuetenango und San Marcos. Meist sind die Opfer die Männer und Knaben, die als potentielle Guerrilleros gefoltert und dann getötet werden. Ein aus Nentón, einer kleinen Militärgarnisonsstadt in Huehuetenango, geflüchteter Mann berichtete: Wir wußten nicht mehr, was wir tun sollten. Eine Nacht kamen die "pintos" (Arm.:die"Angemalten", Eliteeinheiten im Tarnanzug), die andere wieder nicht. Trotzdem glaubten

wir, daß es besser sei, unsere Felder nachts zu bestellen.-

Doch dann klopfen sie am 9. dieses Monats an mein Haus. Sie riefen, sie kämen aus San Francisco, dort hätte man alles niedergebrannt. Sie hätten als einzige entkommen können.- Als ich jedoch die Tür öffnete, erkannte ich den Leutnant wieder - in der Tracht unserer Brüder. Sie schlugen mich nieder, traten und fesselten mich. Ich mußte ansehen, wie sie meine Frau vergewaltigten und meinem Kleinen die Fußsohlen verbrannten. Dann schleppten sie mich auf den Dorfplatz, zogen mir einen Schal über das Gesicht, riefen die Leute zusammen und sagten, sie hätten einen Guerrillero in ihrem Dorf gefunden. Sie drohten allen mit Vergeltung, brachten mich dann nach Nentón. Dort mußte ich sehen, wie sie Hunderte aus Ojo de Agua und Agua Escandida zusammengepfercht hatten. Ich sah, wie sie die Leute zwangen, ihre eigenen Verwandten zu töten und die Eingeweide zu essen. Sie wollten sie dazu bringen, als Zivile ihre Brüder zu verraten!"

Die Ereignisse, von denen dieser Mann erzählt, waren keine Seltenheit in den Berichten der Flüchtlinge. Es handelt sich offensichtlich um die Wehrdörfer, die von den guatemalteckischen Militärs zum Schutz vor etwaigen Attacken der Guerilla um die Kasernen gebaut werden. In diese künstlichen Ansiedlungen schaffen sie nach der Zerstörung ihrer Dörfer die fliehenden Bauern. Häufig werden hier - so Flüchtlingsberichte - auch die "Zivilpatrouillen" ausgebildet, die später die anderen Dörfer und Rückzugsorte der Bevölkerung an die Militärs verraten sollen, - ihre eigenen ehemaligen Nachbarn täuschend.



Flüchtlinge in Flor de Café

In Flor de Café häuften sich die Aussagen von der Existenz der Wehrdörfer um Nentón herum, - der Blick von der Grenzlinie zwischen Mexiko und Guatemala in der Nähe dieser Stadt verdeutlichte mir diese grauenhaften Berichte: Ich sah kilometerweit nur verbrannte Felder, gerodete Wälder und die in Schutt und Asche gelegten Lehmziegelhütten der kleinen Grenzdörfer. Die wenigen Überlebenden dieses Gebietes sollten also die Bewohner dieser Wehrdörfer sein, in denen Guatemalas Regierungschef Rios Montt seine weltweit verkündeten Schenkungen von Lebensmitteln und Medikamenten im Rahmen seines sogenannten "Sozialprogrammes" realisiert!?- Wie erschreckend klar wurde mir bei diesem Blick auf die andere Grenzseite die

Bedeutung des von Rios Montt für seine Politik gewählten Begriffes "Bohnen und Gewehre" (es handelt sich dabei um sein Regierungsversprechen, einerseits die Guerilla auszulöschen, andererseits Sozialreformen durchzuführen)! Teilweise sind die Leute aus Flor de Café drei bis vier Monate unterwegs gewesen, nachts marschierend, tagsüber ängstlich auf das Motorengeräusch der den Urwald absuchenden Helikopter lauschend. Helikopter, die sie auch in Flor de Café noch verfolgen.

Täglich, bisweilen während der ärztlichen Sprechstunden, kreisten sie über mexikanischem Territorium, gingen bis auf 10 m Höhe nieder, zerstörten durch die von den Rotoren verursachten Luftturbulenzen die schwachen Palmdächer der Flüchtlingshütten, gaben Warnschüsse aus den Bord-MG's und verschwanden wieder. "Sie können uns auch hier in Mexiko töten, nur hoffentlich foltern sie uns nicht, so wie in unseren Dörfern. Wir danken Gott, hier zu sein!" So lauten die Stimmen vieler Flüchtlinge; alle erzählen von den Folterungen und dem Schicksal der nach der Bombardierung ganzer Landstriche noch im Innern Guatemalas umherirrenden Flüchtlinge.

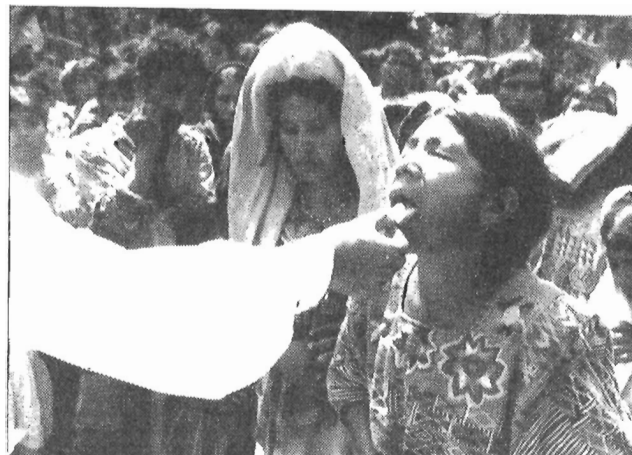


Waisenkinder in Flor de Café

Ich erinnere mich dabei an die Worte einer guatemalteken Flüchtlingsfrau, die in Flor de Café nach zweimonatiger Flucht mit der noch im Mutterleib befindlichen toten Leibesfrucht und dadurch starken Blutungen eintraf. Ich wollte ihre Blutungen vorübergehend mit einem Hormonpräparat stillen, als sie abwehrte: "Nein, das ist ja die Pille zur Familienplanung. Ich will aber noch Kinder bekommen, die mit mir ins neue Guatemala zurückkehren werden, in unser neues Guatemala der Gerechtigkeit."

Um diese kümmert sich keiner, doch in Mexiko gibt es ja COMAR,- und Don Hernandez, den Flüchtlingshelfer. Nachdem verdächtig oft VW-Bullis im COMAR-Lebensmittellager in Comitán vollgeladen wurden, deren Pracht in keinem der Grenzlager wieder auftauchte, veröffentlichten die Ärzte des Hospitals Comitán Mitte Januar 83 einen Zeitungsartikel, in dem sie vorsichtig von "Verteilungsschwierigkeiten" der Hilfsgüter im Grenzgebiet sprachen. Die Folge davon war, daß die Regierung nun offiziell ACHNOR, UNICEF und den kirchlichen Hilfsorganisationen mit ihrer Koordinationsstelle in Mexiko jedwede Aktivität in den Lagern untersagten. Auch ich wurde, nachdem Don Ricardo kurzfristig meinen Pass kassiert hatte, dazu verpflichtet, schnellstens das Land zu verlassen. Das Krankenhaus wurde beschuldigt, Guerilleros in den Lagern auszubilden.

Revolutionsromantik?! Marxistisch-leninistische Träumerei?! Nein, der Befreiungskampf ist für die indianischen Bauern Guatemalas eine blutige und wahnsinnig bittere Notwendigkeit!



Messe in
Puerto Rico

SPENDENAUFRAF

Der im Oktober gegründete Verein
"Flüchtlingshilfe Mittelamerika" e.V.
Stichwort: Flüchtlinge Guatemala"
organisiert Unterstützung auf direkte
Art in den Lagern:

Konto: Stadtparkasse Essen

BLZ 360 50 105

Nr. 24 60 82

Kontoinhaber: Kurt Trautwein

Es wird viel Geld benötigt!!!!

JAMAICA

Rückblick: Jamaika auf der Suche nach dem 'Dritten Weg' zur Entwicklung

Während der 70er Jahre verfolgte Jamaika über eine lange Zeit einen politischen Kurs, der irgendwo zwischen dem sozialistischen Modell Kuba's und dem puertorikanischen Modell der kapitalistischen Außenabhängigkeit angesiedelt war. Der frühere Premierminister Michael Manley bezeichnete diesen Weg Jamaikas als den 'Dritten Weg' zur Entwicklung. Im Oktober 80 wurde dieser Versuch abrupt unterbrochen, als bei den vorgezogenen Parlamentswahlen seine sozialdemokratische Regierung ('People's National Party') von der konservativen Partei Edward Seaga's ('Jamaican Labour Party') hoch besiegt wurde. Diese hatte das freie Unternehmertum in Anlehnung an das amerikanische Kapital in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt.

Die folgenden zwei Beiträge zeigen, wie Michael Manley Bilanz seiner Regierungszeit zieht, warum der Versuch des 'Dritten Weges' gestoppt werden konnte und warum der Kampf fortgesetzt werden muß.

Ausschnitte aus einem Interview, das im Herbst 1982 mit Michael Manley geführt wurde:

Frage: Mr. Manley, warum wurde die PNP bei den Wahlen im Okt. 80 von der Regierungsverantwortung abgewählt? Es ist oft gesagt worden, daß Kräfte von außen wesentlich dabei mitgewirkt haben - wie Produktionsboykott der Bauxit-Multis, Destabilisierungsversuche hauptsächlich durch US-Kräfte oder die Kreditbedingungen des Internationalen Währungsfonds usw. Wie entscheidend waren für Sie interne Kräfte für die Wahlniederlage - Klasseninteressen breiter Kreise in der Mittel- und Oberschicht, grundsätzliche Haltungen gegenüber Veränderungen, Ineffektivität der Bürokratie oder anspruchsvolle und zahlreiche Reformprojekte, die mit knappen finanziellen Mitteln durchgeführt werden sollten?

Manley: Ich habe keinen Zweifel daran, daß die lokalen Kräfte der Hauptgrund für die Niederlage waren. Aber es gab auch ein vom CIA geführtes Destabilisierungsprogramm. Es gab ein direktes Eingreifen des CIA in den Jahren 1975 und 1976, vielleicht auf mehr indirekte Weise 1979 und 1980. Aber in beiden Fällen - wie in allen ähnlichen Fällen - kann keine Kraft ein Land von außen destabilisieren, wenn sie nicht über starke interne Kräfte wirken kann. Und von Beginn unserer Regierungsverantwortung an gab es diese starken internen Kräfte, die aus der besitzenden Schicht heraus operierten und sehr geschickt darin waren, ihre Macht zu erhalten und auszuweiten. Und damit beginnt alles....Denn es geht eigentlich um den internen Kampf. Und dies ist eigentlich in ganz Lateinamerika

bekannt. Es ist die Geschichte von Oligarchien, die sich unter dem Schutz des Imperialismus entwickeln konnten. In einem Land wie Jamaika gibt es keine normale nationale Oligarchie, die für sich selbst produziert, wenn sie einmal das Sagen über die Produktionskräfte und ihre Macht tatsächlich im Lande gefestigt hat. Die lateinamerikanische Oligarchie ist außerhalb des eigenen Landes verankert. Ihre Macht kam aus dem Handel, und sie sind die Leute, die durch externe Kräfte profitieren. Es ist deshalb interessant zu beobachten, daß jedesmal, wenn Kräfte zur Veränderung aus einer populistischen Bewegung in Lateinamerika entstehen, diese auf eine Oligarchie stoßen, die nicht nur im Land als lokale Kraft wirkt, sondern auch mit externen Kräften zusammenarbeitet....

Frage: Glauben Sie, daß die lokale Oberschicht und die ausländischen Mächte bereits 1974 Angst bekamen, als die PNP die Philosophie des 'Demokratischen Sozialismus' verkündete?

Manley: Dies begann schon vorher. Wir haben einige Untersuchungen durchgeführt, die ganz klar widerspiegeln, daß die erste Auswanderungswelle begründet durch die Angst der Oberschicht vor der PNP bereits 1973 begann - ein Jahr vor der Ausrufung des 'Demokratischen Sozialismus'. Die Hauptursache war die Einführung einer Wohlstandssteuer, die die PNP als einen Versuch beschloß, um an die Leute heranzukommen, die in Beverly Hills (Wohngebiet der Reichen in Kingston) riesige Villen bauten, aber überhaupt keine Steuern zahlten. In Jamaika hatte außer den Arbeitern laut Steuerkarte niemand ein Einkommen! Und wir wurden nachdenklich über die Leute, die ihre Steuererklärungen so ausgearbeitet hatten, daß sie keine Steuern bezahlen mußten, dennoch aber einen Mercedes oder einen Cadillac fuhren oder in großen Häusern wohnten. So beschloßen wir, daß der einzige Weg, an diesen Reichtum heranzukommen, war, ihr Eigentum, ihre Häuser und ähnliches zu besteuern. Und zur gleichen Zeit führten wir den 'Nationalen Jugend-Dienst' ein. Die Söhne und Töchter der Reichen sollten zusammen mit den Söhnen und Töchtern der Armen in Sommerlagern zusammen arbeiten, und dies erzeugte eine panikartige Stimmung. Ich erinnere mich, wie viele Angehörige der Mittelschicht sagten, sie hätten Angst davor, daß ihre Töchter von einem Freund aus Downtown-Kingston (Wohngebiet der Armen) verdorben werden könnten. Kurz danach, noch im Jahre 1973, war die erste große Auswanderungswelle zu spüren. Nach der Ausrufung des 'Demokratischen Sozialismus' gab es eigentlich keine spezifische Auswanderungswelle, ein allgemeiner Trend hierzu war aber vorhanden. Nach der Bekräftigung unseres Bekenntnisses zum 'Demokratischen Sozialismus' begann die Oligarchie den Begriff als Schlagwort zu verwenden, und man konnte hören: "Ich gehe, weil ich Angst vor dem Wort 'Sozialismus' habe." In Wirklichkeit wird wohl ein Verwandter, der das Land ein Jahr zuvor wegen der Wohlstandssteuer verlassen hat, gesagt haben: "Mir geht's gut in Miami, komm!"....

Frage: Würden Sie sagen, daß Kräfte von außen, sei es der CIA oder sonstwer, keine Chance haben, wenn die Bevölkerung wirklich zusammenhält?

Manley: Keine Chance, absolut keine Chance, es sei denn, sie schließen uns nieder. Destabilisierung funktioniert nur über ein dazu notwendiges internes Instrument.

Frage: Gibt es Beweise für die Einmischung des CIA?

Manley: Wir haben keine Beweise.... Man kann dem CIA nur dann etwas nachweisen, wenn er einen Fehlschlag erleidet....1976 z.B.

war es unmöglich, Erklärungen für Dinge zu finden, die passierten; herauszufinden, ob nicht doch externe Kräfte am Werke sind, denn es geschahen Vorfälle, die von innen und außen wohl abgestimmt schienen.

Ein Beispiel: ein Journalist aus Chicago, mit gutem Ruf und für 83 Zeitungen in den USA arbeitend, kam 1976 wie seit vielen Jahren zum Urlaub nach Jamaika. In der Nacht, als er ankam, schossen bewaffnete Banditen drei Stunden lang vor seinem Fenster mit ihren Pistolen in die Luft. Sie schossen nicht auf das Haus, betraten es nicht, taten eigentlich nichts, außer daß sie die Telefonleitung kappten. Nach drei Stunden verschwanden sie. Der Journalist war total verängstigt; es muß die schrecklichste Erfahrung in seinem Leben gewesen sein, besonders dadurch, daß sein Telefon abgeschnitten war. Und konsequenterweise trat er am nächsten Tag die Rückreise an. Zu Hause schrieb er darüber, was ihm zugestoßen war: die Folge - eine Menge Rückbuchungen in den folgenden zwei Wochen.

Frage: Eine Frage zur Außenpolitik: sah Ihre Regierung im Hinblick auf die Verwirklichung des 'Demokratischen Sozialismus' im Beistand Kuba's oder der Sowjetunion eine Alternative zur Unterstützung durch kapitalistische Länder?

Manley: Nein, ganz bestimmt nicht. In Bezug auf Unterstützung war dies keine Alternative. Wir baten Kuba oder die Sowjetunion wirklich niemals aus politischen Gründen um Unterstützung. Unsere Politik war, mit den Blockfreien im Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung zusammenzuarbeiten und zu versuchen, das Bündnis zu stärken, um es zu einem effektiven internationalen politischen Instrument zu machen. Die Folge davon war, notwendigerweise mit Kuba zu verhandeln - Kuba ist Mitglied der Blockfreien Bewegung und somit Mitträger dieser Strategie. Washington reagierte wegen Kuba's Anwesenheit bei den Blockfreien mit Feindseligkeit. Wir versuchten unser Bestes, um die Freundschaft mit den USA zu erhalten, mit der US-Verwaltung nicht zu streiten, aber machten zugleich klar, daß wir nicht daran dächten, Kuba fallen zu lassen, auf Kuba für den Preis der amerikanischen Freundschaft zu spucken....

Frage: Aber die Beziehungen zu Kuba während der letzten Jahre waren doch recht eng. Gab es für Jamaika keine andere Möglichkeit, sich selbst als progressive Kraft innerhalb der Blockfreien zu etablieren ohne die USA oder Westeuropa zu verschrecken?

Manley: Dem können wir gerne nachgehen. War die Beziehung zu Kuba wirklich so eng? Glauben Sie, daß Kuba uns den Bau einiger Schulen anbietet, und schon verstärkt sich unsere Freundschaft? Hätten wir das Angebot ablehnen sollen? Die Beziehung zu Kuba war wirklich nicht die einzig nähere Beziehung. Es gab drei Beziehungen in dieser Hemisphäre, die neu für Jamaika waren, die relativ eng, aber nicht zu eng waren. Es waren die Beziehungen zu Venezuela, zu Mexiko und zu Kuba. Wir arbeiteten mit diesen Ländern zusammen und hatten gemeinsame Programme mit allen drei Ländern. Was passierte, war, daß die USA nur die Beziehung zu Kuba verfolgten und versuchten den Eindruck zu erwecken, als ob es die einzige Beziehung sei - und gerade dies war nicht war. Wir hatten viel weitreichendere Beziehungen zu Venezuela und Mexiko, und ich besuchte Venezuela und Mexiko häufiger als Kuba - Venezuela wohl am häufigsten....

Frage: Was glauben Sie, könnte oder sollte Jamaika im Hinblick auf Entwicklungsprozesse von Kuba lernen?

Manley: Da gibt es unzählige, nützliche Dinge, die die Kubaner tun:

ihre Fähigkeit, die jungen Leute zu motivieren, ist wahrscheinlich das Eindrucksvollste. Es wurden Methoden der Jugendmobilisierung erarbeitet, die sicherlich Teil der revolutionären Situation in Kuba sind, aber nichtsdestoweniger sind darin sehr nützliche technische Aspekte erhalten. Auch glaube ich, daß die Entwicklung von praxisorientierten Erziehungsmodellen sehr brauchbar ist. Sie sind effektiv und wirklich wert, sich genauer damit zu befassen. Ebenso halte ich einige der kubanischen Versuche mit partizipatorischer Demokratie als sehr interessant. Die Art und Weise, wie versucht wird, eine Verwaltungsstruktur auf unterster Ebene aufzubauen, ist ebenso sehr beachtenswert. Das Ausmaß, wie versucht wird, Gemeinden (Communities) koordiniert zu mobilisieren, ist auch höchst interessant, aber wohl ziemlich schwierig auf ein Zwei-Parteien-System, wie wir es in Jamaika haben, zu übertragen. Dieses Zwei-Parteien-System teilt die Gemeinde automatisch in zwei Teile....Es ist schon schwer, diesen Aspekt ganz objektiv mit Jamaikanern zu diskutieren, mit US-Amerikanern geradezu aussichtslos....

Frage: Falls die PNP 1980 die Wahlen gewonnen hätte, glauben Sie, ein Putsch - ausgehend von den Sicherheitskräften - wäre möglich gewesen?

Manley: Höchstwahrscheinlich.

Frage: Und wären die Sicherheitskräfte stark genug gewesen?

Manley: Nein, aber die Sicherheitskräfte hätten den Putsch nicht alleine durchgeführt. Sie hätten es zusammen mit der 'Jamaican Labour Party' getan. Ich glaube nicht, daß das Militär in Jamaika stark genug ist, um gegen beide Parteien erfolgreich zu putschen....

Frage: Glauben Sie, in diesem Zusammenhang, daß es unter gewissen Kräften - wer, wissen wir nicht - eine Strategie gab, durch Einschüchterungsmaßnahmen die Bevölkerung zu verschrecken?

Manley: Lange Zeit schon gab es dies; in der Endphase des Wahlkampfes wurde das Vorgehen nur gezielter. Es wurde jetzt in den Communities auf die politischen Kader geschossen. Wir müssen zwei Dinge unterscheiden: einmal eine allgemeine Destabilisierung - ein Gebiet terrorisieren, Panik erzeugen und dann in ein anderes Gebiet ziehen, und dort passiert das gleiche. So entsteht eine Situation, in der die Touristen Angst bekommen, die lokale Bevölkerung verängstigt wird, und die Oberschicht so verschreckt ist, daß sie nur noch weg will. Das ist die eine Seite. Aber bei der Wahl 1980 hatten wir es mit gut ausgerüsteten und trainierten paramilitärischen Kräften zu tun, die von der JLP ('Jamaican Labour Party') gesteuert wurden, um die Position der PNP, vor allem in den Ghettos, zu zerstören. Die PNP - und das ist wirklich wahr - versuchte nun, an diese Waffen heranzukommen und zurückzuschlagen. Dies führte zu einem regelrechten Krieg. Nur war die eine Seite besser vorbereitet, viel besser bewaffnet und tatsächlich bereit, ihn durchzuführen und auch anzufangen. Und die andere Seite versuchte auf mühevoller Weise, alles zusammenzukratzen und sich selbst zu verteidigen. Ja, so war es wirklich. Die Wahrheit ist, daß sie uns besiegten, aber nur weil sie besser vorbereitet waren....

Frage: Anfang 1980 übernahmen Sie selbst das Agrarministerium. Bedeutete dies, daß Sie mit der Amtsführung ihrer Minister in diesem Ministerium nicht zufrieden waren?

Manley: Dies war nicht so sehr ausschlaggebend. Als diese Entscheidung fiel - es war Ende 1979 - gingen wir davon aus, daß Ende 1981

Wahlen durchgeführt werden - also standen noch zwei Jahre zur Verfügung. Wir waren der Ansicht, daß gerade für den landwirtschaftlichen Sektor Anstrengungen von Seiten der Regierung notwendig waren....Aber letztlich habe ich nur zwei Monate im Agrarministerium gearbeitet....

Frage: Gab es spezielle Klasseninteressen innerhalb der Agrarverwaltung, die die Umsetzung der Agrarreformen behinderten?

Manley: Dies wird immer vermutet. Es ist eine Tatsache, daß viele Bürokraten Angehörige der Oberschicht sind oder sich mit dieser Klasse identifizieren und deshalb könnten sie bewußt oder unbewußt Vorbehalte gegenüber den Agrarprogrammen gehabt haben. Aber ebenso gehörten viele Verwaltungsangestellte nicht der Landoligarchie an, im Gegenteil....Ich glaube eher, daß das Problem in den Umsetzungsmöglichkeiten lag. Wie viele Leute in Ihrer Verwaltung haben die Ausbildung, die sie für diese Art von Tätigkeit qualifiziert?....

Frage: Welche Zukunft geben Sie dem 'Demokratischen Sozialismus'?

Manley: Ich bin immer optimistisch. Der 'Demokratische Sozialismus' wird sich entfalten. Nur wir müssen weiter daran arbeiten und überlegen, wie er am besten umgesetzt werden kann. Ich bereue nichts und stehe voll dahinter.

(Die Interviewer P.Körner, U.Mies, H.P.Schneider haben basierend auf diesem von ihnen durchgeführten Interview einen Artikel in epd-Entwicklungspolitik 2/83 veröffentlicht.)



KOLUMBIEN

Interview mit der Vertreterin der M-19 in Europa

Auf einer diplomatischen Reise durch Europa hat die Vertreterin der M-19 Zwischenstation in Berlin gemacht. Mindestens seit Besetzung der Botschaft der Dominikanischen Republik in Februar 1980 in Bogotá sind die Aktivitäten der M-19 auch in Europa bekannt geworden. Schon vor 3 Jahren hatten sie der Regierung und den Militärs vorgeschlagen eine Generalamnestie ohne Vorbedingungen zu erlassen. Der Verkündung von 2 vorausgegangenen Amnestiegesetzen folgte im November 1982 ein Drittes (siehe Artikel über die Amnestie in Kolumbien LN. Nr. 111), das die Delikte: Aufruhr und Rebellion umfaßt, und eine tiefgreifende Reform und die Aufstockung der Polizei vorsieht. Zu dem Prozeß der "demokratischen Öffnung", dem Verbleib der freigelassenen politischen Gefangenen und dem Verhältnis zur Basisdemokratie in ihrer Organisation, nimmt im ersten Teil des folgenden Interviews die Vertreterin der M-19 Stellung.

LN: In Kolumbien wurde ein Amnestiegesetz verabschiedet mit dem angeblich ein Prozeß zur Befriedung des Landes in Gang gesetzt wurde. Kannst Du erklären, wer die Initiative für diesen Befriedungsprozeß ergriff? Spielte die jetzige Regierung im Bezug auf die Amnestie eine wichtige Rolle? Ist die Regierung Belisarios gar eine populistische?

Ana: Ich will Schritt für Schritt vorgehen: Im Februar 1980 besetzten wir die Botschaft der Dominikanischen Republik (vgl. LN Nr. 80 d. Ob.). Unsere damaligen Absichten waren, der Regierung zu vermitteln, daß wir mit ihr ins Gespräch kommen wollten. Mit anderen Worten: wir halten uns für eine Kraft, die ernst genommen werden muß; stark genug, um mit der Regierung in einen Dialog zu treten. Schon seit 1980 schlagen wir vor: Aufhebung des Ausnahmezustands, bedingungslose Amnestie (amnistia amplia) und besagter Dialog mit der Regierung. Also hat Belisario nichts anderes gemacht, als unsere Forderungen aufgegriffen. Und das sicher nicht, weil er uns für niedliche kleine Kinder hält, denen man - arme Teufel - Amnestie gewähren sollte, sondern weil er empfindlich getroffen war. Und zwar aus dem Grund, weil ein Drittel des kolumbianischen Heeres Anfang 1982 unseren bewaffneten Kräften im Caquetá auf den Hals geschickt wurde, uns aber nicht schlagen konnte. Kürzlich, nach dem Amnestiegesetz, dem "Frieden", schickten sie erneut 10.000 Soldaten, aber wieder vergeblich. Bisher konnte das kolumbianische Heer unsere militärischen Kräfte noch nie schlagen. Was folgt also daraus? Die Regierung wird sich im Klaren, daß sie militärisch die Guerilla nicht vernichten kann, weil es sich dabei um ein gesellschaftliches Phänomen handelt, und nicht um eine isolierte Gruppe. Sie muß also andere Methoden anwenden, um zu einer Befriedung zu kommen, sie muß mit der Guerilla in Verhandlungen treten.

Die Amnestie ist daher eine Forderung unsererseits, die uns bisher Tausende von Tote gekostet hat: Genossen, Gewerkschafter, Studenten, Leute aus allen Schichten. Nachdem der Kongreß das Amnestiegesetz erlassen hatte, kamen 350 politische Gefangene frei und man fing an vom "Frieden" zu reden. Wir jedoch erwiderten: "Meine Herren, die Amnestie ist noch kein Frieden. Frieden, das bedeutet: soziale

Reformen, Landreform, die Reichtümer des Landes für alle, Arbeit für alle, Bildung, Gesundheit ... das ist Friede ". Wir fordern also, - obwohl sie uns als verrückte Kinder darstellen -, keine unmöglichen Dinge.

Oder ist jemand, der Schulbildung für einen 17 Jährigen, Gesundheitsfürsorge oder Brot für alle, damit nicht täglich 5.000 Kinder Hungerssterben, fordert schon ein Revolutionär ? Nein ! In Kolumbien gilt es jedoch schon als revolutionär solche grundlegenden Sachen zu fordern.

Daher sagen wir ihnen (d. Regierung/ Anm. d. Ob.) : Amnestie ist nicht Frieden. Entmilitarisieren Sie erst einmal die Konfliktgebiete. Geben Sie erst einmal den Bauern ihr Land zurück, hören Sie erst einmal damit auf, sie zu schikanieren, dann können wir vom Frieden reden ".

LN: Wenn Du von "wir" sprichst, meinst Du dann nur die M-19 oder haben am Kampf um die Durchsetzung der Amnestie auch andere Guerillaorganisationen teilgenommen ?

Ana: Ihr müßt wissen, daß die Sache mit der Amnestie sehr schlecht ausgelegt worden ist. Wir haben die Amnestie vorgeschlagen und die anderen sagten, daß wir die Waffen niederlegen würden, weil uns nichts wichtiger sei, als anwesend zu sein. Aber die M-19 hat nie im Leben davon gesprochen, die Waffen herauszurücken. Vielmehr haben wir gesagt : " Schaut mal, wir akzeptieren keine Bedingungen, weil wir die Amnestie aus einer Position der Stärke heraus fordern. Wenn ihr uns unsere Forderungen erfüllt, dann beweist das unsere Stärke ". Sie haben das doch nicht freiwillig gewollt, sondern weil ihnen kein anderer Ausweg blieb.

Es war also die M-19, die dafür einstand und dafür auch mit ihren Toten bezahlt hat. Die FARC (Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens) haben sich letztendlich unserer Forderung angeschlossen und die Amnestie akzeptiert. Die anderen Organisationen haben andere politische Vorstellungen und glauben, daß sie den Kampf führen können, ohne mit dem Feind in Dialog zu treten.

Wir dagegen meinen, daß man immer mit dem Feind verhandeln muß, weil oft am Verhandlungstisch Probleme geregelt werden können, die anderenfalls viele Menschenleben kosten würden. Alle revolutionären Bewegungen haben mit dem Feind verhandelt. Die Vietnamesen zum Bsp. taten es verschiedene Male in Paris.

Wenn durch Verhandlungen keine Ergebnisse erzielt werden können, dann muß man wieder zum Krieg zurückkehren. Wie gesagt : warum nicht durch Verhandlungen das erreichen, was sonst so viel Blut kosten würde !

LN: Gab es Teile der M-19 die trotzdem ihre Waffen niedergelegt haben ? Gab es Gruppen die in die Legalität wechselten ?

Ana: Im Zusammenhang mit der Amnestie gibt es etwas sehr wichtiges auf das ich nochmal eingehen möchte. Ich weiß nicht warum die Regierung immer waffenstreckende Guerilleros vor Augen hat. An einer Stelle sagt das Amnestiegesetz, daß es sich auf alle bezieht, auch auf die Guerillagruppen, die die Amnestie nicht akzeptiert haben, gefällt es diesen nun oder nicht. In der Folge des Gesetzes verlassen auch politische Gefangene der ELN (Nationales Befreiungsheer), der EPL (Volksheer zur Befreiung), und des ADO (Arbeiterselbstverteidigung), die Gefängnisse.

Ich bin ihnen sehr dankbar, daß sie mich amnestiert haben, ich bin sehr zufrieden. Aber auf dieses Versprechen würde ich nicht einen Peso riskieren. Zu viele von meinen Companeros haben sie umgebracht : Camilo Restrepo, ihn erwischte die F-2 (Geheimdienst der Polizei), sie sollten ihn um 9 Uhr morgens wieder freigeben. Sie verspäteten sich damit. Als er um drei Uhr nachmittags die F-2 verließ, erschoss ihn ein Typ von einem Motorrad aus.

Jose del Carmen Barreto, nachdem sie ihn barbarisch gefoltert hatten, verließ er das Gefängnis um dann aufgehängt an einem Baum aufgefunden zu werden. Ich möchte nicht so enden, was heißt ich glaube ihnen nicht, weil sie mich gelehrt haben ihren Versprechen zu mißtrauen.

LN: Was passiert mit den politischen Häftlingen, die im Rahmen der Amnestie die Gefängnisse verlassen ?

Ana: Sie geben ihnen die "Freiheit" aber keine Ausweise. Das bedeutet, daß die Companeros nicht auf die Straße können, denn werden sie dort ohne Ausweise aufgegriffen, geht es ab zurück ins Gefängnis. Außerdem bekommen sie ohne Papiere keine Arbeit. In dieser Situation werden sie zusätzlich von der MAS bedroht. Was bleibt ihnen anders übrig als wieder in den Untergrund zu gehen ? Vielleicht haben viele von ihnen daran gedacht sich zu reintegrieren, legale Aktivitäten zu entwickeln, einen offenen politischen Kampf zu führen. Ihnen bleibt jedoch kein Spielraum dafür. Wenn die Amnestie fast einer Morddrohung gleichkommt, dann weist du wo es lang geht, was sie vorhaben !



LN: Können wir nochmal zum Amnestiegesetz in Verbindung mit den Militärs zurückkommen. Haben sich die Militärs infolge des Gesetzes aus dem Caquetá oder anderen militarisierten Zonen zurückgezogen ?

Ana: Nach der Aufhebung des Ausnahmezustands und dem Amnestiegesetz ist ein Phänomen zu beobachten. In den Städten siehst du nicht mehr wie vorher an allen Straßenecken die Soldaten mit MP's. Auch der Verkehr von Militärfahrzeugen hat nachgelassen. Mit den Hausdurchsuchungen geht es weiter aber sie sind im Vergleich zur Praxis unter Turbay (letzter Präsident vor Betancurt) auch weniger geworden. Sie gehen jetzt gezielter vor. Früher nahmen sie 500 Personen fest und folterten sie. Heutzutage werden keine Gefangenen mehr gemacht : die Companeros verschwinden oder werden ermordet: Roberto Montoya wurde lebend und unverletzt mit seiner Companera sofort erschossen.

Ich verstehe, daß wir zwei feindlich opponierende Kräfte sind, aber die Gefangenen werden nicht ermordet !

Ich verlange nicht, daß sie freigelassen werden, ich verstehe aber, daß wir zwei widerstrebende Kräfte sind und deshalb sollten sie (die Militärs/ Anm. d. Ob.) gewisse Kriegsregeln respektieren.

Also sie lassen unsere Leute verschwinden und ermorden sie - die paramilitärischen Gruppen sollen die Verantwortlichen sein -; sprechen wir aber von den kolumbianischen Streitkräften.

In den ländlichen Gebieten ist alles beim Alten geblieben : Bombardements, Gefangennahme von Bauern, weil sie statt 2 Packungen Zucker 3 mit sich tragen, was sie schon als ein Helfer der Guerilla verdächtig macht. Die Bauern werden in die Kaserne mitgenommen, dort verhört, gefoltert ... und nach 3 Tagen Schläge stellen die Militärs fest, daß sie nichts damit zu tun haben ... !!

LN: Der Bauer gibt irgendeine Sache zu !!

Ana: Er sagt aus oder sie sagen ihm: "Falls du den Mund aufmachst, gehörst du nicht mehr zu dieser Erde ...". Er muß dann ein Schreiben unterschreiben über die gute Behandlung. Man unterschreibt, man ist ohnmächtig !. Sie haben auch Methoden sich als Guerilleros auszugeben - im allgemeinen ist der Guerillero mit einer Jeanshose und einem Hemd gekleidet, wir haben keine Uniform-.

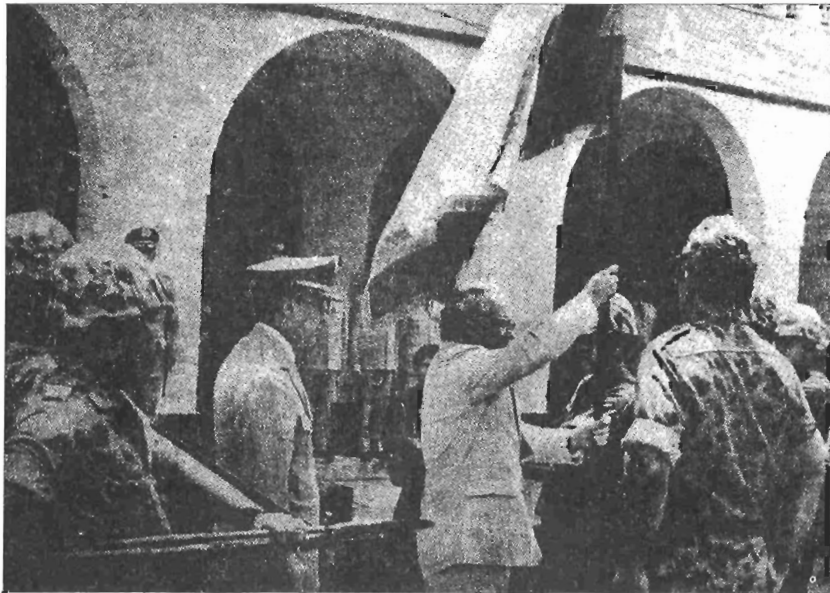
Sie treten also bei dem Bauern als Guerilla auf. Der Bauer empfängt Guerilla und Heer zugleich Es besteht aber ein Unterschied zwischen dem Guerillabesuch und dem Besuch des Heeres. Die Bauern sagen dazu: "die "muchachos" bezahlen einem was sie mitnehmen; das Heer dagegen verbrennt und zerstört alles was es findet".

Die Streitkräfte verkleiden sich also als Guerillas und klopfen beim Bauern an.

Er gibt ihnen zu essen - warum sollte er der Guerilla nicht zu essen geben? -... Am nächsten Tag gehen die gleichen Leute wieder beim Bauern vorbei, diesmal als Soldaten des Heeres, und nehmen den Bauer wegen Sympathie mit der Guerilla fest. Heutzutage kann sich der Bauer in den Konflikt-Zonen nur mit militärischen Passierscheinen bewegen. Es gibt Bauern, die mit ihrer ganzen Familie bis zum Militärposten fahren müssen: 8 Personen müssen 4 Stunden lang bis zum Militärposten !. Die Fahrtkosten sind sehr hoch und die Gültigkeitsdauer des Passierscheines beträgt nur 8 bis 15 Tagen. Sie dürfen dann nicht mehr anbauen und ernten als für ihren eigenen Konsum notwendig ist. Darüber hinaus produzieren, würde bedeuten für die Guerilla zu arbeiten. Das ist die Lage der Bauern.

Auf den ländlichen Gebieten setzen die Militärs die zivil-militärischen Kommandos ein; Lleras Restrepo (Liberaler Präsident zwischen 1966-1970) hat sie auch eingesetzt.

Ein Bauer nach diesen Kommandos befragt: "zuerst nehmen sie einem die Backen - zähne heraus und danach setzen sie einem die Pistole an die Schläfe !". Die Bauern sind sich genau darüber im Klaren, was ein zivil-militärisches Kommando bedeutet. Es ist die Konter-Guerilla. Das ist also die Befriedung, die demokratische Öffnung; das ist der Friede des Landes, den wir jetzt haben.



Präsident Betancurt bei der Übergabe der Kriegsfahne an das Heeres-Kommando, das die Aufgabe nach der Amnestie bekommen hat, durch die zivil-militärische Aktion die "Befriedung" in Caquetá voranzutreiben.

LN: Nach der Verabschiedung des Amnestiegesetzes wurde in dem Dorf Chia eine Bank überfallen, wo sogar Mitglieder der M-19 starben. Was bedeutet diese Aktion der M-19. Heißt das, daß die M-19 sich nach der Befreiung der politischen Gefangenen aus den Haftanstalten nicht mehr für den Friedensvorschlag interessierte?

Ana: Schau mal, der Friedensvorschlag ist ein Prozeß. Das habe ich dir schon gesagt; die Amnestie ist nicht der Friede, vergiß es !!. Die Amnestie ist eine Sache und der Friede ist eine andere Sache, der Friede ist ein Prozeß.

Wenn der Feind seine militärischen Aktivitäten nicht einstellt, stellen wir sie auch nicht ein!. Warum will er einseitige Sachen.

Wir haben ihnen einen militärischen Pakt vorgeschlagen, einen 6-monatigen Waffenstillstand!: "Meine Herren, Respekt! Wir verdienen respektiert zu werden; wir sind eine Kraft, die gezeigt hat, Respekt zu verdienen. Ihr hört mit euren Aktionen auf und wir hören auch damit auf! Aber verlangt nicht, daß das Volk, die Guerillas einseitige Schritte unternehmen: Warum verlangt ihr immer, daß die Guerilla die Waffen abgibt, militärische Aktionen unterläßt, wenn die Streitkräfte dagegen Dörfer dem Boden gleich machen?"

Es ist sehr gut wenn sie beabsichtigten die Amnestie zu geben, sie mußten es, d. h. aber nicht ...

LN: Natürlich, sie haben es nicht aus eigenem Willen gemacht. Sie haben noch nicht einmal alle politischen Gefangene freigelassen, oder?

Ana: Es gibt noch 25 politische Gefangene in den Gefängnissen Kolumbiens, die von den politisch-militärischen Organisationen verlangt werden. Ich habe die Liste hier ...; es wäre sehr sinnvoll wenn sie bekanntgegeben würde. Das ist also die Lage... , wir haben einen Waffenstillstand zwischen 2 Kräften vorgeschlagen, davor müssen wir mit gar nichts aufhören !!.



"Vergangener Alltag oder immer wieder kehrende Praxis"

LN: Der Verteidigungsminister General Landazabal brachte zum Ausdruck, daß ihm und den Streitkräften bald die Geduld ausgehen würde. Und wenn sie keine nationale Unterstützung bekämen, dann könnte ein Bürgerkrieg ausbrechen. Ihr nun schlägt einen nationalen Dialog vor, an dem auch die Militärs teilnehmen sollen. Wie stellt ihr euch diesen Dialog vor, wenn ihr bereits diese Vorstellungen des Verteidigungsministers kennt?

Ana: Also zuerst muß mal gesagt werden, daß der Verteidigungsminister eine sehr kurze Geduld besitzt. Das tut mir sehr leid, weil er sie erst seit 6 Monaten besitzt, während das kolumbianische Volk seit 35, 100, oder sagen wir seit Anfang dieses Jahrhunderts um seine Forderungen kämpft. In Kolumbien stehen seit 35 Jahren Guerillas im Kampf. Wenn er jetzt also keine Geduld mehr hat, stellt euch vor, wie wir uns dann erst fühlen müssen!

Zweitens: wenn wir einen Dialog vorschlagen - und das müssen die Leute verstehen - dann handelt es sich nicht um ein Gespräch zwischen Partnern sondern zwischen Gegnern, die sich an einem Tisch setzen. Wenn ihm also die Geduld ausgeht, dann soll er doch Valium nehmen oder sonst was, das ist sein Privatproblem. Wir unsererseits schlagen einen Dialog zwischen 2 entgegengesetzten Kräften vor. Auf der einen Seite die Regierung, auf der anderen Seite wir.

LN: Wer sind "wir"?

Ana: Wir, das heißt alle Kräfte des Landes. Damit will ich nicht behaupten, daß alle Kräfte von der M-19 sind. Nur mit der Ruhe. Wir, das ist das kolumbianische Volk, die Gewerkschaften, die Arbeiter, die Studenten, die Lehrer, die kleinen Unternehmer, die Bauern, wir, die wir arbeitslos sind, oder 8.000 Pesos im Monat verdienen und damit hinten und vorne nicht auskommen. Alles das sind wir. Und auf jeden Fall sind wir mehr als die. Verstehst du? Die Leute müssen daher kapieren, daß die Sachen nicht zack, zack zustande kommen. Es handelt sich um einen Dialog zwischen 2 Kräften, die sich nicht einig sind. Mal sehen, ob am Verhandlungstisch entschieden werden kann, was sich auf jeden Fall militärisch entscheiden wird.

LN: Gibt es eine Art Koordinierung zwischen allen diesen Volkskräften? Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen oder eine Koordinierung auf Führungsebene?

Ana: Ja, bei verschiedenen Anlässen wurde die Erfahrung gemacht, daß die Leute mehr und mehr Bewußtsein bekommen und sich über ihre gemeinsamen Interessen zusammenschließen. Nehmen wir z. B. die kolumbianischen Indianer: alle indianischen Stämme haben sich zu einer Organisation zusammengeschlossen, und zwar nicht nur die aus Kolumbien sondern auch einige aus anderen süd- und mittelamerikanischen Ländern. Die Indianer werden sich also immer mehr darüber im Klaren, daß sie einen gemeinsamen Kampf führen müssen.

Oder in Santander: dort gibt es verschiedene Gewerkschaften z. B.: von den Arbeitern in der Erdölindustrie, die ANUC (Nationale Vereinigung der Bauern Kolumbiens)/ Sincelejo, die sich zum Kampf zusammengeschlossen haben. Diese Kräfte sammeln ist ein langsamer Prozeß, der jedoch stattfindet. Oder der enorme Protestmarsch der Bauern Ende des vergangenen Jahres, der sich gegen die Repression wendete, die trotz des verkündeten "Friedens" in der gleichen Weise wie früher weiterging. Dieser Marsch wurde von der ANUC, der USO und anderen Gewerkschaften organisiert. Viele Leute machten mit. Daraus ergibt sich zwangsläufig eine Zusammenarbeit. Eine Guerilla kann nicht isoliert existieren, weil sie sonst in 2 Minuten zerschlagen wird. Eine Guerilla muß eine Infrastruktur haben. Eine Guerilla ist nicht der Entschluß von 40 Personen in der Gegend herumzuballern, sondern ein gesellschaftliches Phänomen, das aus den Bedingungen des Landes erwächst. Und aus diesen Bedingungen heraus erhält die Guerilla ihre Unterstützung, ohne die sie nicht überleben könnte.

LN: In einer Organisation wie eure, die so hierarchisch strukturiert ist, wie kann darin Basisdemokratie - also von unten nach oben - ausgeübt werden?

Ana: Die Demokratie verläuft in beiden Richtungen. Das heißt, wir halten nationale Konferenzen ab. Verständlicherweise können wir uns aus Sicherheitsgründen nicht ständig treffen und zu jedem Punkt diskutieren. Das erlaubt den Mitgliedern autonom zu werden.

Natürlich gibt es gewisse Richtlinien, denen alle Leute folgen. Wenn also eine Linie für die folgenden 3 Monate beschlossen wird, werden die regionalen Gruppen - wie wir unsere Kräfte nennen - über diese Richtlinien unterrichtet. Die Gruppen selbst beschließen dann Aktionen, die mit diesen Richtlinien übereinstimmen. Jede Regionalgruppe muß sich selbst unterhalten, ist also in diesem Sinne unabhängig. Aber es gibt wie gesagt eine einheitliche Führung und gewisse Richtlinien, die von allen befolgt werden müssen.

In diesem Sinn haben wir auch keine Generallinie. Denn wir gehen davon aus, daß die politischen Situationen des Landes sich ständig ändern und daher also auch unsere Strategien.

Wir kommen also zu den nationalen Konferenzen zusammen, an denen das oberste Kommando, die nationale Führung, ein Teil der militärischen Kräfte, ein Teil der in der Legalität arbeitenden Leute und Basismitgliedern teilnehmen - die Arbeiter und Bauern, die dort sagen können: Hört mal, was macht ihr denn da? -

LN: Wer sucht die Leute aus, die an diesen Konferenzen teilnehmen dürfen?

Ana: Diese Leute werden danach ausgesucht, was sie bisher getan haben. Da gibt es zum Beispiel einfache Bauern der Basis, die jedoch bekannt sind, die seit Jahren im Kampf stehen und sehr zuverlässig, vertrauenswürdig sind. Es gibt auch Kleinbürger und Studenten von der Basis, die dafür ausgesucht werden. Es gibt bei der Auswahl auch so etwas wie ein Gespür dafür, der menschliche Faktor spielt da mit rein ...

LN: Die Befehle müssen also nicht von oben erwartet werden?

Ana: Auf diese Weise würden wir nie was machen (Que tal nunca haríamos nada). Ein Beispiel zur Erklärung: nehmen wir mal an die Regionalgruppe in Bogotá bekommt davon Wind, daß in einer Firma Arbeiter ohne Verträge arbeiten, weniger als den Mindestlohn verdienen usw. Also fragt der Regionalverantwortliche: Wer ist der Chef des Unternehmens?

Er wird aufgespürt, entführt und vor die Alternative gestellt: "Mein Herr, entweder sie machen mit den Leuten Verträge und erhöhen ihnen den Lohn, oder es tut uns wirklich sehr Leid... aber es gibt wirklich keine andere Möglichkeit".

Damit haben wir schon sehr gute Erfahrungen gemacht. Im Handum - drehen wurde der Lohn erhöht, Verträge gemacht und eingehalten. Manchmal geht es um 5.000 oder 6.000 Personen, die davon betroffen sind. Natürlich muß für eine solche Aktion keine Erlaubnis eingeholt werden. Das wäre etwas, wenn man alles mit dem obersten Kommando oder der nationalen Führung beraten müßte. Man hat seine allgemeinen Richtlinien und stets jemanden der nationalen Führung, mit dem man besprechen kann, wie er die geplante Aktion findet etc., aber im allgemeinen besteht ein Austausch zwischen der Basis und der Führung. Ich habe selten ein Befehl ohne Diskussion durchführen müssen. Das heißt: Es gibt Befehle, aber ich habe die Freiheit sie abzulehnen und zu sagen



Um Arbeitsverträge und Mindestlohn protestierende Arbeiter der Firma Indupalma

" Mir scheint es so besser ... ". So ents-ehet ein Dialog !. Wenn ich aber etwas akzeptiere ..., dann muß ich es durchführen !. In diesem Sinne gibt es also ein Dialog zwischen Oben und Unten und Unten und Oben !! .

Aufruf :

Nach und während der Amnestieverhandlungen im Jahr 1982 in Kolumbien wurden mindestens 10 politische Gefangene von den paramilitärischen Organisationen des Landes wie MAS (Tod den Entführern) umgebracht.

Nach Inkrafttreten des Amnestiegesetzes wurden 350 politische Gefangene freigelassen. Sie haben aber entgegen der Vereinbarungen der Amnestie nicht die Möglichkeit ein normales Leben zu führen: Ihre Ausweise wurden einbehalten und die ökonomische Krise in Kolumbien wird von Tag zu Tag größer.

Die 350 politischen Gefangenen befinden sich mit ihren Familien und Kindern in einer sehr schwierigen Lage. Ohne Ausweise können sie sich nicht um einen der wenigen Arbeitsplätze bewerben und sie laufen vor allem Gefahr, bei einer Polizeikontrolle auf der Straße ohne Personalausweis angetroffen, wieder ins Gefängnis gebracht zu werden.

Diese Tatsache erleichtert die bis jetzt unbestraft erfolgten repressiven Praktiken der paramilitärischen Organisationen (Mas, usw.) und der Sicherheitsorgane des Staates.

Das Überleben der politischen Gefangenen und ihrer Familienangehörigen ist durch die Drohungen der Todesschwadronen und die aussichtslose wirtschaftliche Lage ständig bedroht.

Um das tägliche Überleben einer Familie politischer Gefangener zu sichern, werden ca. 350,- DM pro Monat benötigt.

Wir rufen auf zu spenden für diese Familien.

Postsch. Kto. Berlin-West 380087-108 Elfriede Kohut; Stichwort : Kolumbien-Familien .

MAS — eine paramilitärische Organisation

O der wo Mafia und Militärs sich treffen

Am 3. 12. 1981 wird in einer über die meisten kolumbianischen Tageszeitungen und über Flugblätter weit verbreiteten Erklärung bekanntgegeben, daß sich in der im Südwesten Kolumbiens gelegenen Stadt Cali die Organisation MAS (Tod den Entführern) gegründet hat.

Nach dem Willen von 223 Mafia-Bossen, die sich der Erklärung zufolge zu einem außerordentlichen Treffen in Cali zusammengefunden hatten, sollte die MAS gleich einem Unternehmen funktionieren.

Als Gründungseinlage gab jeder der Anwesenden 2 Mio. Pesos (65 Pesos entsprach ca. 1 \$ US. Dollar) (insgesamt also 446 Mio. Pesos = 6.861.538,5 Mio. US. Dollar) und stellte dazu dem " Unternehmen " je 10 seiner besten Männer zur Verfügung.

" Unternehmenszweck " sollte es sein "alle mit einer Entführung in Zusammenhang gebrachten Personen öffentlich hinzurichten, sie an Bäumen aufzuhängen oder zu erschießen und mit unserem Zeichen "MAS" und mit einem Kreuz, das Tod den Entführern bedeutet zu markieren". So der Text des Flugblattes.

Die sich bereits im Gefängnis befindenden Entführer sollen dort hingerichtet werden. Zur Exekution bestimmt sind sowohl "gewöhnliche Kriminelle", als auch Angehörige "subversiver Gruppen".

Die ersten Taten



Genau 10 Tage dauerte es bis die MAS ihre aktiven "Geschäfte" aufnahm. Am 13. Dez. 1981 überfällt am späten Abend eine große Gruppe von in Zivil gekleideten die Wohnung der Führer der Bankarbeitergewerkschaft von Medellín, der zweitgrößten Stadt Kolumbiens. Bevor die Personen in das Haus in der sich die Wohnungen von Jesús Maria Arias Vélez und Dario Gomez befinden, eindringen, geben sie mehrere Schüsse gegen benachbarte Häuser ab, an deren Türen und Fenster sich Leute zeigen.

Das Überfallkommando verhaftet und entführt die beiden Gewerkschaftsführer sowie zwei weitere in der Wohnung anwesende Personen.

Während die Gefangenen mit einem Auto an einen unbekannten Ort gebracht werden, wo man sie auf barbarische Weise foltert, beginnt der verbleibende Teil der Gruppe die Wohnungen zu durchsuchen. Gegenüber den Ehefrauen von Arias und Gomez weisen sie sich als Angehörige des B-2 (Geheimdienst des Heeres) aus.

Zu dieser Zeit trifft, durch zahllose Telefonanrufe der Nachbarn gedrängt, ein Strifenwagen der Polizei ein. Die Polizisten gehen ins Haus und sprechen mit den dort Wütenden. Kurze Zeit später verschwinden sie wieder ohne jemanden festzunehmen.

Während der wiederholten Verhöre und Folterungen geben die Peiniger von Gomez und Arias an Mitglieder der MAS zu sein.

Bilanz nach einem Jahr

Ende 1982 veröffentlichte das Ständige Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Kolumbien, deren Vorsitzender Alfredo Vásquez Carrisoza ebenfalls auf der Abschußliste der MAS steht ein erstes Ergebnis der Aktivitäten dieser paramilitarischen Organisation. Die Bilanz ist erschreckend :

96 Personen wurden von der MAS umgebracht, 65 entführt, 46 gefoltert, und 59 erhielten Morddrohungen.

Die wenigsten dieser Personen hatten irgend etwas mit Entführungen zu tun. Unter ihnen befinden sich :

39 Gewerkschaftsführer, 63 Bauern, Studenten, Priester, Senatoren, Lehrer, Verteidiger von politischen Gefangenen, sowie 2 Kinder.

In der Region Magdalena Medio wurden 45 Familien von der MAS gezwungen zu emigrieren.

" Streitereien innerhalb der Mafia " ?

Einer der 96 Ermordeten wurde im März letzten Jahres auf dem Weg ins Büro in seinem Auto erschossen. Es war Enrique Cipagauta Galvis, bekannter Verteidiger von politischen Gefangenen.

Am selben Tag dem 9. März 1982 wendet sich die MAS in Telefonanrufen an verschiedene Zeitungen und Radiosender und kündigt Attentate auf bekannte Persönlichkeiten Kolumbiens an.

Unter den Bedrohten befindet sich der Präsident des Ständigen Komitees zur Verteidigung der Menschenrechte, Alfredo Vásquez Carrisoza, die Journalistin Maria Jimena Duán, sowie der Schriftsteller Gabriel Garcia Márquez.

Dieser geht kurz darauf in einem Artikel mit dem Titel "Chronik meines angekündigten Todes" auf die MAS ein und stellt fest :

" Seit ihren Anfängen zeigt ihr Vorgehen ein hohes technisches Niveau, eine überraschende Schlagkraft und eine Aktionsfreiheit, die man sich nur schwerlich erklären kann, es sei denn durch die Komplizenschaft und durch das Einverständnis der Autoritäten".

Márquez möchte deshalb die Folterungen und Exekutionen der MAS auch nicht länger auf der Ebene von " Streitereien innerhalb der Mafia " ansiedeln, wie dies der damalige Verteidigungsminister Kolumbiens, General Luis Carlos Camacho Leyva tut, sondern bezeichnet die Gruppe klar als " eine Organisation, die politische Aktionen mit illegalen Methoden bekämpft, und die Gegner des Systems tötet".

Die Parallelen zu den Todesschwadronen von Argentinien, Uruguay oder Chile und heute hauptsächlich El Salvador und Guatemalas, die jeweils eng mit den Militärs

und den Geheimdiensten dieser Länder zusammengearbeitet haben oder mit ihnen personelle Identität aufwiesen und aufweisen, liegen da schon eher auf der Hand.

Enge Beziehung zwischen MAS und Militärs

Nachdem von kolumbianischer Regierungsseite lange Zeit nichts, oder nur diffuses im Stil des zitierten ehemaligen Verteidigungsministers zu den Aktivitäten der MAS zu vernehmen war, ist jetzt durch einen Untersuchungsbericht des Generalstaatsanwalts und durch ein Interview von drei angeklagten Campesinos, etwas Licht in die dunklen Machenschaften der paramilitarischen Organisationsbedrungen, was wiederum einige Bewegung in die verantwortlichen Kreise, vor allem der Militärs, gebracht hat.

Am 15. Dezember 1982 wurden in der Region Santander drei Bauern festgenommen. Sie werden angeklagt Anibal Carreno, umgebracht zu haben.

Bei einem Interview eines kolumbianischen Radiojournalisten machen sie folgenden Angaben :

F: Ihr werdet angeklagt der MAS anzugehören. Stimmt das ?

A: Ja, das stimmt.

F: Hat diese Gruppe etwas mit Teilen des Militärs zu tun ?

A: Ja, Señor.

F: Was macht diese Gruppe ?

A: Sie tötet Menschen.

F: Warum habt ihr euch dieser Gruppe angeschlossen? Was hat man euch dafür versprochen ?

A: Sie sagten uns, daß wir mit ihnen zusammenarbeiten sollen, weil uns sonst die Guerilla umbringen würde. Sie gaben uns die Waffen damit wir andererseits die Guerilleros umlegten.

F: Auf wieviele schätzt ihr die Mitglieder der MAS ?

A: An die 23. Diese Gruppe arbeitet mit dem Militär zusammen. Bewaffnet sind wir 23.

F: Um die Aktionen der MAS auszuführen benötigt ihr eine militärische Ausbildung. Habt ihr vor eurer Eingliederung in die MAS an einer Schulung teilgenommen ?

A: Ja

F: Was für einen Charakter hatte diese militärische Vorbereitung ?

A: Sie haben uns gezeigt mit Waffen umzugehen. Wir haben gelernt sie auseinanderzunehmen und sie zu reparieren.

F: Wer hat euch diesen Revolver, den ihr getragen habt, verschafft ?

A: Dies ist ein Revolver wie er ausschließlich vom Militär benutzt wird. Wir haben ihn vom Oberst Gil Bermúdez bekommen.

F: In welchem Einsatzgebiet befindet sich der Oberst ?

A: Wo er sich im Moment befindet weiß ich nicht. Als er uns den Revolver gab, befand er sich in Cimitarra/Santander.

F: Gibt es noch bedrohte Personen an die ihr euch erinnert ?

A: Bedroht sind : Hernán Duarte, Francisco Serrano, Gilberto León, Pedro Elias Gordillo, Ramiro Castillo und Don Chepe Navarro von San Vicente.

Der Untersuchungsbericht des Generalstaatsanwalts

Bevor der Untersuchungsbericht der Generalstaatsanwaltschaft veröffentlicht wurde, gab es ein Zusammentreffen zwischen dem Generalstaatsanwalt Carlos Jiménez und dem Verteidigungsminister Landazabal, bei dem letzterer über die Untersuchungsergebnisse informiert wurde.

Kurz darauf bekam der Generalstaatsanwalt einen persönlichen Besuch des General Matamoros (Chef des Heeres), bei dem nachdrücklich deutlich wurde, daß das Militär keinerlei Anklagen betreffs einer Verbindung zwischen den Streitkräften und der MAS wünscht.

Landazabal wiederholte dies später noch einmal: "daß es keiner wagt die Streitkräfte zu beschmutzen; daß sich niemand anmaßt sein Geschrei zum Zwecke der Entehrung des Militärs zu erheben".

Die Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes erfolgte dann dennoch. In ihm wird an einigen Stellen sehr vorsichtig von einer möglichen direkten oder indirekten Beziehung von Teilen der Militärs mit der MAS, die unter Strafe gestellt werden müssten, gesprochen.

In der Folge der Untersuchung wird zur Zeit gegen 163 Personen, unter ihnen 53 Militärangehörige, wegen der Zugehörigkeit zu der paramilitärischen Organisation MAS ermittelt.

Darauf reagierte man in den Militärkreisen, an höchster Stelle sehr empfindlich. In einem Brief an den Generalstaatsanwalt, aus dem die kolumbianische Tageszeitung "El Tiempo" zitiert, bezeichnet der Verteidigungsminister General Fernando Landazabal, die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft als "Teil einer Verleumdungskampagne" gegen die Streitkräfte.

Reagiert wird auch auf anderen Ebenen.

Nach einem Treffen der militärischen Oberbefehlshaber wird am 23. Februar 1983 in einer Erklärung mitgeteilt, daß jeder aktive kolumbianische Militärangehörige mit je einem Tagessold zur Verteidigung der Angeklagten beizutragen hat. Die Verteidigung wird vor den Kriegsgerichten, sollte es soweit kommen, dann von Generalen des Heeres, der Luftwaffe, der Marine, sowie der Polizei geführt.

Am 22. Februar wird in den Staatsrat ein Antrag zur Beratung eingebracht. Man wirft dem Generalstaatsanwalt darin die "Verletzung der Rechtsstaatlichkeit", sowie eine "völlig neue verfassungsfeindliche und illegale Praxis" in Bezug auf die vor Ermittlungsdurchführung erfolgte Veröffentlichung der Namen der Angeklagten vor.

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes tat sich Landazabal mit einem Artikel in der Armeezeitung hervor. Er bringt darin zum Ausdruck, daß sich die Geduld der Militärs dem Ende zuneige, und wenn sich ihnen im Kampf gegen die Subversion keine nationale Solidarität zeigte, würde man sich auf einen Konflikt zubewegen, der die Dimensionen eines Bürgerkrieges annähme.

Die Botschaft des Artikels war in Teilen klar an die Presse, sowie die Intellektuellen des Landes und an einen "unbekannten Rechtsanwalt" (den Generalstaatsanwalt) gerichtet. Erstere würden ihre "künstlerische Expression" dazu benutzen "falsche politische Botschaften (zugunsten des Subversiven), zu verschleiern. Der drohende Ton Landazabals wird von vielen der so Angesprochenen als grünes Licht für Repression gewertet.

PERU

Sendero Luminoso — Pol Pot auf Quechua?

(1. Teil: Vorgeschichte)

Exekutionen, Sprengstoffanschläge und radikales Parteichinesisch - steckt hinter den Aktionen des 'Leuchtenden Pfades' die polpotianische Menschenverachtung ultralinken Dogmatiker? Oder kämpfen im peruanischen Hochland Teile einer autochthonen Basis einen Partisanenkrieg ums nackte Überleben? Ist die Ideologie der Guerilla möglicherweise ein ernstzunehmender Versuch, eine nationale Perspektive zu formulieren, die sich unter dem Druck extremer Verhältnisse in radikalen Positionen äußert... auch, um international gehört zu werden??

Während die bundesdeutschen Medien sich noch in komplizenhaftes Stillschweigen hüllen, berichtet die ausländische Presse schon seit langem eingehend über den SENDERO LUMINOSO: dabei reicht das Spektrum der Darstellungen vom blutrünstigen Geheimbund (OIGA) bis hin zur militanten Heilsarmee andiner Winnetous (EL DIARIO). Unser zweiteiliger Beitrag stützt sich nicht nur auf die internationale Berichterstattung, sondern berücksichtigt auch die historischen Zusammenhänge und Informationen von autorisierten Vertretern der Guerilla.

Ein halbes Jahrtausend Geschichte

Trotz umfangreicher Reportagen über den SENDERO LUMINOSO haben es die internationalen Massenmedien bisher sorgfältig vermieden, den geschichtlichen Kontext der Entwicklung zu diskutieren. Selbst QUEHACER, sonst um differenzierte Berichterstattung bemüht, schildert in anrührenden Worten das gegenwärtige Elend der indianischen Hochlandbevölkerung als Nährboden der Guerilla, um dann das Übel bei der Wurzel zu packen: schuld an allem ist "eine scheinbar feindlich gesonnene Natur"... Aus diesem einäugigen Blickwinkel ist natürlich eine realistische Einschätzung des SENDERO LUMINOSO kaum möglich; denn seine Theorien und Praktiken sind - genauso wie das Bewußtsein und Verhalten der indianischen Hochlandbevölkerung - im wesentlichen ein Ergebnis von 500 Jahren Geschichte. Erinnern wir uns:

Die strukturelle Verelendung der andinen Landbevölkerung wird im 15. Jahrhundert durch soziale Entwurzelung, übermäßige Besteuerung und Arbeitsdienste für den zentralistischen Inka-Staat eingeleitet. Der schrittweise Entzug der Existenzgrundlagen wird nach dem blutigen Schrecken der Konquista im 16. Jh. von den Spaniern durch Erweiterung des inkaischen Zwangsarbeit-Systems (mita) im 17. Jh. verschärft fortgeführt. Gleichzeitig beginnt die Vertreibung der indianischen Bevölkerung von ihren fruchtbaren, rohstoffreichen Ländern, deren Ausbeutung die Entwicklung von Frühkapitalismus und Industrialisierung in Europa vorantreibt.

Anfang des 18. Jahrhunderts wird die 'encomienda' durch das 'peonaje'-System ersetzt, nachdem zuvor durch Landversteigerungen der verschuldeten Krone spanischen Siedlern und Kirche die Bildung von Großgrundbesitz ermöglicht wurde: um 1750 gehört die Hälfte des Vizekönigtums Peru der Kirche. Durch Fronddienste, Völkermord und koloniale Raubwirtschaft in Silberbergwerken und Hacienden werden in Peru zwischen 1531 und 1796 nach aus unterschiedlichen Schätzungen errechnetem Mittelwert etwa 9000000 Indianer umgebracht. Was sich hinter diesen Ziffern verbirgt, beschreiben Zeitgenossen folgendermaßen:

"Ins Tal von Jauja kehrte ein Indianer vom Bergwerk Huancavelica zurück. Er fand seine Frau tot. Und der Dorfvorsteher kam zu ihm und sagte: 'Ich weiß, ich tue dir weh, du kommst gerade erst aus dem Stollen und findest dich als Witwer wieder, mit zwei Söhnen zu ernähren, und du bist mager und erschöpft von der Arbeit. Aber ich kann nicht anders: Ich finde keinen Indianer für die Mita, und wenn die Zahl nicht voll wird, verbrennen sie mich, peitschen sie mich, trinken sie mein Blut. Hab' Mitleid mit mir, kehr wieder zurück ins Bergwerk.' Da nahm der Indianer seine zwei kleinen Söhne, umarmte und küßte sie zärtlich und hängte sie an einem Baum auf. Dann nahm er ein Küchenmesser und stieß es sich durch den Hals, um nicht wieder ins Bergwerk zurück zu müssen." (Fray Buenaventura Salinas, 16. Jh.)

"Man hat sie schlimmer als Sklaven behandelt, und als solche werden viele verkauft und gekauft von einem Großgrundbesitzer zum andern. Und einige werden totgepeitscht, und Frauen sterben vor Erschöpfung unter den schweren Traglasten. Und andere müssen mit ihren Kindern auf den Feldern Fronarbeit leisten. Und sie schlafen auf den Straßen und dort gebären sie unter den Bissen giftigen Ungeziefers. Und viele erhängen sich, und andere lassen sich sterben, indem sie nichts essen, und andere nehmen giftige Pflanzen zu sich. Und es gibt Mütter, die ihre Kinder bei der Geburt töten, um sie, wie sie sagen, von den Mühen, unter denen sie leiden, zu befreien." (Aus Schreiben des spanischen Königs, 1582)

Mit der Unabhängigkeit 1821/24 werden die spanischen Kolonialherren lediglich durch ihre Enkel ersetzt, die als nationale Eliten ihrerseits von internationalen Banken und Konzernen beherrscht werden. Am Ende dieser Entwicklung ist die indianische Hälfte des peruanischen Volkes sämtlicher Existenzgrundlagen beraubt, verarmt, entmündigt und rechtlos. Als landloses Bauernvolk und Lumpenproletariat in Minen und Elendsvierteln unterhalb des menschlichen Existenzminimums dahinvegetierend, scheint ihnen ein Leben ohne Hoffnung bestimmt.

Macht- und Existenzkämpfe

Gegen dies ihr zugedachte Schicksal setzte sich die andine Landbevölkerung immer wieder erbittert und mit allen Mitteln zur Wehr. Dabei lassen sich die andinen Widerstandskämpfe zum großen Teil den Machtkämpfen von Eliten zuordnen, für die das Volk seine Haut zu Markte trug. Unter diese Kategorie fallen u.a. sowohl die Expansions- und Erbfolgekriege der Inkas, als auch die Pokra- und Chancarebellionen gegen das Regime der Cuzco-Quechuas und die Inka-Aufstände, mit denen sich die einheimischen Führungsschichten gegen die koloniale Eroberung wehrten. Aus diesen elitären Auseinandersetzungen emanzipierten sich jedoch im Lauf der Zeit echte Volkserhebungen, die im frühen Stadium noch den Charakter spontaner Rebellionen und unartikulierter Existenzkämpfe trugen.

ESPAÑOLES. SOBERBIO, CRIOLLO o mestizo o mulato de estereotipo



Der Authentizitätsgrad dieser Erhebungen wurde bestimmt durch die Volksnähe ihrer politischen Führungen, durch deren ideologische Konzeptionen sie revolutionäre Dimensionen annahmen. Auch die Inka-Revolten der Kolonialzeit wurden jedoch meist noch von Angehörigen lokaler Oberschichten angeführt, und waren weitgehend bestimmt von den Interessen des alten Inka-Adels: Auch Gabriel Manco Capac (1666/67), Andrés Ignacio Cacha Condori (1737/38), Juan Santos (1742/61) und die Inka-Nationalisten (1750) strebten die Wiederherstellung der alten Zustände an und setzten an Stelle einer zukunftsorientierten ideologischen Konzeption die reaktionäre Glorifizierung der zentralistischen Inkaherrschaft. Den Höhepunkt dieser Phase markierte 1780/81 der große Aufstand von Tomás Catari und José Gabriel Condorcanqui (Tupac Amaru II), der sich einerseits zum Inka krönen wollte und andererseits mit seinen sozialen Forderungen die indianischen Massen mobilisierte.

Gegen Ende der Kolonialzeit verlor jedoch der indianische Adel seine Bedeutung für die Aufrechterhaltung weißer Herrschaft und wurde von den Spaniern endgültig ausgeschaltet. Mit Ausnahme der Unabhängigkeitskriege, die in erster Linie den Absichten der 'élite criolla' und hinter ihr stehender Wirtschaftsverbände dienten, begann seither die führerlos gewordene indianische Landbevölkerung, zunehmend ihre eigenen Interessen zu vertreten. Trotz erheblicher Unvollständigkeit vermittelt die nachstehende Datenauswahl einen ungefähren Eindruck der Intensität, mit der sich ab 1800 die indianische Landbevölkerung durch Erhebungen gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu wehren versuchte:

...1812 Aufstand der Landbevölkerung gegen Zwischenhändler und Kirche in Huanuco; 1814/15 Beteiligung an der Kreolenrebellion der Angulo-Brüder unter dem Inka-Kaziken Matco Pumacahua in Cuzco während des Unabhängigkeitskrieges; 1854 Erhebung der indianischen Hochlandbevölkerung in Cuzco, Apurímac und Ayacucho; 1866/68 Rebellion verarmter Kleinbauern gegen Zwischenhändler am Titicacasee/Puno und Huancané; 1879 kämpft eine indianische Guerilla in den Süanden gegen chilenische Invasoren im 'Salpeterkrieg'; 1885/86 Guerilla in Huaraz: Kleinbauern erobern die Provinzhauptstadt und erzwingen das Ende der Mita-Zwangsarbeit/Callejón de Huaylas; 1887/92 Revolten in Ayacucho, Huanta und Castrovirreyna; 1896 Erhebung der andinen Landbevölkerung in Huanta; 1915 Aufstand von Landarbeitern und Kleinbauern in Puno; 1917 Rebellion der Kleinbauern von Chanchamarca; 1919 und 1921 Revolten von Landarbeitern und Kleinbauern in Lampa; 1921 Aufstand von Landarbeitern und Kleinbauern in Toccoyoc, Cuzco; 1922/1923 Bauernbewegung in La Mar, Ayacucho...

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich seit 1800 die Revolten in steigendem Maß auch gegen Zwischenhändler richteten. Der Handel war - im Gegensatz zum Warenaustausch - erst mit Einführung des Geldwertes durch die Spanier etabliert worden. Seither halten Händler ganze Dorfgemeinschaften durch Preisdiktat und Zinspressung in Abhängigkeit und sind - als 'kulturfremde' Mittelsmänner der städtischen Bourgeoisie - bis heute vielfach Gegenstand von Haß und Bauernaufständen.-

Die zahlreichen Erhebungen der indianischen Landbevölkerung in nachkolonialer Zeit waren jedoch meist ohne übergreifende ideologische Konzeption und auf isolierte Dorfgemeinschaften beschränkt; sie konnten daher von den Herrschenden stets mit einem Minimum an Zugeständnissen und maximaler Brutalität unterdrückt werden. Die ab der Jahrhundertwende erneut einsetzende Grundbesitz- und Kapitalkonzentration führte verschärft zur weiteren Proletarisierung der Landbe-

völkerung durch Lohnarbeit, provozierte ab 1910 erbitterte Klassenauseinandersetzungen und förderte besonders unter den Landarbeitern der Zuckerplantagen an der Nordküste die Entwicklung gewerkschaftlicher Strömungen: 1918 wurde der 8-Stunden-Tag erkämpft. Unter Einfluß der 'Indioprospektiv' formulierte in den 20er Jahren der Marxist José Carlos Mariátegui (1896-1930), bis heute Perus bedeutendster politischer Theoretiker, seine sozialistische Perspektive "Peru peruanisieren!". Die auf ihn zurückgehende kommunistische Partei bleibt jedoch vorerst bedeutungslos.

Die Aufstände der indianischen Landbevölkerung mündeten erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in größere politische Strömungen ein, als sich die Bauern und Landarbeiter den gewerkschaftlichen Bewegungen anschlossen, diese radikalisierten und ab 1958 begannen, sich in 'sindicatos campesinos' zu organisieren. Von nun an wurden die Indianer mit wachsender Bildung wieder zur dynamischen Kraft und der politische Druck der verzweifelten Landbevölkerung wird immer stärker.

SENDERO LUMINOSO: Mariateguis Erben

Die wachsende Politisierung der indianischen Landbevölkerung steht zum einen vor dem Hintergrund der Migrationsprozesse. Zum anderen entwickelt sich nach dem 2. Weltkrieg durch verbessertes Bildungsangebot und Expansion von öffentlichen Dienstleistungs- und privatwirtschaftlichen Industriesektoren eine neue Mittelschicht, die unter dem Eindruck der kubanischen Revolution die Organisation neuer Volksparteien und 'strukturelle Veränderungen' anstrebt. Daraus entstehende Radikalisierungstendenzen gelangen - vor allem durch studentische Migrationsgruppen - über die Universitäten in die Landbevölkerung. Dort findet vor allem das Gedankengut der chinesischen Revolution aufgrund seiner ruralen Bezogenheit großes Verständnis und rasche Verbreitung. Der Kontakt zwischen Landbevölkerung und politisierten Studenten wird u.a. auch gefördert durch Belafantes 'Popular Cooperation Program', in dessen Rahmen ab 1963 dürftige Entwicklungsmaßnahmen in ländlichen Gemeinden durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang kommt es zum Austausch auch zwischen politischen, religiösen sowie Gewerkschaftsgruppen und Bauernbewegung, die jedoch als parteilose Gruppierung von nicht stimmberechtigten Analphabeten keinerlei Anerkennung oder Unterstützung durch die etablierten politischen Parteien findet und autonom bleibt...

Auch in Ayacucho beginnt es zu gären. Dieser Prozess wird in der Folgezeit noch verstärkt durch ideologische Impulse aus Cuzco und die zahlreichen Landbesetzungen ('Tierra o Muerte'), die in den Jahren 1960-64 auf dem Boden von Hacienden und Gesellschaften (Cerro de Pasco Co.) durchgeführt werden. Durch Zuzug von Intellektuellen an die UNSCH/Universidad Nacional de San Cristóbal de Huamanga wird die 1959 wiedereröffnete Hochschule in Ayacucho bald zu einem politischen Schwerpunkt der Region.

Unter den linksintellektuellen Lehrkräften der Universität befindet sich auch Manuel Rúben Abimael Guzmán Reynoso, der am 3.12.34 in Molle/Arequipa geboren wurde. Abimael Guzmán, ein Hochlandbewohner indianischer Abstammung, hatte von 1953-61 Philosophie und Jura an der Universität San Agustín in Arequipa studiert, war 1962 aufgrund seiner KP-Mitgliedschaft als Soziologieprofessor an die UNSCH gekommen und wird 1963 als Dozentenvertreter der sozialwissenschaftlichen Fakultät Mitglied des Exekutivrats, der die Universität bis zur Velasco-Ära leitet. (In dieser Zeit lernt Abimael Guzmán u.a. auch den Studentenvertreter Luis Kawata Makabe kennen, nach dem bis heute als einem der wichtigsten Senderisten-Führer fieberhaft gefahndet wird.)

Bereits 1962 beginnen jedoch heftige Richtungskämpfe in der Linken: Während des 4. Nationalkongresses der KP vertritt Guzmán die Ansicht, daß unter den gegebenen Fremdherrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen die Errichtung einer echten Volksdemokratie nur durch den bewaffneten Kampf zu erreichen sei, propagiert den 'langen Marsch' der chinesischen Revolution und fordert Rückbesinnung auf Mariáteguis Lehre. Zusammen mit Saturnino Paredes bezieht er die theoretisierende Cuba/Moskau-Gruppe um Jorge del Prado, die einen friedlichen Weg zum Sozialismus für möglich hält, revisionistischer Tendenzen und beginnt, gemeinsam mit anderen prochinesisch orientierten Militanten eine eigene marxistische Organisation innerhalb der KP aufzubauen, aus der sich ab 1964 der spätere SENDERO LUMINOSO entwickelt.

1963 beteiligen sich etwa 300.000 indianische Landarbeiter und Kleinbauern aktiv an Landbesetzungen, um die versprochenen Reformen der Politiker in Lima einzuklagen. Mit zaghaften Reformansätzen vorwiegend in Junín, Pasco und La Convención/Cuzco, hauptsächlich aber mit brutalen Militäraktionen, versucht die korrupte, von den Streitkräften gestützte Belaúnde-Regierung, die Situation unter Kontrolle zu bringen.

Im gleichen Jahr nimmt nach Vertreibung des US-Friedenskorps die KP-Organisation 'Bandera Roja' die politische Arbeit mit der Landbevölkerung auf. An der UNSCH werden Kader gebildet, die sich überwiegend aus einheimischen, quechuasprachigen Dozenten und Studenten zusammensetzen. Gruppen des Guzmán-Flügels gründen die 'Förderung der Elendsviertel von Huamanga (Ayacucho)'. Während der nationalen KP-Konferenz 1964 gehen indes die Fraktionskämpfe weiter: da Guzmán und Paredes sich energisch allen revisionistischen Abweichungen widersetzen und konsequent am 'Langen Marsch auf Mariáteguis Weg' festhalten, kommt es innerhalb der KP zum offenen Bruch zwischen der Cuba/Moskau-Fraktion und dem prochinesischen Flügel. Guzmán und Paredes stellen daraufhin eigene Parteikader auf, bilden je ein politisches und ein militärisches Kommando, die beide dem Zentralkomitee unterstellt sind, und leiten die militärische Ausbildung ein.

Während 1965 Studenten und Intellektuelle von der Küste in den 'sindicatos campesinos' des Departements Cuzco die Guerilla organisieren, formiert sich im September der prochinesische Flügel auf einem Kongreß nun auch offiziell als 'Bandera Roja' und konstatiert noch einmal, daß die politische Macht als Voraussetzung für die Errichtung einer gerechten Demokratie "nur mit revolutionärer Gewalt durch den bewaffneten Kampf eines Volksheeres" erobert werden könne. Von diesem revolutionären Kurs abweichende Gruppen - wie die 'Patria Roja' - werden ausgeschlossen.

(Diese laufenden Abgrenzungs- und Spaltungsvorgänge innerhalb der KP sind weniger ein Ergebnis von Theoriediskussionen und politischen Auffassungsunterschieden - sie stehen vielmehr in enger Beziehung zu den verschiedenartigen Bezugsebenen und Interessen differierender sozialer Schichten: Hinter der schematischen Dreiteilung der peruanischen Gesellschaft in kreolische Führungselite, von ihr geförderte mestizische Mittelschicht (cholos) und indianische Basis verbirgt sich ein kompliziertes Beziehungsgefüge aus persönlichen, ökonomischen, institutionellen und sozio-kulturellen Bindungen. So bestehen auch auf dem Land deutliche soziale Unterschiede zwischen ländlich-kleinstädtischer, meist mestizischer Ober- und indianischer Mittel- und Unterschicht einerseits und andererseits zwischen landarmen und -reichen Bauern sowie zwischen Bauern, kleinen Händlern und Minenarbeitern, die allerdings häufig durch einen ausgeprägten Sinn für gemeinschaftliche Abwehr äußerer Einflüsse kaschiert werden. Die unterschiedlichen Bezugsrahmen dieser sozialen

Schichten sind maßgeblich für die innerparteilichen Fraktionsbildungen und bestimmen insbesondere die Theorien und Praktiken des späteren SENDERO LUMINOSO. Auch die politischen Gruppierungen an der UNSCH spiegeln diese Gegensätze wieder:

Dem prochinesischen Flügel, in dem die späteren Senderisten die große Mehrheit stellen, gehören durchweg Lehrkräfte und Studenten an, die aus verarmten landlosen, lohnabhängigen Bevölkerungsschichten stammen und sich mit Erziehungswissenschaften und Sozialarbeit befassen. Sie sind quechuasprachig aufgewachsen, vorwiegend pragmatisch orientiert, studieren bei einheimischen Dozenten und verfügen über starke Frauengruppierungen. Die übrige Linke besteht überwiegend aus den Kindern 'wohlhabenderer' Ayacuchanos, die sich - häufig bei Professoren aus Lima und der Küstenzone - für aufwendigere Ingenieurwissenschaften- oder Ethnologiestudien eingeschrieben haben, eurozentrierter denken und von intellektuellen Theoretikern dominiert werden.)

Seit 1965 konzentriert sich die Guzmán und Paredes anhängende Majorität der 'Bandera Roja' verstärkt auf die politische Arbeit mit der Landbevölkerung und dehnt auch die militärische Ausbildungstätigkeit ständig weiter aus. Guzmán selbst ist nur noch selten an der UNSCH und ist ständig unterwegs, um den politischen und militärischen Aufbau der Parteiorganisation voranzutreiben.

1967 ist in Cuzco die Guerilla Hugo Blancos endgültig zerschlagen und ihre Focus-Strategie gescheitert. Als die Korruption der Belaúnde-Regierung in Zusammenhang mit dem Skandal um die nordamerikanische 'International Petroleum Co.' offenkundig wird, ergreifen im Oktober 1968 um innenpolitische Stabilität besorgte Militärs nach einem 'institutionellen Putsch' die Macht, um einen wahrscheinlichen Wahlsieg der APRA zu verhindern. Die gleichen Militärs, die 1965 mit Napalm gegen die Guerilla in Cuzco vorgegangen, wollen nun unter dem reformistischen General Juan Velasco Alvarado Peru aus Abhängigkeit, Fremdbestimmung und Unterentwicklung befreien.



Wegen unterschiedlicher Beurteilung der velascischen Reformprogramme trennt sich Saturnino Paredes 1969 von der 'Bandera Roja' und gründet 1970 die eigene Organisation 'Junges Peru'. Guzmán's Fraktion definiert Velascos paternalistische 'Revolution von oben' aufgrund ihrer zentralistischen Konzeption und der damit verbundenen Entmündigung der Korporationen als "im Grunde faschistisch" und wendet sich vor allem mit Nachdruck gegen die Landreform. Die Agrarreform versuchte, zwischen peruanischer Privatwirtschaft und indianischer Landbevölkerung zu vermitteln, indem sie die Kleinbauern zu lohnabhängigen Konsumenten und damit zum Träger der nationalen Industrialisierung machen wollte. Auf einer großen Bauernversammlung in Huanta geißelt Guzmán Ende 1969 mit scharfen Worten die Entindianisierungs- und Fremdbestimmungstendenzen derartiger Reformvorhaben und fordert zur Radikalisierung durch Landnahme und Organisation der Landbevölkerung auf.

1970 heiratet Guzmán in erster Ehe die Tochter eines KP-Führers - in zweiter Ehe heiratete er Catalina Ariancén, die heute nach Folterungen durch die Sicherheitsorgane geistesgestört ist - und wird Direktor des akademischen Personal- und Verwaltungsrates der UNSCH. Ayacucho ist inzwischen zur Hochburg seiner Fraktion geworden, in der andere Parteien entweder gar nicht vertreten oder aber ohne Basis sind. Guzmán's Anhänger konsolidieren sich in einer revolutionären Front und nennen sich (nach einer Textpassage aus dem Buch "Sieben Essays zur Interpretation peruanischer Wirklichkeit" von Mariátegui) SENDERO LUMINOSO - der 'Leuchtende Pfad'.

Im August 1970 wird Guzmán wegen "staatsgefährdender, verfassungsfeindlicher Aktivitäten" in Zusammenhang mit den blutig niedergeschlagenen Bauernunruhen in Huanta verhaftet und bald darauf wieder freigelassen. Der SENDERO LUMINOSO trennt sich 1971 von dem bedeutungslos werdenden Rest der prochinesischen KP/Bandera Roja und beginnt mit einleitenden Vorbereitungen und organisatorischen Umstrukturierungen für den bewaffneten Kampf.

1974 ist die Reformpolitik der Velasco-Junta gescheitert. Militärausgaben (von 1968-1980 zwischen 25 % und 50 % des peruanischen Staatshaushalts jährlich) und Reformkosten treiben Peru in eine Dauerkrise. Für die überwältigende Mehrheit der indianischen Landbevölkerung hat auch die Agrarreform keine verbesserten Existenzbedingungen geschaffen. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 150. Jahrestag der Unabhängigkeit kommt es im Juli zu Studentenrevolten in Ayacucho und Umgebung. Guzmán verläßt endgültig die UNSCH und geht nach Lima, um die politische Basis des SENDERO LUMINOSO zu erweitern. Obwohl die etablierten Lima-Linken ihr Meinungsmonopol zäh verteidigen, gelingt es dem 'Leuchtenden Pfad', ausgehend von migrierten Bevölkerungsteilen in Elendsvierteln und Universitäten der Hauptstadt und anderen Küstenzonen Fuß zu fassen und Zellen zu bilden. Parallel dazu wird die strukturelle Erweiterung der Organisation in den Hochlandregionen weitergeführt.

1975 wird Velasco durch General Morales Bermudez ersetzt, der eine von ausländischen Banken und internationalen Finanzgremien diktierte zweite "Revolutionsphase" einleitet. 1976 erzwingt der Internationale Währungsfond/IWF in Peru eine brutale Austeritätspolitik, von der die indianische Bevölkerung als sozial schwächste Schicht zuerst getroffen wird. Im Juli werden die letzten Minister der Velasco-Ära entlassen und die begonnenen Reformmaßnahmen abgebrochen oder rückgängig gemacht. Die erbitterten Proteste der Bevölkerung werden in jeweils nur kurz ausgesetzten Ausnahmezuständen blutig niedergeschlagen. Im Hochland beruft der SENDERO LUMINOSO zahlreiche Vollversammlungen ein, um die militärischen Strukturen der Partei zu koordinieren.

Ab Mai 1977 wird Peru von landesweiten, bürgerkriegsähnlichen Volksaufständen erschüttert, die am 19. Juli zum ersten nationalen Generalstreik führen, dem bis 1979 drei weitere folgen werden. Um die Volksmassen zu beruhigen, läßt man am 18.6.1978 eine Verfassunggebende Versammlung wählen, die zu je einem Drittel von der konservativ gewordenen APRA, extremen Rechten und der etablierten Linken gebildet wird. Der SENDERO LUMINOSO boykottiert die von ihm als 'Farce' bezeichneten Wahlen und läßt sich auf den 'parlamentarischen Kampf' nicht ein. Auf einem Parteikongreß im Oktober '78 erklärt Guzmán die Aufbau- und Organisationsphase des SENDERO LUMINOSO für beendet, kündigt für 1980 den Beginn des bewaffneten Volkskrieges an und geht anschließend in den Untergrund.

1979 steht Peru mit 8 Mrd US-Dollar beim Ausland in der Kreide und die Militärjunta kündigt für den 18. Mai 1980 freie Wahlen an. Durch die neue Verfassung - die 11. in der peruanischen Geschichte - erhalten jetzt zwar auch Analphabeten das Stimmrecht; gleichzeitig wird jedoch Quechua, das neben dem seltener gesprochenen Aymara Muttersprache der indianischen Hälfte der peruanischen Bevölkerung ist, als zweite Staatssprache wieder abgeschafft und eine 'pluralistische soziale Marktwirtschaft' verordnet.

Am 15.4.1980 propagiert der SENDERO LUMINOSO seine Strategie, mit deren Hilfe der bewaffnete Kampf vom Land auf die Städte übertragen werden soll, und stellt für die in der Landwirtschaft tätigen Kader die Maxime auf, nur noch für den Eigenbedarf zu produzieren. Vor dem Plenum des Zentralkomitees hält der inzwischen offiziell bereits als tot geltende Abimael Guzmán am 18.5.1980, dem Tag der Präsidentschaftswahlen, eine mitreißende Rede und gibt den Startschuß für den bewaffneten Kampf, der mit der demonstrativen Verbrennung der Wahlurnen in der Dorfgemeinschaft Chuschi eröffnet wird. Seither ist kaum ein Tag vergangen, an dem die peruanische Presse nicht über mehr oder weniger spektakuläre Aktionen des SENDERO LUMINOSO berichtet hätte:

Im Rahmen von Kampfhandlungen kommt es dabei zu blutigen Gefechten zwischen Polizei und Guerilla, zu aufsehenerregenden Gefangenenbefreiungen, Sprengstoffanschlägen und Stromausfällen, aber auch zu schwer einzuordnenden Exekutionen von Behördenvertretern und Privatleuten. Die Situation wird weiter angeheizt durch die unglaubliche Brutalität, mit der Polizeikräfte und Spezialeinheiten gegen die indianische Landbevölkerung vorgehen. Als zum Jahreswechsel die Lage außer Kontrolle zu geraten droht, beschließt die überraschend wieder an die Macht gelangte Belaúnde-Regierung, schwerbewaffnete Armeeeinheiten in die betroffenen Gebiete zu entsenden. Dort scheinen Terror, willkürliche Verhaftungen, systematische Folterungen, Morde und Vergewaltigungen durch Streit- und Sicherheitskräfte inzwischen an der Tagesordnung zu sein. Dennoch konnte die Guerilla, die sich in der Bevölkerung wie 'ein Fisch im Wasser' bewegt, bisher nicht entscheidend geschwächt werden: Nach eigenen Angaben hat der SENDERO LUMINOSO insgesamt bereits weit über 3.500 Aktionen durchgeführt, deren bizarre Verbindung mit andinen Traditionen zu wilden Spekulationen und Vermutungen Anlaß gibt.

(FORTSETZUNG FOLGT)

In der nächsten Ausgabe:

SENDERO LUMINOSO - Der lange Marsch des Inka Rri (2. Teil: Theorie und Praxis): Theoretische Grundlagen und andine Elemente/Politische Arbeit/Der bewaffnete Kampf/Propaganda und Verleumdung/Perspektiven

Die erkämpften demokratischen Bereiche ...



In einem Interview, das Anfang Februar für den Schweizer Rundfunk in Puno aufgezeichnet wurde, kommentiert Javier Diez-Canseco die gegenwärtige Entwicklung in Peru. Javier Diez-Canseco ist Abgeordneter der IU/Izquierda Unida ('Vereinigte Linke', ein Bündnis mehrerer im Parlamentvertretener Linksparteien) und Vizepräsident der Parlamentarischen Menschenrechtskommission. Wir veröffentlichen thematisch zusammengefaßte Auszüge aus diesem Interview.

Peru: koloniales Vizekönigtum.

"Peru ist ein zu Armut und Rückständigkeit verurteiltes Land. Denn unsere wechselnden Parlaments- und Militärregierungen nennen sich zwar 'demokratisch' - aber in Wirklichkeit sind es Diktaturen, die lediglich den Interessen ausländischer Unternehmen, ihrer nationalen Verbündeten und einer Handvoll Reicher dienen. Ihre Wirtschaftspolitik ist gegen die große Mehrheit des peruanischen Volkes gerichtet: Die Bevölkerung hat unter einer 80-%igen Inflation, massiver Arbeitslosigkeit und jährlichen Sol-Abwertungen von fast 100 % zu leiden. Arbeit oder Rentenansprüche hat nur eine kleine Minderheit. 65 % unserer Arbeiter haben keine feste Stellung und verdienen weniger als den Mindestlohn. 56 % der städtischen Arbeiter müssen trotz mehrerer Jobs auch noch Überstunden machen - und trotzdem müssen auch die Angehörigen noch mitarbeiten, damit eine Familie überhaupt überleben kann. Dabei verfügen 65 % der Haushalte weder über Abwasser-, noch über Wasser- oder Stromversorgung..."

"Ich glaube, wir haben als einziges Land der Welt einen Wirtschafts- und einen Energieminister, die beide beurlaubte Geschäftsführer großer nordamerikanischer Banken bzw. Konzerne sind. Als Minister zwingen sie Peru per Gesetz, seine Schulden bei diesen Unternehmen zu begleichen, um anschließend in den USA von ihren Ministerrenten zu leben. Es sind Zustände wie in einem Vizekönigtum, einer Kolonie..."

Wenn die Regierung ihre kniefällige Haltung gegenüber nordamerikanischen Interessen nicht ändert, wird unserem Land eine massive soziale Konfrontation nicht erspart bleiben..."

Arbeitskampf und Meinungsfreiheit: brutal umgebracht

"Wir leben nicht in einer faschistischen oder Militärdiktatur - Peru ist weder Chile noch Argentinien. Wir erleben lediglich die Entwicklung einer demokratisch gewählten Regierung, die ein extrem gegen das eigene Volk gerichtetes Wirtschaftsprogramm verwirklicht und dabei eine immer repressivere Politik verfolgt. Natürlich haben wir das Recht auf Gewerkschaften - aber nur 8 % unserer Arbeiter sind organisiert. Wir haben auch ein gesetzlich verankertes Streikrecht - trotzdem waren alle Streiks der letzten zweieinhalb Jahre 'illegal'. Wir haben auch ein Demonstrationsrecht und Versammlungsfreiheit - aber die meisten Kundgebungen werden von der Polizei verboten und unterdrückt. Dabei werden von Mal zu Mal mehr Arbeiter erschossen. Immer mehr Tanks und Spezialeinheiten der Polizei patrouillieren in Lima; in den Hauptstädten einiger Departements sind es bereits mehr als während der Militärregierung..."

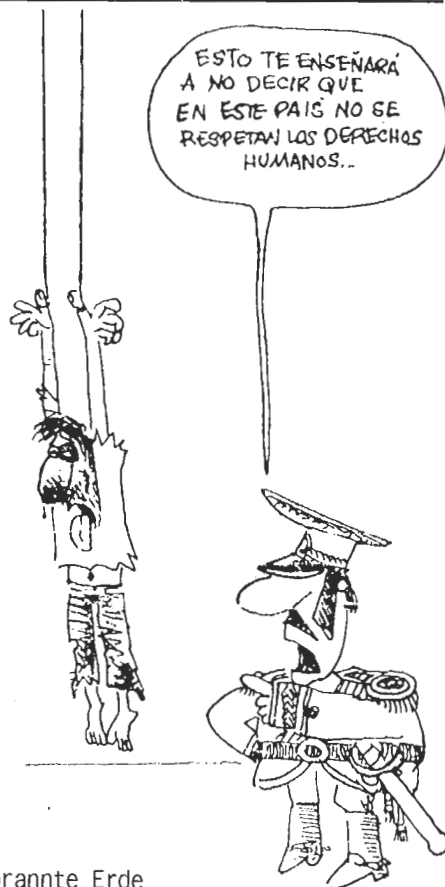
"Die acht Journalisten wurden in Uchuraccay auf brutalste Weise umgebracht, weil sie ihrem Informationsauftrag nachkommen wollten. Auch die oppositionellen Zeitungen und Radiosender stehen unter starkem Druck, besonders in Lima und verschiedenen Departements des Südens. Trotzdem muß man sagen, daß wir eine Meinungsfreiheit haben wie kein anderes Land in Südamerika..."

Menschenrechte: subversiv und pro-terroristisch

"Lateinamerika hat seine speziellen Formen, mittels derer die herrschenden Klassen ihre Macht aufrechterhalten. Bei uns können Rechtsprechung und Polizeiapparat unter bestimmten Umständen sehr willkürlich sein... Wenn z.B. in den Zeitungen steht, daß bei einem bewaffneten Zusammenstoß 17, 20 oder 25 Guerilleros ums Leben kamen, sind in Wirklichkeit Polizeitruppen in eine Dorfgemeinde eingefallen und haben die Leute zusammengeschossen. Denn die Kolonnen und Brigaden des Sendero Luminoso bestehen nie aus mehr als höchstens 8 Personen. Es ist allein schon deshalb unmöglich, daß bei 'Zusammenstößen mit bewaffneten Gruppen' angeblich 17 oder 20 Guerilleros umkommen, während nur ein einziger Polizist lediglich verletzt wird."

"Wir haben für die Menschenrechtskommissionen der UNO und der OAS mehr als 130 Fälle von Menschenrechtsverletzungen dokumentiert (siehe LN 112, S.4-10) und werden deswegen des Vaterlandsverrats bezichtigt. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisationen, die sich an die Regierung wenden, werden als 'subversiv' und 'pro-terroristisch' hingestellt. Trotz Folter, Mord und Vergewaltigungen gab es bisher nicht eine einzige Festnahme der beteiligten Polizisten; sie versehen im Gegenteil weiterhin ihren Dienst und einige von ihnen sind sogar befördert worden... Ich kenne keine Fälle, in denen die Verantwortlichen bestraft worden wären..."

Noch ist
es nicht
soweit...



Belaundes Regierungspolitik: verbrannte Erde

"Die Regierung versucht, die sozialen, ökonomischen und politischen Probleme des ganzen Landes mit Repressionen durch die Streit- und Sicherheitskräfte zu lösen. Sie hat den sogenannten Ausnahmezustand eingeführt und bereits 8 Provinzen unter Kriegsrecht gestellt. Dabei versucht man, einfache Bauern mit Alkohol und anderen Dingen zu bestechen und sie gegen Ortsfremde und andere Gemeinden aufzuhetzen: Unser Präsident erklärte kürzlich, er fände es sehr gut, wenn mutmaßliche Terroristen von Dorfgemeinschaften umgebracht würden... Diese Taktik wurde u.a. auch in Vietnam angewandt; sie besteht in der Militarisierung der Landbevölkerung und einer Politik der verbrannten Erde..."

"Auch der Journalistenmord von Uchuraccay ist Bestandteil dieser politisch-militärischen Strategie, die als Antwort auf die Guerilla - und jede mögliche andere Forderung in der Region - den größtmöglichen staatlichen Terror entwickelt. Und das hiesige Antiterrorismusgesetz DL 046 dient in erster Linie nicht der Terrorismusbekämpfung, sondern dazu, die Opposition gegen die Regierung zu unterdrücken: Schon die Forderung der Campesinos nach besseren Maispreisen gilt hierzulande als Terrorismus..."

"Sogar die Kirche sowie ausländische Priester und Nonnen werden angegriffen und mit dem Terrorismus in Verbindung gebracht.- Wenn diese Strategie beibehalten wird, stehen uns tatsächlich chilenische oder argentinische Verhältnisse bevor; allerdings nicht in Uniform, sondern in Kragen und Krawatte, wie Belaúnde Terry sie benutzt..."

Die "Vereinigte Linke": radikal ändern

"Wir wünschen nicht, daß in Peru chilenische oder argentinische Verhältnisse eintreten, sondern daß die erkämpften demokratischen Bereiche erhalten bleiben und das peruanische Volk seine demokratischen Rechte bewahren kann. Deshalb verurteilen wir den Terrorismus und die Guerilla-Aktivitäten des Sendero Luminoso. Die Entfaltung des Sendero Luminoso kommt zwar in Ayacucho am stärksten zum Ausdruck, ist jedoch kennzeichnend für die Probleme des ganzen Landes. Wir meinen deshalb, daß sowohl für Ayacucho als auch für ganz Peru eine Lösung gefunden werden muß. Als demokratische Volkskraft fordert die oppositionelle Izquierda Unida einen grundsätzlichen politischen Wandel und hat eine Alternative zum Regierungsprogramm entwickelt:

Für Ayacucho verlangen wir eine demokratische Volksregierung, die aus dem Komitee der Volksorganisationen hervorgehen muß. Denn in diesem Komitee sind die wirklich wichtigen Organisationen des Departements vereinigt. Es ist nämlich ein erheblicher Unterschied, ob sich der Sendero Luminoso im Kampf mit den militärisch-politischen Kräften befindet, oder ob er einer authentischen Volksvertretung des Departements gegenübersteht... Eine derartige Volksregierung ist die einzige Grundlage, auf der Infra- und Versorgungsstrukturen sowie Landwirtschaft und Vermarktungsmechanismen entwickelt und die dringenden ökonomischen, sozialen und politischen Probleme dieser Region gelöst werden können. Voraussetzung hierfür ist jedoch der Abzug von Streit- und Sicherheitskräften und die Wiederherstellung des politischen Lebens im Departement.

Auf nationaler Ebene, meinen wir, muß die Regierung ihre gegen das Volk gerichtete Politik radikal ändern: Der Innenminister Fernando Rincón Bazo und das Militärkommando des Departements Ayacucho müssen abgesetzt und strafrechtlich belangt werden. Außerdem muß die Verantwortlichkeit des Präsidenten Belaúnde für die im Departement verfolgte Strategie der Militärs untersucht werden, denn er ist Vorsitzender des Verteidigungsrates. Und der Wirtschaftsminister Carlos Rodríguez Pastor muß als Vertreter einer US-Bank selbstverständlich ebenfalls ersetzt werden..."

"Es liegt an der Regierung, ihre Position zu revidieren, wenn sie nicht vor dem Volk und der Geschichte die Folgen einer enormen sozialen Erschütterung zu verantworten haben will. Das peruanische Volk beginnt heute bereits, nach einer neuen, andersgearteten Regierungsform zu suchen. Wir hoffen, daß dieses Ziel mit möglichst wenig Opfern an Menschenleben und -leiden verwirklicht werden kann..."



REZENSIONEN

Manley's Bilanz

Michael Manley: "Jamaica: Struggle in the Periphery", London: Third World Media, 1982, 259 S.;

Claude Robinson, Pressesekretär von Michael Manley in der Zeit von 1973 bis 1979, schreibt darüber:

Diejenigen, denen die Entwicklung auf der karibischen Insel vertraut ist, kennen die Konturen des Ablaufs während der Regierungszeit Michael Manley's zur Genüge: breitangelegte soziale Gesetzgebung und neue wirtschaftliche Strukturen wurden eingeführt, um die traditionelle Klassengesellschaft zu verändern; und, auf internationaler Ebene, resultierte eine stark antiimperialistisch orientierte Politik in einer engen Freundschaft mit Fidel Castro und Cuba aber ebenso in einer eher borstigen Beziehung zu den Vereinigten Staaten. Manley's Buch zeigt diese Linien klar auf, diskutiert offen vitale Gegensätze bei vielen Fragen innerhalb seiner eigenen Partei und bietet einigen Einblick in das 'Dritte-Welt-Dilemma': rapide Umgestaltung innerhalb einer großen Anzahl von Hindernissen.

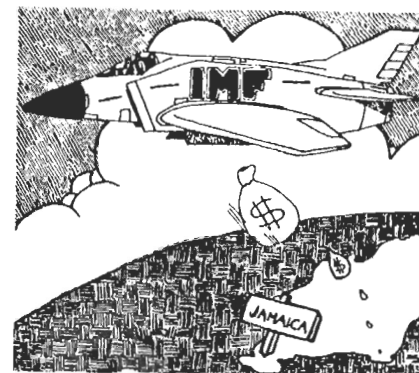
Warum die Niederlage? Die wirtschaftliche Krise und die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds schufen die Voraussetzungen, unter denen die Glaubwürdigkeit der Regierung nachzulassen begann. Die Opposition verstärkte diesen Prozess durch das Anwenden von Destabilisierungstaktiken. Am Ende stand das kommunistische Schreckgespenst, das kubanische Kleider trug, im Brennpunkt einer Hysterie, in der der eigentliche Anlaß für die vorgezogenen Neuwahlen, nämlich die Bedingungen des IWF, zunehmend undeutlicher wurde.

Das Verhältnis zwischen Manley's Regierung und dem IWF wird ziemlich ausführlich behandelt, verdeutlicht letztlich aber nur einige harte ökonomische Alternativen ebenso wie das politische Dilemma, dem sich die damals regierende PNP gegenüber sah.

Vor dem Hintergrund der Kapitalflucht ins Ausland, der weltweiten Rezession und der schwachen Regierungsarbeit in einzelnen Wirtschaftssektoren betont Manley, daß Ende 1976 - also nach fünfjähriger Amtszeit - die Wirtschaft des Inselstaates in einem sehr schlechten Zustand war. Der IWF diktierte einige harte Bedingungen; die Rechten in der Partei sahen jedoch keine andere Wahl. Der linke Flügel dagegen hatte in der Zwischenzeit einen alternativen Produktionsplan ausgearbeitet, von dem Manley meint, daß er einige 'unrealistische' Ziele habe, den Bedarf an Devisen 'unterschätze', und eine 'Feilkalkulation' über die Devisenbewirtschaftung 'beinhalte'. In Erkenntnis einer damaligen Unterschätzung der Uneinigkeit in Teilen der Partei gibt Manley heute zu, daß die Auseinandersetzung über den IWF-Beschluß 'hätte gründlicher passieren müssen'. Manley berichtet weiter, daß die IWF-Bedingungen doch etwas günstiger waren, als ursprünglich gestellt, was darauf beruhte, daß ersich die Unterstützung des früheren britischen Premierministers Jim Callaghan gesichert hatte. Aber die Absprache schlug fehl, da Jamaika den IWF-Test nicht schaffte. Und als im Mai 1978 der zweite Test durchgeführt wurde, sagt Manley, daß '...die neuerlichen Bedingungen die grausamsten waren, die jemals an ein Kreditnehmerland gestellt wurden', und er enthüllt, daß er sich mit Rücktrittsabsichten trug.

Die Erfahrung mit dem IWF erklärt ohne Zweifel, warum sich Präsident Julius Nyerere von Tanzania so lange einem IWF-Übereinkommen widersetzt hat, und warum Präsident Samora Machel sein sozialistisches Experiment in Mozambique sogar ohne Mitgliedschaft im IWF versucht. Eine Destabilisierung, ähnlich wie sie der CIA in Chile durchgeführt hat, 'stand außer Frage'. Zunächst listet Manley einige Aktionen und Standpunkte der oppositionellen Tageszeitung 'Daily Gleaner', der politischen Opposition, Teilen der US-Presse sowie kriminelle und gewalttätige Vorkommnisse in der Gesellschaft auf und versichert dann, daß im Jahre 1976 '...ich keine Zweifel habe, daß in diesem Jahr der CIA in Jamaika aktiv war, und seine Agenten an unserer Destabilisierung arbeiteten'. Das niedrige Niveau der Beziehung zwischen den USA und Jamaika zu jener Zeit wird von Manley dadurch illustriert, daß er sich an eine Unterhaltung mit Henry Kissinger, dem damaligen Secretary of State, in Jamaika im Jahre 1976 erinnert. Zu jener Zeit verhandelte Jamaika gerade mit Washington um die Bewilligung eines Handelskredits in der Höhe von 100 Mio. Dollar. Ihrerseits versuchten die USA, Kuba noch mehr zu isolieren, da es gerade im Begriffe war, Truppen nach Angola zu schicken, die bei der Zurückschlagung der Invasion durch Südafrika helfen sollten. Manley sagt in diesem Zusammenhang über die Kubadiskussion, daß Kissinger die Verhandlungen über den Handelskredit wohl kannte. '...er sagte, sie würden die Angelegenheit prüfen, aber die Entscheidung noch eine Weile im Raum stehen lassen. Ich hatte das Gefühl, daß er mir eine Mitteilung zukommen lassen wolle.' Manley schreibt weiter, daß er fünf Tage später Kissinger mitteilte, Jamaika werde die kubanische Truppenentsendung nicht verurteilen. 'Ich hörte kein Wort mehr über den Handelskredit.

"Jamaica: Struggle in the Periphery" ist ein wertvoller Beitrag zum Verständnis der Anstrengungen eines kleinen Landes der Dritten Welt, das seine Gesellschaft entkolonisieren und seine Wirtschaft in Besitz nehmen will. Das Buch gehört jedoch nicht zur Kategorie 'Memoiren'; Manley ist als Oppositionsführer immer noch politisch aktiv. Während das Buch sorgfältig die Hauptereignisse der Zeit analysiert, kommt der Leser nicht um das Gefühl herum, daß Manley einige aufschlußreiche Details aus den Beziehungen mit lokalen als auch mit internationalen Politikern zurückhält. Trotz dieses kleinen Mangels ist das Buch äußerst lesenswert, es ist glaubwürdig und es enthält Manley's zentrale Schlußfolgerung: "Wenn ein Land der Dritten Welt unabhängig von äußeren Kräften, demokratisch im pluralistischen und partizipatorischen Sinn werden soll und ebenso versucht, eine materielle Basis für den Fortschritt bereitzustellen.... kann es nur dem 'Dritten Weg', den wir in Jamaika versucht haben, folgen. Und wir wollen damit weitermachen!"



Basisgemeinden im Befreiungskampf von El Salvador

Christen für den Sozialismus (Hrsg.)

Dokumentation der Koordination der Kirche des Volkes von El Salvador (CONIP) nach dem Tod von Bischof Romero. Dezember '82, 156 S.
Zu beziehen über das Büro der Christen für den Sozialismus,
c/o Tamen Köhler, Wasserhorst 8, 2820 Bremen 77

Die massenhafte Anwesenheit von Christen im Befreiungsprozeß von El Salvador ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Sie haben sich bewußt für ein Leben in der Basisgemeinde entschieden, die für viele Christen der Ort theologischer und politischer Reflexion ist. Indem sie die befreiende Botschaft des Evangeliums verstehen lernen und neu zu leben versuchen, entwickeln sie eine widerstehende Praxis gegen die alltäglich zu erlebenden unterdrückerischen Strukturen. Aufgrund dieser Praxis werden die Mitglieder der Basisgemeinden immer mehr von den Kräften verfolgt, gefoltert und oft auch ermordet, die sich zu Verteidigern der westlichen und christlichen Zivilisation ernannt haben.

Während hierzulande zahlreiche Definitionen darüber kursieren, was Basisgemeinde ist oder sein soll, ergibt sich in El Salvador die Definition allein aus der Praxis heraus. Christlicher Glaube und politisches Handeln gegen die strukturelle Sünde bis hin zur aktiven Teilnahme am Befreiungskampf begreifen viele Christen als Einheit.

Bei dieser Lektüre wird der Leser einer Parteinahme im Kontext der revolutionären Befreiungsbewegung nicht ausweichen können. Wer sich angesichts der strukturellen Gewalt in El Salvador auf den Standpunkt der Neutralität stellt, wird Schwierigkeiten haben, dies mit der Botschaft des Evangeliums in Einklang zu bringen.

In diesen von den Christen für den Sozialismus übersetzten Dokumenten der CONIP kommen Mitglieder der christlichen Basisgemeinden selbst zu Wort. Sie binden ihre eigene Biographie in ihren Reflexionsprozeß mit ein. Ihre leicht lesbaren Texte sprechen von der alltäglichen Gewalt der Mehrheit des Volkes ständig ausgesetzt ist. Dem Leser tritt in jedem Beitrag ein leidvoll geprägtes Schicksal von Christen entgegen, die in den Basisgemeinden und oft auch gleichzeitig an ver-

schiedenen Fronten des Befreiungskampfes zu Hause sind. Die Aktualität der Thematik und auch der äußerst attraktive Preis haben dazu geführt, daß die 1. Auflage schon vor einem Monat vergriffen war. Eine 2. überarbeitete Auflage erscheint in Kürze.



Übersetzte Dokumente der CONIP

Christen und Revolution

Klaus Schimpf, Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.)

Die Beziehung zwischen Staat und Kirche in den sozialistischen Ländern Afrikas und Lateinamerikas. Kassel 1982, 258 Seiten
Zu beziehen über:

- ladok, Gesamthochschule, FB 6, Heinrich-Plett-Str. 40, 35 Kassel
- Ökumenisch Missionarisches Institut, Jebenstr.3, 1000 Berlin 12

Dies ist die Dokumentation einer Tagung, die im Dezember 1981 in Madrid stattgefunden hat. An ihr nahmen Vertreter aus christlichen Basisgemeinden, Mitglieder von Befreiungsbewegungen, Repräsentanten der kirchlichen Hierarchie und Funktionäre kommunistischer Parteien teil. Die Vertreter stammten aus Ländern Lateinamerikas und Afrikas, in denen die revolutionären Bewegungen an die Macht gekommen waren (Cuba, Nicaragua, Tanzania, Mozambique) oder wo Befreiungsbewegungen noch mitten im Kampf gegen diktatorische Regimes stehen (Südafrika, El Salvador, Guatemala). Bei dieser Konferenz wurde der Akzent auf die konkreten Erfahrungen von Christen und Marxisten in den revolutionären Prozessen in ihren Ländern gelegt. Es ging hauptsächlich um den Austausch dieser Erfahrungen, um ein Lernen voneinander, aber auch um einen Meinungsaustausch über zukünftige Perspektiven.

Bisher ist die Diskussion über die Beziehung zwischen Christentum und Revolution fast ausschließlich auf theoretischer Ebene abgehandelt worden. Doch ist es an der Zeit die Erfahrungen der (gläubenden) Menschen im Befreiungskampf und die Schwierigkeiten, die der Aufbau des Sozialismus nach einer erfolgreichen Revolution mit sich bringt, in die Debatte einzubringen. Das bedeutet jedoch nicht die Negierung der bisherigen theoretischen Erkenntnisse, sondern die Notwendigkeit ihrer Neuordnung, Neudimensionierung und Neuformulierung von den historischen Bedingungen her. Deshalb wurde den Theoretikern wenig Zeit eingeräumt, während die Berichte aus der Praxis im Mittelpunkt standen.

Die vorliegende Dokumentation informiert darüber, wie sich Christen und Marxisten im revolutionären Prozeß in den Ländern der 3. Welt selbst verstehen, wie sie ihren gemeinsamen Auftrag wahrnehmen und wie sie versuchen das auf beiden Seiten gegenseitig vorhandene geschichtlich begründbare Mißtrauen zu überwinden. Außerdem wird deutlich, daß es nicht nur den einen Weg zu gerechteren Strukturen gibt, sondern jedes Land geht seinen eigenen, in der jeweiligen Geschichte begründeten Weg.

Bei dieser Lektüre bekommt der Leser zahlreiche Informationen über den historischen Prozeß des jeweiligen Landes, unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Cuba und Nicaragua werden auf je 40 Seiten sehr ausführlich behandelt, während alle anderen Länder je 12-20 Seiten belegen. Die anschließenden Diskussionen in den Arbeitsgruppen werden auf 40 Seiten dokumentiert.

Hinweis: Bei der auf Seite 64 angegebenen CFS-Adresse gibt es auch das Beiheft zu "Junge Kirche" 11/1980, Thema: "Solidarität mit El Salvador - Kirche kann nicht neutral sein", 48 Seiten

SOLIDARITÄT

Kulturbüro in der Werkstatt 3

Manch einem wird es sicherlich schon aufgestoßen sein, daß die Auseinandersetzung mit den Problemen der "3.Welt" hier meist nur aus wissenschaftlich aufbereiteten Informationen besteht, die zwar sehr wichtig sind, häufig aber viele Menschen nicht persönlich betroffen machen. Der kulturelle Bereich wird stark vernachlässigt, sei es wegen organisatorischer Schwierigkeiten oder auch deshalb, weil in unserer Gesellschaft künstlerische Ausdrucksformen kaum noch als Ausdrucksformen von Arbeits-, Lebens- und Lernprozessen verstanden und genutzt werden.

Das Kulturbüro der Werkstatt 3, entstanden aus einer Initiative des BUKO-Koordinierungsausschusses (Bundeskongreß entwicklungs-politischer Aktionsgruppen) und der Werkstatt 3 (3.Welt Haus in Hamburg), hat sich zum Ziel gesetzt, eine überregionale Koordinierungsstelle im Bereich Kultur aufzubauen, die die entwicklungs-politische Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik unterstützen könnte. Konkret ist zunächst geplant, einen Informationspool von Künstlern, an kulturellen Veranstaltungen interessierten Gruppen und 'erfahrenen' Veranstaltern anzulegen, der (fast) allen Interessierten offenstehen soll. Dann sollen Kontakte zu Künstlern und Kulturzentren in der "3.Welt" geknüpft werden, um ihnen durch entsprechende Planung und Organisation Auftrittsmöglichkeiten hier in der BRD zu ermöglichen. So kann man dann vor allem auch Künstler und Gruppen berücksichtigen, die von den kommerziellen Agenturen wegen politischer und/oder kommerzieller Gründe nicht beachtet werden, und eine eigene 'Kulturpolitik' machen.

Es sind noch weitere Aktivitäten geplant wie z.B. die Erstellung einer Kartei von Spielen, Theaterstücken, Ausstellungen etc., die dezentral an 10-20 Orten im deutschen Sprachraum geführt werden soll. Sie könnte später auch noch in Form eines Handbuchs verbreitet werden und so den einzelnen Gruppen die Möglichkeit geben, eigene Aktivitäten zu entwickeln. Mittelfristig soll jedoch die Arbeit einer zentralen Koordinierungsstelle überflüssig gemacht werden durch den Aufbau eines Netzwerks zusammen mit den Gruppen, die bereits in Teilbereichen Koordinierungsfunktionen übernommen haben.

Die Tätigkeit einer überregionalen Koordinierungsstelle kann aber nur sinnvoll sein, wenn ihre Existenz und Arbeit auf der Zustimmung eines breiten Spektrums von Interessierten basiert. Deshalb ist das Kulturbüro daran interessiert, daß ihm weitere Vorstellungen und Ideen über eine mögliche Arbeit einer solchen Koordinierungsstelle mitgeteilt werden. Außerdem sucht es nach wie vor Kontakte zu Künstlern und interessierten Aktionsgruppen, die an der Arbeit des Kulturbüros interessiert sind und in den Informationspool aufgenommen werden wollen.

Also, meldet euch bei: Kulturbüro in der Werkstatt 3
Ingrid Spiller
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
Tel. 040/392191

Thema: Volkszählung

Eine Initiative gegen die Volkszählung sandte uns ein Flugblatt zu, das sich speziell an spanisch sprechende Ausländer richtet. Wir drucken es ab und bitten unsere Leser, auch entsprechende Freunde und Bekannte darauf aufmerksam zu machen, da Ausländer ja noch stärker von der Voll-Erfassung betroffen sind.

Estimados Ciudadanos,
cualquier día en abril van a tocar a su puerta. Una señora o un señor con un montón de papeles bajo el brazo se les va a presentar como encargado de un censo de la población, y les van a entregar un cuestionario con la demanda de contestarlo dentro de una semana.

Los encargados del censo quieren saber de Uds. si son propietarios, inquilinos o subinquilinos de su piso, desde hace cuánto tiempo viven allí, si tienen retrete, baño o ducha, cuánto pagan por alquiler, qué tipo de calefacción, qué formación escolar y profesional tienen Uds. y los posibles coinquilinos y cuánto tiempo demoran para llegar al trabajo. Además deben indicar su número de teléfono, ingresos eventuales y hacer una descripción detallada de su profesión.

Todos estos datos no solamente son registrados en cuanto a Uds., sino en general de todos los habitantes. Para esto, 600 000 encargados del censo van de casa en casa. Después de la evaluación que demorará uno y medio, los datos serán computados durante un tiempo indeterminado en los institutos regionales estadísticos. De este "inventario total" se alegra el Instituto Central de Estadística en Wiesbaden.

Mientras que en el pasado los censos de la población eran voluntarios y los interrogatorios se hacían solamente a un grupo representativo de la sociedad, ahora la ley del censo de la población del 25.3.82 determina que cada uno es cuestionado y está obligado a dar información.

Aparte de esto el cuestionario ha sido ampliado considerablemente. Como explicación oficial se han dado razones de estadística y de planificación (economía, tráfico, vivienda, etc.). Este censo tiene que crear una "base indispensable para las decisiones políticas, sociales y económicas de la federación, de las provincias y de los municipios."

Para estas metas bastaría una encuesta anónima. En cambio, en estos cuestionarios que tienen marcas distintivas, Uds. deben indicar su nombre, dirección y número de teléfono. Con ello basta apretar un botón para llamar e intercambiar después sus datos personales en cada momento.

Así, dentro de poco tiempo todo tipo de interesados, empezando por la policía, la administración de finanzas hasta los consorcios económicos, partidos políticos y empresas privadas pueden sacar informaciones de esta compilación de datos sobre su persona y su vida.

Una protección eficaz de datos ya no parece ser garantizada. Hay múltiples posibilidades de usar y de abusar de estos datos: así, por ejemplo, su alquilador puede pedir los datos sobre otros inquilinos de su calle. Se puede informar detalladamente de que sus vecinos pagan el mismo alquiler que Uds. pero al contrario de su piso, ellos no disponen de un baño completo - razón suficiente para el propietario exigir más alquiler de Uds.

Aparte de esta "utilidad privada" de los datos personales, este censo contribuye a que el estado se pueda hacer una impresión amplia de cada ciudadano que será completada con otras innovaciones técnicas del futuro próximo. Así, p.e., el cableado de la televisión posibilita el control sobre quien ve cuál programa. En cada nuevo carnet de identidad se registrará una cantidad de información sobre cada ciudadano. Cada policía o aduanero podrá disponer sobre estos datos.

Hoy en día nadie puede prever cómo se puede abusar de ciertos datos en tiempos de crisis política y económica. Y nadie nos puede garantizar que nuestro sistema democrático va a resistir todas las crisis. Aquellos ciudadanos que durante la República de Weimar indicaron su pertenencia a un grupo religioso, no podían saber qué consecuencia iba a tener pocos años después bajo el régimen de Hitler su indicación de que eran judíos.

Además, el nuevo carnet que no se puede falsificar, prácticamente no les permitirá sumergirse bajo un sistema fascista a las personas que son perseguidas por razones políticas. (Por esta razón el gobierno francés rechaza introducir este nuevo carnet.)

Pero ¿qué posibilidades hay de protegerse contra el registro, control y la observación atenta?

Durante el último censo en Holanda, el 30% de la población no contestó el cuestionario, como consecuencia imposibilitaron el registro central de los ciudadanos.

También en la República Federal Alemana aumenta la cantidad de personas que se ha decidido a no dar datos personales y que quizá arriesgan tener que pagar para una multa.

Una multa de 100-200 DM parece ser ilusoria, en caso que muchos no participen en el censo, así también Jürgen Grüning, del Centro Estadístico de Hamburgo admite: "Si existen 50 000 personas que no participan, necesitamos 1 000 funcionarios que se encargan de esto y en tal caso más bien se resistiría a multarlos."

OJO! Dentro de una semana se puede protestar contra la multa (Bußgeldbescheid).

Si Uds. desean más información, diríjanse al grupo de iniciativa en 2000 Hamburgo 50, Thadenstr.130a, teléfono 040/430 00.70, de lunes a viernes 4.00 - 7.00 p.m.

o al Info-Büro Volkszählung
Motzstr.65, Ecke Ansbacherstr.
1000 Berlin 30

teléfono 030/25 90 56 (todos los días 10 a.m. - 8 p.m.)

ZEITSCHRIFTENSCHAU

IKA - Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität Nr.22
Vertrieb: CON, Westerdeich 38, 28 Bremen

Schwerpunkt: Exil, Asyl, Arbeitsemigration
Deutsche im Exil und das Asylrecht (Lion Feuchtwanger, Walter Mehring)
Flüchtlingskomitees-Abfangnetz oder Hilfswerk (Niederlande 1933), Deutsche Literatur im Exil (Wieland Herzfelde, 1949), Der Parlamentarische Rat und das Asylrecht/Diskussionsbeiträge der CDU, SPD und KPD 1948/49, Zur griechischen Gastarbeiterliteratur, Kinderbücher zum Thema Ausländer in der Bundesrepublik, "Ich will hier nicht leben fliehend vor mir" / IKA Interview mit dem chilenischen Sänger Sergio Vesely, Flüchtlinge in der Dritten Welt.

ila - Informationsstelle Lateinamerika e.V. ila-info Nr. 63, Januar 83
Römerstraße 88, 53 Bonn 1

Schwerpunktthema: Frauen in Lateinamerika
Zum Leben zuwenig-zum Sterben zuviel, Campesinas im Hochland von Peru; Wirtschaftskrise und Hunger: Der Alltag der Frauen in Guyana, Interview mit Andaiye von der Working People's Alliance; Was ist jetzt Machismo?; Ganz Guatemala ist eine Rigoberta Menchú, ein Gedicht von Julia Esquivel.
Lateinamerika: Die Arbeit des Salesianer-Ordens im Rio Negro-Gebiet; "Ich lebte in der Hölle", ein Bolivianer überlebt ein argentinisches Konzentrationslager; Argentinien: Lassen die Militärs wählen?; Die Geiseln des uruguayischen Diktators; Flüchtlingsalltag in Kolumbien: Täglich stirbt ein Kind an Typhus.
Solidaritätsbewegung: Wird sich der Papst den Ring von Major D'Abuissou küssen lassen?; Diskussionsbeitrag zur Bundestagswahl; Dritte Welt-Fachfrau in den Bundestag? Zur Bundestagskandidatur von Gabi Gottwald; Camur- Wer wir sind, was wir tun!, Vorstellung der Frauenzeitschrift "info"; Frauenarbeit in Lateinamerika, Ergebnisse und Kritik am ila-Seminar.

Informationsdienst südliches afrika Heft 1/2 83
Blücherstr. 14, 53 Bonn 1

Schwerpunktthema: Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika
Südafrika: Angriffsziel Lesotho-Bereich über das Massaker-Aufrüster der Apartheid-Hermeskredite-Europaparlament zu Südafrika-Staatssekretär Grüner in Südafrika-Hafenarbeiterstreik-Automobilarbeiterstreik-Reform und Repression
Namibia: Wende in der Namibia-Politik? -Deutsche Schulen / Zimbabwe: Ausländische Investitionen / Aktion: Tourisusbörse in Berlin / Rezension / Kurznachrichten.

PERIPHERIE Heft 10/11

Vertrieb: LN-Vertrieb, Im Mehringhof, Gneisenastr.2, 1000 Berlin 61

Schwerpunkt: Befreiungsbewegungen an der Macht?
Grenzen eigenständiger Entwicklung/ Sozialwissenschaftler und Befreiungsbewegungen/ Akkumulationsdynamik im klassischen Sozialismus/ "Sozialistische Entwicklungsländer: Entwicklung des Sozialismus? / Nordkorea: Dschutsche-Ideologie/ Wissenschaftliche Arbeitsorganisation in der vietnamesischen Landwirtschaft / Guine-Bissau: Über die Möglichkeit des Scheiterns / Indianer, Revolutionäre und Unseiner (Nicaragua)/ Palästina: Die verleugnete Nation / Diskussionsartikel zu früheren Beiträgen.

AIB - Antimperialistisches Informationsbulletin Nr. 3 / 83
Liebigstr. 46, 3550 Marburg

AIB- Aktuell: Vor dem Gipfel der Nichtpaktgebundenen / Nicaragua: Reportage von Nico Biver, "No pasaran" Sie kommen nicht durch; Tagung der Nichtpaktgebundenen: Deklaration von Managua; Roxanne Dunbar Ortiz, Der Fall der Miskitos / El Salvador: Wolfram Brönnner, Die FMLN auf dem Vormarsch; Reportage von Guazapa: Bei der salvadorianischen Guerilla im kontrollierten Gebiet / Mittelamerika: Koordinierungsgruppe für Flüchtlinge in Zentralamerika; Ignacio Klich, Israel-Waffengehilfe der USA in Mittelamerika/ Argentinien: P.Hiedl, Der Marsch für die Demokratie u.a.

Guatemala: Flüchtlinge in Guatemala und Mexico, Oma Xib und die Revolution in Guatemala / US-Politik: US-Militärhilfe an Guatemala wieder aufgenommen / Nicaragua: Arbeitererfinder: Schrott zu neuem Leben erwecken, Es geht auch ohne die Standard Fruit, Brief aus Nicaragua: Nur die Armen stellen die Toten / El Salvador: Die Männer der Macht / Honduras: Volksorganisation in Honduras / Solidaritätsarbeit: Erklärung des 6. Volkskongresses der Guatemala-Solidaritätsbewegung, Forum der Solidarität mit Zentralamerika.

Termine

Seminar: Soziale Bewegungen in Lateinamerika

An diesem Wochenende wollen wir nicht nur mit den alten Revolutionsmythen der lateinamerikanischen (und westeuropäischen) Linken auseinandersetzen, sondern wollen auch die Fragen an die Perspektiven der sozialen Bewegungen in Lateinamerika stellen. Als Mitdiskutierende haben wir eingeladen: Clarita Müller-Plantenberg und Fernando Mires. Es lädt ein das FORUM FÜR INTERNATIONALE FRIEDENSARBEIT E.V. (ESSEN). Das Seminar findet am 15.-17. April in der ESG Essen, im Studentenzentrum "Die Brücke" statt.

Anmeldung an: Forum f. Intern. Friedensarbeit e.V. Stoppenbergerstr. 13-15, 43 Essen 1

SC I - Service Civil International sucht für die Leitung von fünf Solidaritäts-camps im Inland engagierte Campleiter. Der SCI ist eine internationale Friedensorganisation, in den im Sommer stattfindenden dreiwöchigen Workcamps leben, arbeiten und lernen junge Leute zusammen, um einen Beitrag zur Verständigung und praktischer Unterstützung von Initiativen z.B. im Bereich Friedensarbeit, Umweltschutz, Frauenhäuser, Antifaschismus, Solidaritätsarbeit zu leisten. So wurde z.B. 1982 in Mülheim-Ruhr mit der Emmaus-Gruppe ein Solidaritätsprojekt, es wurden Werkzeuge, Altkleider und Nähmaschinen für Nicaragua gesammelt, durchgeführt. 1983 werden wieder Solidaritätscamps durchgeführt: Projekte in Nicaragua, Vietnam, Libanon, Algerien u.w. Für die Vorbereitung und Durchführung der Camps werden Campleiter, die sich in der Solidaritätsarbeit engagieren, gesucht: SCI-Büro, Blücherstr. 14, 53 Bonn 14 (Tel. 0228/212086)

Löschen mit Benzin

Karikaturen, Cartoons und Zeichnungen aus Lateinamerika



deutsch/spanisch, A4-Format

Mit seinen mehr als 200 Abbildungen vermittelt dieses Heft nicht nur einen guten Einblick in die Sichtweise, die lateinamerikanischen Karikaturisten von der lateinamerikanischen Wirklichkeit haben, sondern es führt auch deutlich vor Augen, wie eben diese Wirklichkeit sich auf die Ausprägung des Humors auswirkt: von der feinsten Ironie bis hin zum Makabren reicht seine Spannbreite.

Die Herausgeber dieses Bandes arbeiten in entwicklungspolitischen Aktionsgruppen mit. Sie achten auf die Verwendbarkeit des Bandes, der nicht nur in einem Bücherstempel seinen Platz haben sollte.

Herausgegeben vom Arbeitskreis Freie-Pädagogik in der AG SPAK, 84 Seiten DIN A 4, über 200 Abb., ISBN 3-923126-09-3 DM 8,50

Zu beziehen über den Buchhandel, den CON-Vertrieb und die AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise) Reifensuhlstr. 8, 8000 München 5

graswurzel revolution

Für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

berichtet über Theorie
und Praxis von
gewaltfreien direkten
Aktionen, Ökologie-
und Friedensbewegung



Einsenden an: Vertrieb Graswurzelrevolution, Steinbruchweg 14, 3500 Kassel-Bettenhausen

Ich möchte die GWR kennenlernen,
Schickt mir

- ☐ eine Probenummer (DM 3,- in Briefmarken)
- ☐ ein 3er Problempaket (die letzten drei GWR-Nummern für DM 5,- statt DM 7,- in Briefmarken)
- ☐ ein Abonnement (10 Nummern für DM 25,-, Rechnung abwarten)

Name und Anschrift:

Unterschrift:

DOLLARS & TRÄUME 7

Studien zu Politik · Ökonomie · Kultur der USA

Heft 7/1983:

USA UND DRITTE WELT

Großmacht-Tradition der USA · USA und Mittelamerika (Nicaragua und El Salvador) · US-Multis in Südostasien: Frauenarbeit in der Elektroindustrie · Chicanos in den Südstaaten Photo-Essay: 'Dritte Welt' in USA

168 Seiten, DM 15,-



Dollars & Träume im
JUNIUS VERLAG
Von-Hutten-Straße 18
D-2000 Hamburg 50

An jedem Tag sterben in der Bundesrepublik über 80 000 Bäume an Saurer Regen

Im Jahr 2000 wird der Saure Regen die Hälfte des deutschen Waldes in eine Säuresteppe verwandelt haben. Noch können wir das ändern. Durch die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und durch die Unterstützung des BBU.



BBU

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.
Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn 1
Spendenkto (Spenden sind steuerlich absetzbar)
Postfach Karlsruhe, Kto.Nr. 1007 65-754 „Saurer Regen“